

Universität Leipzig
Global and European Studies Institute
Emil-Fuchs-Straße 1
04105 Leipzig

Masterarbeit

Städtediplomatie durch Städtepartnerschaften

Welche Rolle spielen zwischenstaatliche Krisen in
deutsch-russischen Städtepartnerschaften 1990 bis 2017?

Eine Fallanalyse der Partnerschaft Dresden-St. Petersburg
mit einer Kontrastierung der Städtepartnerschaften Hamburg-St. Petersburg,
Dortmund-Rostow am Don, Erlangen-Wladimir und Neubrandenburg-Petrosawodsk

Bianca Creutz, B.A.
Odermannstraße 3
04177 Leipzig
Bianca-creutz@posteo.de

Master: "European Studies"
4. Fachsemester
Matrikelnummer: 3713472

Erstgutachter: Prof. Dr. Matthias Middell (Universität Leipzig)
Zweitgutachter: Prof. Dr. Gert Pickel (Universität Leipzig)

Leipzig, 5. April 2018

Danksagungen

Ich möchte mich herzlich bei allen Menschen bedanken, die mich im Recherche- und Schreibprozess begleitet haben. Bei den Städten Dresden, Hamburg, Erlangen, Dortmund und Neubrandenburg bedanke ich mich für die Beantwortung der Fragebögen. Bei Laura Frick von der Stadt Hamburg bedanke ich mich für das persönliche Gespräch im Dezember 2017 geduldige Beantwortung meiner Fragen. Einen ganz besonderen Dank für das entgegengebrachte Vertrauen möchte ich Ina Pfeifer von der Stadt Dresden aussprechen, die mir im letzten halben Jahr einen tiefen Einblick in die Städtepartnerschaft Dresden-St. Petersburg ermöglicht hat.

Leipzig, 5. April 2018

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Krisen in den Deutsch-Russische Beziehungen 1990 bis 2017 – ein Überblick	5
2.1	<i>Formative Phase 1990 bis 1994</i>	6
2.2	<i>Phase der beginnenden Turbulenzen 1994 bis 2000</i>	6
2.3	<i>Die Putin-Jahre seit 2000</i>	8
3	Theoretischer Rahmen – Städte als internationale Akteurinnen	12
3.1	<i>Begriffsbestimmungen und Forschungsstand</i>	13
3.2	<i>Städtediplomatie und das Spannungsverhältnis von Stadt und Staat</i>	18
3.3	<i>Städtepartnerschaften in der Praxis</i>	20
4	Methodischer Rahmen – von der Fallauswahl bis zum Fragebogen	22
4.1	<i>Einzelfallanalyse</i>	22
4.1.1	<i>Einzelfallanalysen in der Komparatistik</i>	22
4.1.2	<i>Begründung der Fallauswahl</i>	23
4.2	<i>Datenexploration und Fragebogenkonzipierung</i>	26
5	Analyse – zwischenstaatliche Krisen und Städtepartnerschaften	29
5.1	<i>Die Praxis der fünf Städtepartnerschaften im Vergleich</i>	30
5.1.1	<i>Entstehungskontext und Aktivitäten der fünf Städtepartnerschaften</i>	30
5.1.2	<i>Organisation der fünf Städtepartnerschaften</i>	34
5.2	<i>Umgang mit internationalen Krisen</i>	39
5.2.1	<i>1990 – 1995 Tschetschenien</i>	40
5.2.2	<i>1996-2000 Kosovo/Tschetschenien</i>	43
5.2.3	<i>2001-2005 und 2006-2010 frei von internationalen Krisen</i>	46
5.2.4	<i>2011-2017 Propagandagesetz, Agentengesetz, Ukrainekrise/ Krimannexion</i>	48
5.2.5	<i>Beobachtungen über das „wie“ im Umgang mit zwischenstaatlichen Krisen</i>	57
6	Fazit	59
	Literaturverzeichnis	62
	Datenverzeichnis	67
	Anhang:	70
	Fragebogen Städtepartnerschaften Hamburg und Dresden	70
	Kurzfragebogen Städtepartnerschaften Dortmund, Erlangen, Neubrandenburg	79

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Fallauswahl nach dem Kriterium der Handlungsautonomie	24
Abbildung 2: Organisation der Städtepartnerschaften	35
Abbildung 3: Lebendigkeit von Städtepartnerschaften.....	36
Abbildung 4: Entwicklung der Städtepartnerschaftsaktivitäten 1990-2017	37
Abbildung 5: Umgang mit der Tschetschenienkrise 1994-1996	41
Abbildung 6: Umgang mit der Kosovokrise und Tschetschenienkrise 1999	44
Abbildung 7: Umgang mit dem Propagandagesetz 2011-2013	50
Abbildung 8: Umgang mit dem Agentengesetz 2012.....	53
Abbildung 9: Umgang mit der Ukrainekrise/Krimannexion seit 2013.....	54
Abbildung 10: Hypothesen zur Adressierung von zwischenstaatlichen Krisen in Städtepartnerschaften.....	57

1 Einleitung

Im Rahmen meines Auslandsemesters in St. Petersburg an der Fakultät für Internationale Beziehungen 2016-2017 beschäftigte ich mich im Kurs Russland-EU Beziehungen ausführlich mit den Folgen der Ukrainekrise. Die Europäische Union verhängte im Zusammenhang mit der Annexion der Krim und dem Konflikt in der Ostukraine in drei Stufen Sanktionen gegen Russland, das daraufhin mit Gegensanktionen reagierte. Mit dem Inkrafttreten der ersten Stufe der Sanktionen, wurden offizielle Treffen auf unbestimmte Zeit unterbrochen. Daraus entstand die Frage, wie und von wem diplomatische Beziehungen in Zeit ausgesetzter nationalstaatlicher Beziehungen unterhalten werden. Im Juli 2017 fand in der russischen Stadt Krasnodar die XIV. deutsch-russische Städtepartnerschaftskonferenz statt, auf der die Außenminister beider Länder, Gabriel und Lawrow, Gastvorträge hielten und das deutsch-russische Jahr der Kommunalen Partnerschaft 2017-2018 eröffneten. Beide Außenminister betonten in ihren Reden die Rolle von Städtepartnerschaften für die deutsch-russischen Beziehungen.

„Wir haben Konflikte in vielen Fragen. Beispielsweise wenn es um die Konflikte in der Ukraine und in Syrien geht. Aber trotzdem passiert hier etwas, was man ganz gut „Völkerverständigung von unten“ nennen kann [...]. [J]e schwieriger es ist, auf der politischen Ebene voran zu kommen, desto wichtiger sind kommunale Beziehungen“ (Gabriel 2017).

Es stellt sich Frage nach der Rolle von Städten in Zeiten zwischenstaatlicher Krisen. Nehmen Städte diplomatische Funktionen wahr, wenn Beziehungen auf zwischenstaatlicher Ebene gestört sind? In der Auseinandersetzung mit Benjamin Barbers (2013) Buch „If mayors rule the world“ erreichte das Thema transnationale städtische Beziehungen – das unter den Begriffen Städtediplomatie, kommunale Außenpolitik oder Parallel-Diplomatie diskutiert wird – über die Grenzen der Wissenschaft hinaus Aufmerksamkeit. Die Debatte ist oftmals mit der Hoffnung verbunden, dass Städte Bewegung in das starre, sich gegenseitig blockierende internationale Staatensystem bringen (Gutiérrez-Camps 2013, Chan 2016). Aktuell zeigt sich dies besonders deutlich am Beispiel des Ausstiegs der USA aus dem Pariser Klimaabkommen. Die negativen Folgen des Ausstiegs der USA, so die Hoffnung, werden durch das Engagement von amerikanischen Städten verringert (Leffel/Acutto 2017: 11).

In der Wissenschaft sind bei der Betrachtung transnationaler Städtebeziehungen entweder (bilaterale) Städtepartnerschaften oder ganze Städtenetzwerke im Fokus. In den letzten Jahren gewann die Auseinandersetzung mit Städtenetzwerken an Zuwachs. Untersucht werden Fragen zur Rolle von Städten im globalen Staatensystem, ihrer Akteursqualität

und ihrem Engagement in Städtenetzwerken. Städtepartnerschaften wurden verstärkt nach dem Zweiten Weltkrieg zur Aussöhnung in Europa gegründet. Daher waren Städtepartnerschaften von Beginn an politisch (Statz/Wohlfarth 2007: 73). Vorwiegend in den Achtziger- und Neunzigerjahren kam es zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Städtepartnerschaften, deren Beiträge – zum Europäischen Friedensprozess, zur Regionalintegration, sowie zur transnationale Sicherheit – untersucht wurden. Die meisten Arbeiten analysieren wie Städte auf höhere Entscheidungsebenen wirken (bottom up). Eine Forschungslücke besteht in der Gegenbewegung (top down), wie zwischenstaatliche/internationale Ereignisse in Städte und deren transnationalen Städtebeziehungen hineinwirken. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung in dieser Masterarbeit bewegt sich im Spannungsfeld von zwischenstaatlichen Krisen, wie der Ukrainekrise, und Städten als außenpolitisch Agierende. Mit der folgenden Frage soll die Arbeit einen Beitrag zur Schließung der Forschungslücke liefern.

Wie gehen Städte im Rahmen deutsch-russischer Städtepartnerschaften mit Krisen auf nationalstaatlicher Ebene zwischen Deutschland und Russland um?

Zum einen geht es darum zu erforschen, wie Städte zwischenstaatliche Krisen – hier verstanden als massive, für einen (längeren) Zeitraum anhaltende Störung internationaler Kooperation – innerhalb ihrer Städtepartnerschaften thematisieren. Zum anderen geht es darum herauszufinden, welche Kontextfaktoren dazu führen, dass Städte innerhalb ihrer Städtepartnerschaften zwischenstaatliche Krisen behandeln. Die Arbeit ist somit eher dem top down Bereich, jedoch mit einem klaren Fokus auf die kommunale Ebene, zuzuordnen. Das Ziel der Arbeit ist es, aus der Analyse des Umgangs von Städten mit zwischenstaatlichen Krisen, innerhalb deutsch-russischer Städtepartnerschaften, Hypothesen über diesen Sachverhalt zu bilden.

Um weg vom Fokus der Ukrainekrise zu kommen und weiterhin eine systematische Analyse gewährleisten zu können, wird der Untersuchungszeitraum von 1990 bis 2017 festgelegt. Da sich Deutschland und Russland nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der deutschen Wiedervereinigung in neuen staatlichen Gebilden wiederfanden und politische, wie wirtschaftliche Neuorientierungsprozesse begannen, bietet sich dieser Startpunkt hervorragend an. Nach der Gründung von Städtepartnerschaften vergehen in der Regel einige Jahre bis erste Besuche durchgeführt und die Partnerschaften ausgebildet sind. Deshalb werden alle deutsch-russischen

Städtepartnerschaften die vor der Perestroika 1985 entstanden in die Untersuchung einbezogen: Dresden-St. Petersburg, Hamburg-St. Petersburg, Erlangen-Wladimir, Dortmund-Rostow am Don und Neubrandenburg-Petrosawodsk (Deutsch-Russisches Forum 2016). Aufgrund des langen Untersuchungszeitraums soll eine Einzelfallstudie einer dieser Städtepartnerschaften durchgeführt werden, wobei die weiteren Partnerschaften ergänzende und kontrollierende Funktionen für die Untersuchung einnehmen. Vorrecherchen und Gespräche mit koordinierenden Personen von Städtepartnerschaften, unter anderem in Leipzig, deuteten darauf hin, dass wenig Material zum Thema zu finden sein wird. Der Staat und nicht die Stadt sei für die Außenpolitik zuständig, so der Tenor in den Gesprächen. Als Einzelfall sollte daher eine Städtepartnerschaft ausgewählt werden, in der ein aktiver Umgang mit Krisen zu beobachten ist und zu der es ausreichend Datenmaterial gibt. Van der Pluijm und Melissen (2007:14-16) gehen davon aus, dass sich Städte stärker städtediplomatisch engagieren, die eine größere Unabhängigkeit dem Nationalstaat gegenüber aufweisen (Handlungsautonomie). Nach dem Kriterium der Handlungsautonomie und der Datenlage wurde die Städtepartnerschaft Dresden-St. Petersburg als Einzelfall ausgewählt, wie im Methodenteil näher erläutert wird. Die Arbeit legt – aufgrund der Datenlage und der Forschungsliteratur zu Städtepartnerschaften, die vorwiegend den deutschsprachigen Raum behandelt – den Fokus auf deutsche Städte, versucht aber russische Perspektiven soweit wie möglich zu berücksichtigen.

Aufgrund der Forschungslücke und einem Mangel an wissenschaftlicher Literatur erfolgt die Analyse stärker induktiv. Auch induktive Analysen sind nie komplett frei von Annahmen. Demzufolge werden die, in der Masterarbeit getroffenen Vorannahmen expliziert. Die Krisen in den deutsch-russischen Beziehungen werden im zweiten Kapitel durch die Diskussion der Beziehungen seit 1990 in der Forschungsliteratur identifiziert. Die Analyse der Forschungsfrage, wie Städte in deutsch-russischen Städtepartnerschaften mit zwischenstaatlichen Krisen umgehen, erfolgt auf der Grundlage von Fragebögen aus allen fünf deutschen Städten und einer Dokumentenanalyse städtepartnerschaftlichen Materials der Stadt Dresden über die Städtepartnerschaft mit St. Petersburg. Bei der Analyse wurde mir Zugriff auf den gesamten Dokumentenbestand zur Städtepartnerschaft mit St. Petersburg seit 1990 gewährt. Um den Kontext des Umgangs mit zwischenstaatlichen Krisen besser zu verstehen, werden in den Fragebögen erst

Informationen über die Praxis der Städtepartnerschaft erhoben und dann nach dem Umgang mit zwischenstaatlichen Krisen gefragt. Aus der Analyse werden Hypothesen abgeleitet unter welchen Bedingungen Städte innerhalb von Städtepartnerschaften auf zwischenstaatliche Krisen eingehen. Die Masterarbeit ist anschlussfähig an die Forschungsliteratur zu transnationalen städtischen Beziehungen. Die systematische Analyse und die, aus deutsch-russischen Städtepartnerschaften abgeleiteten, Hypothesen bilden den wissenschaftlich Mehrwert der Arbeit.

Die Masterarbeit gliedert sich nachfolgend in vier Teile auf: In Kapitel 2 wird ein Überblick über die deutsch-russischen Beziehungen seit 1990 gegeben. Dabei werden, in Auseinandersetzung mit der Forschungsliteratur, zwischenstaatliche Krisen identifiziert, die in den Fragebogen eingehen und die Analyse vorstrukturieren. Das Kapitel 3 liefert die theoretischen Rahmenbedingungen der Arbeit. Relevante Begriffe werden definiert und das Thema in den Forschungskontext eingebettet. Daraufhin erfolgt eine genauere Betrachtung des Spannungsverhältnisses von Stadt und Staat, sowie der Praxis von Städtepartnerschaft. Um ein Verständnis zu entwickeln, wie internationale Krisen in Städtepartnerschaften behandelt werden, ist die Kenntnis der städtepartnerschaftlichen Praxis von Bedeutung. Die hier diskutierten Aspekte bilden die Grundlage des ersten Teils des Fragebogens. In Kapitel 4 werden die methodischen Grundlagen der Arbeit gelegt. Die Einzelfallanalyse wird vorgestellt und die Fallauswahl von Dresden-St. Petersburg als Hauptfall detailliert begründet. Zudem erfolgt eine Erläuterung der Datenexploration und der Konzeption des Fragebogens. In Kapitel 5 findet, nach der Auswertung der Praxis der fünf Städtepartnerschaften, die Analyse über den Umgang mit zwischenstaatlichen Krisen statt. Der Fokus liegt auf der Dokumentenanalyse der Daten aus Dresden zur Städtepartnerschaft mit St. Petersburg, die durch die Antworten aus allen Fragebögen zu zwischenstaatlichen Krisen ergänzt werden. Aus der Analyse werden daraufhin Hypothesen zu Kontextfaktoren generiert, die förderlich für das Bearbeiten von zwischenstaatlichen Krisen in Städtepartnerschaften sind. Im Fazit (Kapitel 6) wird das Vorgehen in der Arbeit reflektiert und eine Ausblick über sich anschließende Forschungsfragen gegeben.

2 Krisen in den Deutsch-Russische Beziehungen 1990 bis 2017 – ein Überblick

In diesem Teil wird ein Einblick in die EU-Russland-Beziehungen, beziehungsweise deutsch-russischen Beziehungen seit 1990 gegeben. Das Kapitel dient als Hintergrund für die Analyse und der Frage, wie Städte im Rahmen von Städtepartnerschaften mit zwischenstaatlichen Krisen umgehen. Eine Krise bezeichnet eine, über einen gewissen (längeren) Zeitraum anhaltende, massive Störung der gesellschaftlichen, politischen oder wirtschaftlichen zwischenstaatlichen/internationalen Kooperation, Interaktion und Zusammenarbeit. Diese Formulierung ist an die, auf den Nationalstaat bezogene Definition von Schubert und Klein (2011: 173) angelehnt und wurde für die zwischenstaatliche Ebene erweitert. Das Verhältnis zwischen Staaten ist auch in Phasen guter Beziehungen nie frei von Meinungsverschiedenheiten und Spannungen. Ziel des Kapitels ist es, mithilfe der Forschungsliteratur zwischenstaatliche Krisen zu identifizieren, die dann im Fragebogen abgefragt werden, wie im Methodenteil näher erläutert wird. Da Außenpolitik im Kompetenzbereich des Nationalstaates liegt, scheint es ungewöhnlich, wenn Städte sich mit zwischenstaatlichen Krisen beschäftigen. Es ist das Ziel der Arbeit herauszufinden, unter welchen Umständen Städte auf zwischenstaatliche Krisen eingehen und wie sie mit diesen umgehen.

Deutschland gehört innerhalb der EU zu den ‚strategischen Partnern‘, den Russland freundlich gesinnten Staaten, „who enjoy a ‚special relationship‘ with Russia which occasionally undermines common EU policy“ (Leonard/Popescu 2007: 2). Der Grund warum EU-Russland und deutsch-russische Beziehungen dennoch gemeinsam betrachtet werden, liegt darin, dass die Positionen Deutschlands und der EU in vielen Bereichen deckungsgleich sind und internationale Krisen vermittelt durch die EU verhandelt werden. Wenn deutsche und EU-Positionen gegenüber Russland stark divergieren, wird dies kenntlich gemacht. In Anlehnung an Haukkala (2015) werden die EU-Russland Beziehungen seit Ende des Kalten Krieges in drei Phasen betrachtet: In der ersten „formativen Phase“ von 1990 bis 1994 ging es um Neuorientierung und Wiederaufbau. Sie war geprägt von Optimismus und dem Aufbau von Strukturen für die gemeinsame Zusammenarbeit. In der zweiten Phase von 1994 bis 2000, der Phase der beginnenden Turbulenzen, verschlechterten sich die Beziehungen zwischen EU und Russland zunehmend. Die dritte Phase seit 2000, die Putin-Jahre, kennzeichnete eine hybride Phase. Sie begann mit Optimismus, der zunehmend in gegenseitige Enttäuschung umschlug und ihren Tiefpunkt

im Ukraine-Konflikt 2014 fand (Haukkala 2015: 26).

2.1 Formative Phase 1990 bis 1994

Die Beziehungen zu Beginn der Neunzigerjahre waren geprägt von Neuorientierung und Optimismus. Deutschland war mit den Folgen der deutsch-deutschen Wiedervereinigung beschäftigt. Mihail Gorbatschow, Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und von März 1990 bis Dezember 1991 Staatspräsident der Sowjetunion, wird in Deutschland als Wegbereiter der Wiedervereinigung gesehen. Daher wird Gorbatschow von deutscher Seite aus Respekt und Dankbarkeit entgegengebracht, wohingegen er in Russland wenig beliebt ist, da mit seinem Namen der Zusammenbruch der Sowjetunion verbunden wird (Szabo 2015: 11). Russland musste sich in dieser Phase neu konstituieren und war auf westliche Hilfe für den Wiederaufbau angewiesen. „Anfang der 1990er Jahre ist die Versorgungslage in der Sowjetunion immer noch katastrophal“ (MDR 2014). Am 25. Dezember 1991 wurde die Sowjetunion aufgelöst. Die Russische Föderation unter Präsident Boris Jelzin wurde Rechtsnachfolgerin der Sowjetunion. Deutschland drängte in der EU darauf, zügig eine EU-Ostpolitik aufzubauen und wurde schnell zu Russlands wichtigstem Kreditgeber (Timmins 2006: 304-305). 1992 begannen die EU und Russland mit Verhandlungen über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA), das die Grundlage der gemeinsamen Zusammenarbeit bilden sollte. Während die EU durch den Reformprozess, der 1993 im Vertrag von Amsterdam münden sollte, gestärkt in die Verhandlungen eintrat, war Russland auf wirtschaftliche Hilfe angewiesen und sich seiner Rolle in Europa noch unsicher (Haukkala 2015: 26-27). „[T]here was a clear asymmetry between the EC and Russia“ (Haukkala 2015: 26). Das PKA ist hauptsächlich ein wirtschaftliches Abkommen, das aber auch Passagen zur politischen und kulturellen Zusammenarbeit, sowie ein Bekenntnis zu „europäischen Werten“ enthält. Das Abkommen wurde am 24. Juni 1994 unterzeichnet (Haukkala 2015: 27). Die Position Deutschlands und der EU waren in dieser Phase deckungsgleich (Timmins 2006: 305).

2.2 Phase der beginnenden Turbulenzen 1994 bis 2000

Die Ratifizierung des PKA verzögerte sich aufgrund einer Reihe von kleineren Differenzen zwischen der EU und Russland. Bereits während der Verhandlungen des PKAs fühlte sich Russland nicht als gleichwertiger, souveräner Partner ernst genommen. Zudem

wirkte sich Russlands Innenpolitik negativ auf die Beziehungen mit den europäischen Partner*innen aus. Der militärische Eingriff in der, nach Unabhängigkeit strebenden, Republik Tschetschenien trug zur Eskalation der Lage vor Ort bei und mündete 1994 in einen brutalen Krieg (Haukkala 2015: 29). Es folgte die erste größere Krise zwischen der EU und Russland. Aus Perspektive der EU nahm Russland nicht ausreichend Rücksicht auf die Einhaltung der „europäischen Werte“ und Menschenrechte, zu denen es sich im PKA bekannte (Forsberg/Herd 2005, Haukkala 2015: 29). In dieser Zeit kam es in St. Petersburg zu mehreren Ermordungen von Geschäftsleuten und Politiker*innen, wie der demokratischen Politikerin Galina Starowoitowa. St. Petersburg galt damals als die „Hauptstadt der Kriminalität“ in Russland (Essipow 1999). Deutschland und die EU sprachen in der Tschetschenienkrise mit einer Stimme. Nach der Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens 1996 trat das PKA 1997 in Kraft (Timmins 2006: 304). ●●● *Da der Tschetschenienkrieg 1994 bis 1996 zur ersten massiven Störung zwischen EU und Russland wurde, wird der Krieg als Krise für die in dieser Arbeit zu erbringende Analyse aufgenommen.* Bis 1999 folgten ruhigere Jahre, die ohne größere außenpolitische Spannungen verliefen.

Die Intervention der NATO im Kosovo und die Bombardierung der serbischen Hauptstadt Belgrad 1999 kann demzufolge als die ernsthafteste Krise zwischen Russland und dem Westen nach dem Ende des Kalten Krieges angesehen werden (Maass 2016: 8). Für Russland zerrüttete die NATO-Intervention nachhaltig das Vertrauen zu den westlichen Staaten, denn die Intervention erfolgte ohne UN-Mandat. Auch die Beziehungen zur EU – die nicht direkt an der Intervention beteiligt war, jedoch hinter der NATO stand – verschlechterten sich perspektivisch (Haukkala 2015: 29). Maass (2016: 8-27) argumentiert, dass die EU sich im Fall Kosovo unter der deutschen Ratspräsidentschaft geschickt als gute Verhandlungsführerin einbrachte. Während der Krise kam es zu einem fruchtbaren Austausch mit Russland. Daher kann Kosovo allein nicht als EU/deutsch-russische Krise verstanden werden. Jedoch eskalierte im gleichen Jahr die Situation in Tschetschenien erneut. Russische Truppen zerschlugen durch Bombenangriffe den tschetschenischen Widerstand und nahmen dabei viele zivile Opfer in Kauf. Die EU verurteilte geschlossen die Menschenrechtsverletzungen der russischen Truppen in Tschetschenien und drohte Russland mit Sanktionen (Haukkala 2015: 29-30, Maass 2016: 36). Deutschland und Frankreich plädierten sogar für die Suspendierung einiger Teile des PKA (Maass 2016: 36).

Die EU setzte keine Sanktionen durch, dafür aber der Europarat, der Russland das Stimmrecht in der Generalversammlung entzog (Maass 2016: 39). ●●● *Folglich ist das Jahr 1999 mit den Ereignissen im Kosovo und dem Zwischenfall in Tschetschenien eine Doppelkrise, die in den Fragebogen aufgenommen wird.*

2.3 Die Putin-Jahre seit 2000

Mit dem Jahr 2000 verbesserten sich die Beziehungen zwischen EU und Russland abrupt. Laut Maass (2016: 28-29) kann dies auf die Uneinigkeit der Mitgliedsstaaten in der Russlandpolitik und der Priorisierung von wirtschaftlichen Interessen innerhalb der EU zu Lasten einer kritischen Haltung gegenüber Menschenrechtsverletzungen in Russland zurückgeführt werden. Zudem rückten Russland und die EU infolge der Terroranschläge in New York 2001 näher zusammen. Im Jahr 2000 wurde Wladimir Putin zum Präsident der Russischen Föderation gewählt. Nach der Wirtschaftskrise 1998 ging es in der ersten Amtszeit Putins wirtschaftlich bergauf. Auch die Beziehungen zur EU entspannten sich. 2001 hielt Putin eine Rede im Deutschen Bundestag, in der er die gemeinsamen Werte betonte (Putin 2001). Im gleichen Jahr wurde der Petersburger Dialog – ein bilaterales Gesprächsforum, das auch die Zivilgesellschaft mit einbindet – von Putin und dem deutschen Bundeskanzler Schröder, die eine sehr enge Beziehung pflegten, ins Leben gerufen. Der neue Optimismus mündete 2003 in einer neuen, an das PKA angegliederten, Vereinbarung über die gemeinsame Zusammenarbeit: Die „vier gemeinsamen Räume“ (Haukkala 2015: 30-31). Dem anfänglichen Optimismus folgte erneut Ernüchterung. Die „Farbrevolutionen“ – meist friedliche, jedoch nicht gewaltfreie Regimewechsel – in der russischen Nachbarschaft (allen voran die Orangene Revolution 2004 in der Ukraine) und der, aus der Tschetschenienkrise erwachsende, landesinterne Terrorismus veranlassten die russische Führung dazu, den Staat zentralistischer und autoritärer auszurichten. Die westlichen Partner*innen betrachteten dies als ein Abrücken von europäischen Werten. Das 2007 auslaufende PKA rechtzeitig zu ersetzen schien zunehmend unmöglich. Dies lag unter anderem daran, dass beide Seiten ein unterschiedliches Verständnis von Werten aufweisen (Haukkala 2015: 30-31). „Die Europäische Union versteht sich selbst als Träger universeller Rechte, als moralisch überlegenes Vorbild für die ganze Welt. Russland

sieht sie dagegen als eine Union westlicher Interessen“¹ (Rahr 2016: 131). Zudem verschlechterte der Streit um die gemeinsame Nachbarschaft und die EU-Erweiterung nach Osten die Beziehungen, weil die Interessen größtenteils nicht miteinander kompatibel waren (Haukkala 2015: 31). „[W]hat the EU offers and demands are things that Putin’s Russia does not think it needs or wants“ (Haukkala 2015: 31). Die deutsch-russischen Beziehungen entwickelten sich bis zur Bundestagswahl 2005 dagegen weiter positiv. Bundeskanzler Schröder pflegte weiterhin enge Beziehungen zum Kreml, was ihm Kritik im eigenen Land und seitens der EU-Kommission einbrachte (Timmins 2006: 311). ●●● *Die deutsch-russischen Beziehungen blieben trotz der Farbrevolutionen und der Meinungsverschiedenheiten über die Rechtstaatlichkeit und Demokratie stabil. Aus diesem Grund wird diese Phase nicht als Krise interpretiert und nicht in den Fragebogen einbezogen.*

Es folgte die erste Kanzlerschaft von Angela Merkel, die eine distanziertere Russlandpolitik betrieb als ihr Vorgänger (Yoder 2015: 56). Deutschland wählte Menschenrechte zu einem zentralen Thema seiner EU-Ratspräsidentschaft 2007 (Maass 2016: 123). Zur gleichen Zeit gab es Streit zwischen der EU und Russland um das Thema Energiepolitik und die Zukunft des PKA. Beide Themen, zu denen man grundlegend verschiedene Positionen hatte, überschatteten den EU-Russlandgipfel 2007 in Samara (Maass 2016: 126). Danach wurde es ruhiger um die deutsche Kritik an Menschenrechtsverletzungen in Russland. „The official German government reactions to the human rights and democracy deficits in Russia has tended toward the Realpolitik“ (Szabo 2015: 28). Der Militäreinsatz russischer Truppen in den abtrünnigen Regionen Georgiens, Süd-Ossetien und Abchasien 2008, der nach Angaben des Kremls nötig war, um russische Bürger*innen zu schützen, führte nicht zu größeren Spannungen in den EU-Russland-Beziehungen, auch wenn die EU den Einsatz als illegitim und unverhältnismäßig ansah (Maass 2016: 140). Die EU vermittelte im Konflikt und verfolgte das Ziel durch Assoziierungsabkommen (AA) die Kaukasusstaaten sowie Belarus, Ukraine und Moldova stärker an die EU zu binden (Maass 2016: 150). Nach dem Georgienkrieg normalisierten sich die Beziehungen in kurzer Zeit. „At the end both Merkel and Steinmeier’s approaches were designed to support Georgia without pushing Russia into a corner. [...] This was a classic case of what analysts

¹ Eigene Übersetzung aus dem Russischen.

in the German Foreign Office labeled as Merkel's mastery of double meanings" (Szabo 2015: 47). 2010 verhandelten die EU und Russland über die "Partnerschaft für Modernisierung", die den sektorenübergreifenden Dialog und die Reformen in Russland fördern sollte (P4M Progress Report 2014). „Despite and perhaps because of, these growing disagreements, the EU and Russia continued their attempts to take the relations forward" (Haukkala 2015: 32). Auch die „Partnerschaft für Modernisierung“ brachte keinen Durchbruch in den russisch-europäischen Beziehungen. Zumindest bis zum Beginn der Ukrainekrise betonten die EU und Russland Gemeinsamkeiten und Entwicklungspotential der Beziehungen (Lavrov 2013, Van Rompuy 2013). Ab 2013 gab die Bundesregierung der Kritik an Menschenrechten und der Besorgnis um autoritäre Tendenzen in Russland mehr Raum (Szabo 2015: 29). In den Jahren 2012 und 2013 wurden in Russland zwei Gesetze erlassen, die aus Sicht der EU und Deutschlands Anlass zur Besorgnis gaben. Seit 2013 steht „Propaganda für Homosexualität“ in Russland unter Strafe. Über das Gesetz, das verbietet positiv über Homosexualität im Beisein von Minderjährigen zu sprechen, beschwerte sich Außenminister Guido Westerwelle im Januar 2013 beim russischen Botschafter (Weiland 2013). 2017 wurde Russland vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt, da das „Propagandagesetz“ gegen die Meinungsfreiheit und das Diskriminierungsverbot verstößt (Zeit online 2017). In St. Petersburg trat bereits im März 2012 ein ähnliches Gesetz auf regionaler Ebene in Kraft (Mansberg 2012). Das zweite Gesetz mit ähnlich großer öffentlicher westlicher Resonanz war das 2012 verabschiedete „Agentengesetz“, das politisch aktive, zivilgesellschaftliche Organisationen sanktioniert, die Gelder aus dem Ausland erhalten. Dem Gesetz gingen Massenproteste zu Wahlfälschungen und Machtmissbrauch im Winter 2011/2012 voraus, die nach Meinung der russischen Regierung vom Ausland gesteuert worden sein sollen. Beide Gesetze sind vage formuliert und bieten den russischen Behörden einen großen Ermessensspielraum (Falkenhain 2015). ●●● *Das „Agentengesetz“ und das „Propagandagesetz“ werden exemplarisch für die immer wieder auftretenden Streitigkeiten hinsichtlich Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit als Krisen in den Fragebogen integriert.*

Die **Ukrainekrise** kann als Resultat der schwierigen Entwicklungen zuvor betrachtet werden. Im November 2013 sollten auf dem Gipfeltreffen zur östlichen Partnerschaft As-

soziierungsabkommen (AA) mit Armenien, Georgien und der Ukraine geschlossen werden. Russland, das sich davor immer zurückhaltend gegenüber der Politik der EU im östlichen Europa verhalten hatte, setzte die genannten Länder durch politische und wirtschaftliche Maßnahmen unter Druck. Armenien sah daraufhin von einer Unterzeichnung des AA ab. Das Hauptziel für Russland war die Ukraine, die für das Land eine historische Bedeutung hat. Moskau belegte die Ukraine erst mit Wirtschaftssanktionen, nur um im nächsten Schritt großzügige Handelsvergünstigungen anzubieten für den Fall, dass Kiew das Assoziierungsabkommen nicht unterschreiben würde (Maass 2016: 165-167). Die ukrainische Regierung ging auf Moskaus Angebot ein. Es folgten der „EuroMaidan“ im November 2013, der Zusammenbruch des Janukovitsch Regimes im Februar 2014, die Annexion der Krim am 16. März 2014 durch Russland und der bewaffnete Konflikt in der Ostukraine, der das Land bis heute destabilisiert. Die EU verabschiedete im März 2014 einen dreistufigen Sanktionsmechanismus: (1) diplomatische Sanktionen, (2) gezielte Maßnahmen gegen Individuen und einzelne Rechtspersonen wie Einreiseverbote und das Einfrieren von Vermögen in der EU und (3) sektorale Wirtschaftssanktionen. Die diplomatischen Sanktionen und damit das Aussetzen aller diplomatischen Beziehungen zwischen der EU und Russland wurden direkt aktiviert. Stufe 2 und 3 wurden als Resultat der Krimannexion und des Abschusses der Passagiermaschine MH 17 am 17. Juli über der Ostukraine bis Ende 2014 vollständig aktiviert (Fischer 2015). Im gleichen Jahr Gegensanktionen auf Lebensmittel aus der EU (Haukkala 2015: 35).

●●● *Die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland/EU waren zu Beginn der Neunzigerjahre geprägt von Hoffnung und dem Aufbau gemeinsamer Institutionen. Im Partnerschaftsabkommen (PKA) legte man die Grundlage für die gemeinsame Zusammenarbeit. Der Tschetschenienkrieg 1994-1996 verschlechterte die Beziehungen und verzögerte die Ratifizierung des PKA und wird daher als erste größere Krise nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in die Analyse aufgenommen. Danach normalisierten sich die Beziehungen bis 1999, das Jahr in dem die NATO ohne UN-Mandat Truppen in den Kosovo schickte. Auch wenn die EU nicht direkt beteiligt war und sie als Vermittlerin agierte, hat das Ereignis zum nachhaltigen Vertrauensverlust Russlands gegenüber den westlichen Partner*innen geführt. Die Auseinandersetzung über den Kosovo zusammen mit dem Wiederaufflammen des Tschetschenienkonfliktes wird gegenwärtig als Doppelkrise aufgenommen. Mit der ersten Amtszeit Putins und den Schröderjahren folgte eine*

Phase der engen Zusammenarbeit, die Hochphase in den Beziehungen, wobei sich bereits allgemeine Differenzen abzeichneten. Die Farbrevolutionen werden nicht als Krisen mit aufgenommen, da sie in die Zeit guter deutsch-russischer Zusammenarbeit fallen. Auch der Georgienkrieg 2009 wird nicht in den Fragebogen aufgenommen, da er zwar kurze Irritationen, aber keine größere Krise hervorrief. Es zeichnet sich in den Jahren nach dem Georgienkrieg die Tendenz ab, dass sich die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland/EU sich verkomplizierten und sich zunehmend verschlechterten. Punktuell betrachtet nehmen die Themen Menschenrechte und Rechtsstaat zwar keine Dimensionen einer Krise an, über den Zeitverlauf gesehen addieren sie sich jedoch zu Krisen auf. Exemplarisch für die Auseinandersetzungen um Menschenrechte und Rechtstaatlichkeit, die als Hintergrundrauschen die Beziehungen begleiteten, greife ich das Agentengesetz 2012 und das Gesetz gegen Homosexuellen Propaganda 2011-2013 heraus. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass ich bei der Dokumentenanalyse zur Städtepartnerschaft Dresden-St. Petersburg das Thema Menschenrechte und Rechtstaatlichkeit im gesamten Untersuchungszeitraum betrachte, wodurch ich nicht auf die Jahre 2012 und 2013 festgelegt bin. Die letzte und wohl größte zwischenstaatliche Krise ist die Ukraine-Krise und die Annexion der Krim seit 2013.

3 Theoretischer Rahmen – Städte als internationale Akteurinnen

Nachdem im vorangegangenen Kapitel Krisen in den deutsch-russischen Beziehungen identifiziert wurden, nähere ich mich in diesem Kapitel der Analyseeinheit Stadt. „A city is a local administrative unit where the majority of the population lives in an urban centre of at least 50 000 inhabitants” (Eurostat 2018). Nachfolgend werden Begriffe definiert und die Forschung zu transnationalen, städtischen Beziehungen im Forschungskontext verortet (3.1) und das Spannungsverhältnis von Stadt und Staat näher erläutert (3.2). Auf Grundlage der theoretischen Überlegungen, wird der Aspekt der Lebendigkeit als besonders relevante Größe identifiziert und in eine theoretische Vornannahme überführt. Dies ist relevant für die Analyse. Daraufhin wird ein Einblick in die Praxis von Städtepartnerschaften, ihrer Organisation und ihr Aktivitätenspektrum gegeben. Dies bildet die theoretische Basis für den ersten Teil des Fragebogens. Der Fokus dieser Arbeit liegt auf Stadtverwaltungen, die mit ihrer koordinierenden Funktion in Städtepartnerschaften eine

wichtige Rolle im Umgang mit internationalen Krisen inne haben, wie in Kapitel 3.3 expliziert wird.

3.1 Begriffsbestimmungen und Forschungsstand

Begriffsbestimmung

Städtepartnerschaften gehören zu den ältesten und häufigsten Instrumenten der kommunalen Außenpolitik. Die deutsche Sektion des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) versteht unter einer Städtepartnerschaft eine „[f]örmliche, zeitlich und sachlich nicht begrenzte Partnerschaft, beruhend auf einem Partnerschaftsvertrag (Partnerschaftsurkunde)“ (RGRE 2017). Städtenetzwerke sind seit 2000 ein wachsendes Instrument kommunaler Außenpolitik (Acuto 2016: 612). Städtenetzwerke sind der Zusammenschluss von mehreren Städten zum Erfahrungsaustausch und zur Erreichung definierter Ziele. Sie tragen im Vergleich zu Städtepartnerschaften stärker den Charakter der Interessensvertretung. Das Städtenetzwerk Eurocities zählt gemeinsam mit dem RGRE zu den größten Interessenvertretungen von Städten bei der Europäischen Union in Brüssel. Hinzu kommen Projektpartnerschaften, durch die Städte punktuelle, bereichsspezifische Kooperationen eingehen (Statz/Wohlfarth 2007: 35).

Transnationale, städtische Beziehungen werden in der Wissenschaft unter den Begriffen „Städtediplomatie“, „kommunale Außenpolitik“ und „Parallel-Diplomatie“ diskutiert. Die Begriffe stammen aus unterschiedlichen Traditionen und werden in der Literatur uneinheitlich verwendet. Die meisten Wissenschaftler*innen definieren „Städtediplomatie“ nach van der Pluijm/Melissen „as the institutions and processes by which cities engage in relations with actors on an international political stage with the aim of representing themselves and their interests to one another“ (van der Pluijm/Melissen 2007: 11). Der zweite hier relevante Begriff ist der der „kommunalen Außenpolitik“. Er entstand in den Achtziger- und Neunzigerjahren und entstammt der Literatur um die Analyse von Städtepartnerschaften deutschsprachiger Autor*innen. Der Begriff bezeichnet das Auslandsengagement von Städten und Gemeinden sowie auf Außenpolitik des Staates bezogene Stadtratsbeschlüsse (Pfundheller 2014: 41-42). „Städtepartnerschaften sind immer ‚politisch‘ in einem umfassenderen, nicht auf die offizielle Außenpolitik beschränkten Sinne gewesen. Daher wurde der Begriff der ‚kommunalen Außenpolitik‘ auch schon früh verwendet“ (Statz/Wohlfarth 2007: 73). Der Unterschied zwischen den Bezeichnungen „kommunale Außenpolitik“ und „Städtediplomatie“ ist gering.

Allerdings wird in der Definition von Städtediplomatie die Prozesshaftigkeit des städtischen Handelns stärker betont. Da in der Arbeit herausgearbeitet werden soll, *wie* Städte mit zwischenstaatlichen Krisen umgehen, wird der Begriff Städtediplomatie bevorzugt gebraucht. „Parallel-Diplomatie“ oder kurz „Paradiplomatie“, ist ein Begriff, der in den Sechzigerjahren im Zusammenhang mit substaatlichen Akteuren entstanden ist. Darunter wird „the possibility of coexistence of parallel external relations 'tracks' running across countries, such as those of federal and state executives“ (Acuto 2013: 8) verstanden. Intensiv diskutiert wurde Paradiplomatie von Joenniemi/Sergunin (2014) im russischen Kontext, wobei bei ihnen nicht zwischen Städtediplomatie und Paradiplomatie unterschieden wird. Van der Pluijm/Melissen (2007: 9) halten den Begriff Paradiplomatie für eine unglückliche Beschreibung, da sich Städtediplomatie und die Außenpolitik von Nationalstaaten oft ergänzt. “[S]tate and city actors do not necessarily ‘ride’ along different diplomatic routes, but rather along the same route although in a different car“ (van der Pluijm/Melissen 2007: 9). Es gibt kein „fighting over the same piece of land“, sondern ein, sich ergänzendes Engagement beider Akteur*innen (van der Pluijm/Melissen 2007: 12). Ich verwende den Begriff Paradiplomatie in dieser Arbeit als Sonderform von Städtediplomatie, die vorliegt, wenn Städte auf die Umgehung von institutionellen Strukturen über das rechtlich Zulässige hinaus abzielen.

Forschungsstand

Mit dem starken Anstieg von Städtenetzwerken in den letzten Jahren erhöhte sich das Forschungsinteresse an Städten, mit denen manche Autor*innen die Hoffnung verbanden, Städte könnten das globale, sich zunehmend blockierende, erodierende Staatensystem vitalisieren. Acuto und Rayner (2016: 1155) wenden ein: “A common mistake often made in sensationalist reiterations of the ‘urban age’ mantra is to represent the proactivity of cities today in terms of novelty”, denn Städtediplomatie ist kein neues Phänomen. Bereits vor der Zeit des Westfälischen Friedens gehörten Städte zu den Entscheidungszentren internationaler Diplomatie. Der Unterschied liegt in der Betrachtungsweise von Städten, denn die Forschung der letzten fünf bis zehn Jahre widmet sich der Rekonzeptionalisierung Diplomatie sub-staatlicher Akteur*innen und betrachtet Städte im globalen Kontexten.

Bei der Einbettung in den Forschungskontext werden nur Arbeiten berücksichtigt, die sich inhaltlich auf kommunale Außenpolitik/ Städtediplomatie beziehen, auch wenn die

Begriffe nicht explizit verwendet werden. Denn für meine Analyse sind nur jene Publikationen relevant, die Städten Akteursqualität zuschreiben und ihr außenpolitisches Handeln oder Wechselwirkungen zwischen Städte- und Staatenebene untersuchen. Städtediplomatie ist ein Schnittstellenthema, das von Wissenschaftler*innen verschiedener Fachrichtungen bearbeitet wird. In der politikwissenschaftlichen Teildisziplin der „Internationalen Beziehungen“ treten in der Literatur um Global Governance Städte als Teil der nichtstaatlichen Akteur*innen stärker in den Fokus. In den klassischen Theorien der Internationalen Beziehungen, vornehmlich dem Realismus, sind Akteur*innen jenseits des Nationalstaates wenig akzeptiert. Als zentrale Werke für den Diskurs um die Akteursqualität und ihre theoretische Verortung zwischen Urban Studies und den Internationalen Beziehungen stechen die Werke „Global Cities, Governance and Diplomacy“ von Acuto (2013) und „Cities as International Actors“ von Herrschel und Newman (2017) sowie der Artikel „City networks – Breaking gridlocks or forging (new) lock-ins?“ von Acuto und Rayner (2016) heraus. Sie stellen sich dem Problem, dass weder Internationale Beziehungen noch Urban Studies Städte als international Agierende hinreichend erfassen können. Städte sind Teil der Global Governance Architektur im 21. Jahrhundert. „Cities are the invisible gorillas of international studies“ (Acuto 2013: 1). Wissenschaftler*innen können mit ihren, auf den Nationalstaat und andere gewohnte Akteur*innen ausgerichteten, theoretischen und methodischen Konzepten, Städte nicht erfassen (Acuto 2013: 2-3). Pfundheller (2014: 60) argumentiert hierbei, dass Städtepartnerschaften

„eine klassische Zwitter-Stellung institutionell zwischen der Innen- und Außenpolitik ein[nehmen] und [...] damit im wissenschaftlichen Zeitgeist [liegen], bei dem die Grenzen zwischen Innen- und Außenpolitik immer mehr verschwinden“.

Ebenfalls zum Bereich der Forschung um Städte und Global Governance zählen die spezifischere Fragestellungen behandelnden Arbeiten von Barber (2013), Curtis (2016), Taylor et al. (2007), Gutiérrez-Camps (2013) und Chan (2016). Einen Vergleich von Städtenetzwerken nehmen Acuto et al. (2016) vor. Seit 2000 sind besonders viele Städtenetzwerke mit internationalem Fokus entstanden. Dabei legt die größte Gruppe der Städtenetzwerke einen Fokus auf Umweltthemen, wofür exemplarisch die Arbeiten von Acuto (2013), Davidson/Gleeson (2015) und Betsill/Bulkeley (2007) stehen. Des Weiteren ist die Diskussion um die Integration von Städten in europäischen Regionen zu nennen. Sie wird unter dem Label „Borderline Studies“ geführt. Für den baltischen Raum sind die Aufsätze von Joenniemi/Sergunin (2014), Eskelinen et al. (2013) Joenniemi/Sergunin

(2011) und Anishenko/Sergunin (2012), für den Schwarzmeerraum der Aufsatz von Kisku-Sönmez (2014) relevant. Darüber hinaus schreibt Tatham (2010) über den Einfluss von Städten auf Entscheidungsprozesse in der EU.

Auch wenn sich die Formen der kommunalen Außenpolitik ausdifferenziert haben und Städtenetzwerke und deren Akteursqualität auf internationaler Bühne stärker im Forschungsinteresse stehen, ist die Erforschung von Städtepartnerschaften keineswegs abgeschlossen. Die wissenschaftliche Literatur über Städtepartnerschaften wird von deutschsprachigen Arbeiten dominiert. Ein Großteil der Arbeiten wurde in den Achtziger- und Neunzigerjahren verfasst. Darunter befinden sich viele Dissertationen, Abschlussarbeiten und graue Literatur. Die Autor*innen dieser Arbeiten setzen sich mit der Rolle von Städtepartnerschaften für die europäische Integration (Grunert 1981), ihrer Rolle für transnationale Sicherheit (Wagner 1995), Städtepartnerschaften während des Kalten Krieges und deutsch-deutschen Städtepartnerschaften (Bautz 2002) auseinander. Außerdem finden sich weitere politikwissenschaftliche und historische Aufsätze zur Europafähigkeit von Kommunen in Sammelbänden (siehe u.a. Woessler 2006, Leitermann 2006, Wolf 2006, Harte 2006, Fiedler 2006). Für den rechtswissenschaftlichen Bereich gilt die Arbeit von Heberlein (1992) als einschlägig und für den kulturwissenschaftlichen Bereich sind die Arbeiten von Fieber (1995) und Winkler (2008) erwähnenswert. Als Querschnittsthema befassen sich Autor*innen verschiedener Disziplinen mit den ost-westdeutschen Städtepartnerschaften zur Zeit der Wiedervereinigung (Pawlow 1990, von Weizsäcker 1990, Christmann et al. 2010). Von großer Relevanz ist die 2014 veröffentlichte Dissertation von Kai Pfundheller zu „Städtepartnerschaften – Alternative Außenpolitik“. Er erforscht anhand von Fragebögen und Leitfadeninterviews die Praxis und Transformation von Städtepartnerschaften in Nordrhein-Westfalen (Pfundheller 2014). Als Resultat zeigt er auf, wie Städtepartnerschaften gelingen und zukunftsfähig aufgestellt werden können. Ein zentrales Element für die Zukunftsfähigkeit von Städtepartnerschaften ist das wechselseitige, auf viele Akteur*innen verteilte und durch Kontinuität geprägte Engagement: Die Lebendigkeit (Pfundheller 2014: 209-212). Hierauf wird in nachfolgenden Kapiteln genauer eingegangen. Pfundhellers politikwissenschaftliche Dissertation erhebt den Anspruch eine 30-jährige Forschungslücke zu schließen (Pfundheller 2014: 24). Er argumentiert, dass es „trotz der hohen quantitativen Ausmaße der Städtepartnerschaftsbewegung seit Ende des Zweiten Weltkrieges“ an wissenschaftlicher Literatur mangelt, die

sich mit der Entwicklung von Städtepartnerschaften auseinandersetzt (Pfundheller 2014: 24).

Städtepartnerschaften sind nach dem Zweiten Weltkrieg als Instrument der Versöhnung zwischen Nationen entstanden. Ab 1945 waren es vor allem die USA und Großbritannien von denen die Initiative für Partnerschaften ausging. Themenschwerpunkte waren re-education und die Demokratisierung Deutschlands. In den Fünfziger- und Sechzigerjahren wurden verstärkt Partnerschaften zwischen Deutschland und westeuropäischen Staaten ins Leben gerufen. Nach dem deutsch-französischen Vertrag 1963 boomten Neugründungen zwischen den einstigen Kriegsgegnern. Darüber hinaus wurden erste Partnerschaften mit den Ländern des globalen Südens geschlossen. Inhaltlich wurde von Versöhnung stärker zum Alltag interkultureller Kommunikation übergegangen. Dazu gehören unter anderem der Austausch von kulturellen Besonderheiten. Ab Mitte der Siebzigerjahre kam es zur vorsichtigen Annäherung an Kommunen der Sowjetunion. West- und Südeuropa stand im Fokus der Neugründungen. In bestehenden Partnerschaften trat Vergangenheitsbewältigung und die, damit verbundene, symbolische Politik der Kooperation zugunsten neuer Schwerpunkte in den Hintergrund. Ab 1990 kam es, einhergehend mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, zur Partnerschaftskonjunktur mit Ländern des östlichen Europas, zum Aufbau innerdeutscher Städtepartnerschaften (zwischen Ost und West) sowie zur Ausweitung des Instruments der Städtepartnerschaft zu Städtenetzwerken. Inhaltliche Arbeit gewann an Stellenwert (Bautz 2002: 43-46).

„Im Rückblick kann nicht mehr bestritten werden, dass der Beitrag des staatlich geförderten ‚Kommunaltourismus‘ zur Völkerverständigung ebenso als ‚politisch‘ anzusehen ist wie die Bürgermeister/innentreffen am Rande der großen internationalen Konferenzen“ (Statz/Wohlfarth 2007: 73).

Interessant ist, dass in den Aufsätzen jener Wissenschaftler*innen, die Ende der Achtzigerjahre und zu Beginn der Neunzigerjahre publiziert wurden, die Politisierung von Städtepartnerschaften nicht in Frage gestellt wird. In der Nachkriegszeit und unter dem Schatten der Ost-West-Konfrontation werden Städtepartnerschaften ganz selbstverständlich als Instrument kommunaler Außenpolitik betrachtet. Dagegen scheint es in aktuellerer Literatur die sich mit der Akteursqualität von Städten beschäftigt, wichtig zu sein den Rahmen, die Legitimität und die Grenzen von Städtediplomatie zu diskutieren.

3.2 Städtediplomatie und das Spannungsverhältnis von Stadt und Staat

Für die Formen und Möglichkeiten der Städtediplomatie ist das Verhältnis von Stadt zu Nationalstaat und die rechtlichen Rahmenbedingungen für autonomes Handeln der Stadt von Bedeutung. Bei der Diskussion des Themas Städtediplomatie taucht schnell die Frage der Zuständigkeit und der Zulässigkeit von städtischem, außenpolitischem Handeln auf. Sind die Attribute Diplomatie und Außenpolitik überhaupt angemessen, wenn sie direkte Assoziationen mit dem Nationalstaat hervorrufen? Verletzen Städte durch ihre diplomatischen Aktivitäten automatisch staatliche Formen von Diplomatie? Darüber gibt es auch in der Wissenschaft geteilte Meinungen. Wie im vorangegangenen Kapitel beschrieben, liegt das Erkenntnisinteresse der meisten Arbeiten darin, das Wirken von Städten bottom up auf internationale Prozesse zu betrachten. Dies gilt auch für die Betrachtung des Spannungsverhältnisses zwischen Stadt und Staat. Dagegen ist es das Interesse dieser Arbeit zu erforschen, wie und unter welchen Umständen Städte innerhalb ihrer Städtepartnerschaften mit zwischenstaatlichen Krisen eingehen. Die Arbeit ist damit dem top down Bereich zuzuordnen, jedoch mit einem klaren Fokus auf die Untersuchung der kommunalen Ebene.

Kommunale Außenpolitik in Deutschland richtet sich nach Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes, wonach die Kommunen „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung [...] regeln“. Dabei dürfen sie nicht gegen Artikel 32 des Grundgesetzes verstoßen, in welchem die Alleinzuständigkeit des Bundes in der Außenpolitik festgeschrieben ist. Artikel 28 Absatz 2 garantiert den Kommunen ein Selbstverwaltungsrecht, wodurch sie befugt sind, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln (Statz/Wohlfarth 2007: 21). In Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes wurde der „örtliche Wirkungskreis“ der Kommunen und damit die Rahmenbedingungen für kommunale Außenpolitik weit gefasst. Folglich darf kommunale Außenpolitik der Außenpolitik des Staates nur nicht widersprechen und Kommunen nicht als völkerrechtliche Akteure auftreten (Statz/Wohlfarth 2007: 22). „Kommunale Außenpolitik darf weder von der Gebietskörperschaft noch vom Land als Instrument einer die auswärtigen Beziehungen des Bundes störende ‚Gegenaußenpolitik‘ und zur Erzwingung einer bestimmten außenpolitischen Willensbildung mißbraucht [sic!] werden“ (BVerfGE 8, 122/135ff zit. n. Pfundheller 2014: 71).

Statz und Wohlfarth (2007: 74-75) gehen über die Metapher von van der Pluijm/Melissen (2007), dass Stadt und Staat beim Betreiben von Außenpolitik in zwei verschiedenen Autos sitzen, die den gleichen Weg verfolgen, hinaus. Sie beschreiben acht verschiedene Abstufungen, die das städtediplomatische Handeln von Städten im Verhältnis zu ihren Nationalstaaten eingehen können. Die sich zum Teil überschneidenden Kategorien bewegen sich als Städtediplomatie entweder im Rahmen der nationalen Außenpolitik und interagieren in verschiedenen Weisen mit dem Nationalstaat, oder wenden sich als Paradiplomatie gegen die außenpolitischen Leitlinien des Nationalstaates. Dabei kann Städtediplomatie beispielsweise zur Fundierung staatlicher Politik dienen. Sie kann zielgerichtet, staatlich gefördert oder nicht gefördert die staatliche Außenpolitik ergänzen. In anderen Fällen ist das städtediplomatische Handeln dem Staat einen Schritt voraus und kann eine Vorbildfunktion besitzen. Paradiplomatisch ist das städtische Handeln, wenn es den Leitlinien der Politik des Staates widerspricht und gegen den vom Bundesverfassungsgericht formulierten Grundsatz verstößt. Da die Kategorien nicht trennscharf sind, kein Anspruch auf eine „umfassende wissenschaftliche Analyse“ (Statz/Wohlfarth 2007: 11) erhoben wird und sich die Kategorien bottom up auf eine Interaktion mit dem Nationalstaat beziehen, wird darauf verzichtet die Kategorien im Detail zu beschreiben und sie für die Analyse heranzuziehen. Statz/Wohlfarth (2007: 75) unterstreichen, dass die politischen Rollen, die Städte durch städtediplomatisches Handeln einnehmen „keineswegs immer bewusst eingegangen [werden], sondern den Akteuren häufig durch die politischen Verhältnisse aufgezwungen [werden]“ (Statz/Wohlfarth 2007: 75). Dies ist wiederum relevant für die Gegenbewegung (top down) und wie Städte innerhalb von Städtepartnerschaften mit zwischenstaatlichen Krisen umgehen. Am Beispiel der Städtepartnerschaft zwischen Freiburg und der iranischen Stadt Isfahan illustrieren Statz und Wohlfarth (2007: 75) wie die außenpolitische Lage Städte dazu nötigt, sich zu internationalen Krisen zu positionieren. Infolge westlicher Boykotte gegenüber dem Iran musste sich Freiburg gegenüber seiner Zivilgesellschaft für die Städtepartnerschaft rechtfertigen. Ein weiteres Beispiel ist die Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und Schanghai, die infolge der Niederschlagung der Studentenproteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking von Seiten Hamburgs für eine Weile ausgesetzt wurde (Grobe/Schade 1997: 36).

„In solchen Situationen gewinnt dann die zivilgesellschaftliche Grundlage der Partnerschaft ein besonderes Gewicht. Sie bietet die Möglichkeit, den persönlichen Kontakt aufrechtzuerhalten und damit überhaupt erst den Raum dafür zu schaffen, über die politischen Probleme zu sprechen“ (Statz/Wohlfarth 2007: 75).

Demzufolge ist die „Lebendigkeit“ der Städtepartnerschaft entscheidend für das Ansprechen von sensiblen Themen. Die Lebendigkeit von Städtepartnerschaften ergibt sich angelehnt an Pfundheller (2014: 209-212) aus wechselseitigem, auf viele Akteur*innen verteiltes und durch Kontinuität geprägtes Engagement in der Städtepartnerschaft, wie im nachfolgenden Kapitel näher erörtert wird. Es ergibt sich eine für die Analyse relevante theoretische Vorannahme:

Je lebendiger die Städtepartnerschaft, desto wahrscheinlicher ist das Adressieren von zwischenstaatlichen Krisen innerhalb der Partnerschaft.

3.3 Städtepartnerschaften in der Praxis

Nachdem im vorangegangenen Kapitel das Verhältnis von Stadt und Staat genauer betrachtet wurde und theoretische Annahmen expliziert wurden, dient dieses Kapitel dazu, die Praxis von Städtepartnerschaften fernab des Stadt-Staat Spannungsfeldes zu beschreiben. Um zu verstehen in welchen Fällen innerhalb von Städtepartnerschaften auf zwischenstaatliche Krisen eingegangen wird, ist Kenntnis über die Alltagspraxis notwendig. Nachfolgend werden die wichtigsten Erkenntnisse über Städtepartnerschaften ihrer Organisation und ihrem Aktivitätenspektrum vorgestellt, die die Grundlage für den ersten Teil des Fragebogens zur Praxis von Städtepartnerschaften bilden.

Städtepartnerschaften können sehr unterschiedlich organisiert werden. Stadtverwaltung, Stadtrat und zivilgesellschaftliche Gruppen gelten als die drei wichtigsten Akteursgruppen (Pfundheller 2014). Verwaltung und Zivilgesellschaft sind die wichtigsten Akteur*innen, während der Rat weniger bedeutend ist. Die Hauptverantwortung für die Organisation von Städtepartnerschaften in Deutschland liegt laut Pfundhellers Analyse nordrhein-westfälischer Städte zu 82% intern bei der Stadtverwaltung und zu 18% extern bei Partnerschaftsvereinen. Beides kann miteinander kombiniert sein (Pfundheller 2014: 137). Je größer die Stadt desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Städtepartnerschaft direkt beim Büro der/des (Ober)bürgermeister*in*s angesiedelt ist (Pfundheller 2014: 138). 78,5% der von Pfundheller untersuchten Städte setzen eigene Mitarbeiter*innen ein, wobei diese in den wenigsten Fällen ausschließlich mit der Koordinierung von Städtepartnerschaften betraut sind. Alle untersuchten Großstädte mit mehr als

100.000 Einwohner*innen besitzen eine eigene Mitarbeiter*innenstelle (Pfundheller 2014: 141). ●●● *Folglich sind die Stadtverwaltungen für die Organisation von Städtepartnerschaften im Allgemeinen und für den in der Analyse untersuchten Umgang mit zwischenstaatlichen Krisen im Rahmen von Städtepartnerschaften im Speziellen die zentralen Handelnden der Stadt. Da sich in der Analyse auf Material aus den Stadtverwaltungen bezogen wird und kordinierende Personen aus der Stadtverwaltung die Fragebögen ausfüllten, liegt der Fokus in der Arbeit auf dieser Akteursgruppe.*

In welcher Qualität und Quantität der Austausch in Städtepartnerschaften stattfindet, kann sehr unterschiedlich sein. Als ein Ergebnis Pfundhellers Analyse steht eine Zusammenfassung von Erfolgsfaktoren für lebendige und erfolgreiche Städtepartnerschaften. Pfundheller (2014: 209) unterstreicht, dass diese Erfolgsfaktoren eine Sammlung von Beobachtungen sind und nicht als abschließend zu betrachten sind. Die Faktoren geben einen Einblick in die städtepartnerschaftliche Praxis, helfen dabei die Lebendigkeit von Städtepartnerschaften zu vergleichen und den Umgang mit zwischenstaatlichen Krisen besser zu verstehen. Zunächst bilden die Bereiche Behörde, Schule und Jugend, Sport, Kultur, Soziales die häufigsten Bereiche der Kooperation. Wirtschaft, Medien und Politik sowie sonstige Aktivitäten treten dagegen weniger häufig auf (Pfundheller 2014: 154). Die Lebendigkeit von Städtepartnerschaften ergibt sich laut Pfundheller (2014: 209-212) aus Wechselseitigkeit (1), Ausstrahlung in viele Bereiche des städtischen Lebens (2), hohem Engagement aller Beteiligten (3), innovativen Aktivitäten (4), Kontinuität (5), dem Netzwerk (6) und caritativer Unterstützung (7). Lebendige Städtepartnerschaften werden wechselseitig, von beiden Städten gleichermaßen getragen. Zudem sind sie breit aufgestellt und strahlen in viele Bereiche des städtischen Lebens aus. Jugend und gesellschaftliche Gruppen sind dabei von besonderer Bedeutung für die Tragfähigkeit der Partnerschaft. Auch die Unterstützung der Städtepartnerschaft durch der/des Oberbürgermeister*in*s wurde als bedeutsam identifiziert. Wichtig scheint hier, dass das Engagement auf vielen Schultern verteilt ist, um Abhängigkeiten von wenigen Personen zu vermeiden. Durch innovative Aktivitäten, die je nach Profil der Stadt unterschiedlich sein können, kann eine Städtepartnerschaft ihre Attraktivität für die Bevölkerung steigern. Beispielsweise kann eine innovative Aktivität die Kooperation von Wirtschaftsverbänden sein, die

durch Praktika-Programme jungen Menschen den Berufseinstieg im Land der Partnerstadt erleichtern. In Pfundhellers Interviews zeigt sich, dass Kontinuität ein bedeutender Faktor für die Lebendigkeit der Partnerschaft ist. Beispielsweise hält ein Sportverein, der über viele Jahre gute Kontakte zu einem befreundeten Verein in der Partnerschaft pflegt, die Städtepartnerschaft lebendig. Die Zusammenarbeit mit Partnerstädten in Städtenetzwerken, die wiederum zur Zusammenarbeit zwischen Partnerstädten einer Stadt führt, hat sich in vielen Fällen als erfolgreiche Maßnahme erwiesen. In Fällen, in denen Städtepartnerschaften caritative Aspekte als Ziel in sich tragen, kann sich dies positiv auf die Partnerschaft auswirken. Erfolgreiche Hilfsaktionen beispielsweise in Form von Verwaltungshilfen/ Bereitstellung von medizinischen/ technischen Geräten können die Städtepartnerschaft kräftigen (Pfundheller 2014: 209-212).

4 Methodischer Rahmen – von der Fallauswahl bis zum Fragebogen

In diesem Kapitel wird der methodische Rahmen vorgestellt. Im ersten Teil des Kapitels wird die Einzelfallanalyse, wie sie in der Komparatistik angelegt ist, vorgestellt. Daran lehnt sich die Fallauswahl, die darauffolgend ausführlich begründet wird, an (4.1). Im zweiten Teil des Kapitels wird der Prozess der Datenexploration nachgezeichnet und die Konzeption des Fragebogens vorgestellt (4.2).

4.1 Einzelfallanalyse

4.1.1 Einzelfallanalysen in der Komparatistik

Einzelfallstudien können der Komparatistik zugeordnet werden, wenn sie einen „comparative merit“ haben, das heißt, wenn sie wissenschaftliche Theorien und Konzepte berücksichtigen um spezielle Fälle zu untersuchen (Muno 2003: 117). Einzelfallanalysen fördern ein umfassendes Verstehen, wobei komplexe Erklärungen rekonstruiert werden können (Muno 2003: 121). Der Nachteil von Einzelfallstudien ist das niedrige Abstraktionsniveau. Es wird unterschieden in theorietestende, theoriegenerierende und a-theoretische Fallstudien. Während in theorietestenden Fallstudien deduktiv vorgegangen wird, entwickeln theoriegenerierende Fallstudien aus dem Fall heraus Hypothesen. In a-theoretische Fallstudien wird dicht beschrieben, ohne Anspruch Aussagen über eine größere Grundgesamtheit zu treffen (Muno 2003: 117). Für diese Arbeit bietet sich eine theoriegenerierende, induktive Fallstudie mittlerer Reichweite an, da das Erkenntnisinteresse der

Arbeit wenig systematisch erforscht ist. Es eignet sich eine induktive Einzelfallanalyse in Form eines repräsentativen Falls. „Ziel ist nicht nur, mehr Kenntnis über diesen Einzelfall zu erlangen, sondern auch das *der Untersuchung zugrundeliegende Modell* an einem Beispiel zu präzisieren“ (Pickel/Pickel 2009: 63, herv. i.O.). Bei einer repräsentativen Fallstudie geht es darum, das Typische des Falls näher herauszuarbeiten. Im Gegensatz zu prototypischen Fällen werden Fälle bei repräsentativen Fallstudien frühzeitig identifiziert (Pickel/Pickel 2009: 64), wie dies im anschließenden Kapitel getan wird. Denn um Hypothesen entwickeln zu können, muss die Fallauswahl gut begründet werden. Im Idealfall soll der Einzelfall dieser Arbeit repräsentativ für eine Stadt sein, die im Rahmen von Städtepartnerschaften zwischenstaatliche Krisen adressiert. Auch wenn eine induktive Herangehensweise in der Analyse angestrebt wird, kommt die Arbeit nicht komplett ohne Vorannahmen aus. Sie werden an den gegebenen Stellen expliziert. Die Analyse erfolgt in Anlehnung an komparatistische Einzelfallanalysen. Um eine größere Aussagekraft zu erreichen, wird das Sample um vier weitere Fälle ergänzt und kontrastiert.

4.1.2 Begründung der Fallauswahl

Nach dem Eingehen einer Städtepartnerschaft vergeht in der Regel einige Zeit bis ein Grundstock an Beziehungen aufgebaut ist und bis es erste Besuche auf offizieller wie auch auf bürgerschaftlicher Ebene gegeben hat. Daher kommen für meine Untersuchung nur jene Städtepartnerschaften in Frage, die eine Weile vor dem Untersuchungszeitraum gegründet wurden, die vor der Perestroika 1985 geschlossen wurden. Zwischen Deutschland und Russland existieren nach Angaben des Deutsch-Russischen Forums aktuell 98 Städtepartnerschaften. Die meisten Städtepartnerschaften wurden jedoch zu Beginn der Neunzigerjahre geschlossen. Wenige Partnerschaften wurden während der Perestroika geschlossen und nur fünf Partnerschaften davor: Neubrandenburg-Petrosawodsk (1983), Erlangen-Wladimir (1983), Dortmund-Rostow am Don (1977), Dresden-St. Petersburg (1961) und Hamburg-St. Petersburg (1957) (Deutsch-Russisches Forum 2016). Wie zu Beginn der Arbeit erwähnt wurde, lassen die Vorrecherchen erwarten, dass wenig Datenmaterial zur Bezugnahme auf internationale Krisen in den Städten zu finden sein wird. Daher ist es wichtig, eine deutsche Stadt mit ihrer russischen Städtepartnerschaft als Hauptfall auszuwählen, die eine erhöhte Wahrscheinlichkeit aufweist auf internationale Krisen einzugehen: ein Stadt mit einer hohen Handlungsautonomie. Van der Pluijm/Melissen (2007: 14-16) argumentieren, dass der Grad der Unabhängigkeit

einer Stadt gegenüber dem Nationalstaat einen Rolle für die städtepolitische Aktivität spielt. Dies bezeichne ich als Handlungsautonomie. Daraus lässt sich die eine für die Fallauswahl relevante, theoretische Vorannahme ableiten:

Je größer die Handlungsautonomie einer Stadt ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie aktive Städtediplomatie betreibt und auf zwischenstaatliche Krisen eingeht.

Der Grad der Handlungsautonomie einer Stadt setzt sich zusammen aus dem rechtlichen Status (den der Nationalstaat der Stadt zugesteht), der Größe der Stadt, dem Charakter der Administration, dem Verhältnis von Stadtregierung zur Regierung des Nationalstaates und der geographischen Lage der Stadt innerhalb des Staates (van der Pluijm/Melissen 2007: 14-16). Wenn eine Reaktion auf zwischenstaatliche Krisen beobachtbar sein sollte, dann am ehesten bei Städten mit einer großen Handlungsautonomie.

	DD²	DO	NB	ER	HH
Rechtlicher Handlungsspielraum	+	+	+	+	+
Größe der Stadt	+	+	-	+	+
Charakter der Administration	+	+	+	+	+
Verhältnis zum Nationalstaat	+	-	-	-	+
Geographische Lage im Land	-	+	-	-	+
Handlungsautonomie	Mittel/hoch	mittel	niedrig	Mittel/ niedrig	Sehr hoch
<i>Sehr guter Datenzugang</i>	+	-	-	-	-

Abbildung 1: Fallauswahl nach dem Kriterium der Handlungsautonomie

Durch den Föderalismus verfügen alle deutschen Städte über rechtlichen Handlungsspielraum. Zur Größe der Stadt und Charakter der Administration gibt es von Pfundheller (2014: 37-39) genauere Angaben. Laut Pfundheller ist bei Städten mit über 100 000 Ein-

² Dresden (DD), Dortmund (DO), Neubrandenburg (NB), Erlangen (ER), Hamburg (HH)

wohner*innen die Wahrscheinlichkeit, dass die Partnerschaft am Büro des/der (Ober)bürgermeister*ins angesiedelt ist und über eine koordinierende Person verfügt, sehr hoch. Alle in die Untersuchung einbezogenen deutschen Städte, mit der Ausnahme von Neubrandenburg (NB) (65 000) haben mehr als 100 000 Einwohner*innen und erfüllen das zweite Kriterium.

Dresden (DD) mit 550 000 Einwohner*innen ist die Landeshauptstadt des Freistaates Sachsen (Landeshauptstadt Dresden 2018). Dadurch hat sie zumindest eine räumliche Nähe zur Landesregierung und damit vermittelt zur Bundesregierung. Aufgrund ihrer geographischen Lage ganz im Osten der Bundesrepublik ist Dresden weder ein Verkehrs- noch Handelszentrum. Ihre Handlungsautonomie ist mittel bis hoch. Dortmund (DO) mit knapp 600 000 Einwohner*innen liegt am Rande des ökonomisch starken und verkehrsreichen Ruhrgebiets (Stadt Dortmund 2015). Die Stadt ist somit ein Wirtschaftszentrum, aber kein politisches Zentrum. Ihre Handlungsautonomie ist mittel. Erlangen (ER) liegt in Franken im Bundesland Bayern und hat 100 000 Einwohner*innen (Stadt Erlangen 2018). Erlangen ist in der Bundesrepublik weder als politisches noch wirtschaftliches Zentrum bekannt, daher wird die Handlungsautonomie der Stadt mittel bis niedrig eingeschätzt. Neubrandenburg, mitten in Mecklenburg-Vorpommern gelegen, gilt ebenfalls nicht als wirtschaftliches oder politisches Zentrum. Da zusätzlich die Einwohner*innenzahl der Stadt weniger als 100 000 beträgt (Nordkurier 2018), wird ihre Handlungsautonomie als gering beurteilt. Hamburg (HH) ist nach Berlin und München die drittgrößte Stadt Deutschlands. Sie hat den größten Hafen und gilt als Handelsmetropole. Da Hamburg ein Stadtstaat ist, gilt die Stadt als politisches Zentrum. Die Stadt Hamburg ist aufgrund ihres Platzes im Bundesrat direkt in die Bundespolitik eingebunden und besitzt mehr Autonomie als andere deutsche Städte aus dem Sample. Jedoch können auch andere Städte, die keine Stadtstaaten sind, vermittelte politische Kontakte, wie am Beispiel Dresden deutlich wird, zur Bundespolitik haben. Die Handlungsautonomie Hamburgs wird als sehr hoch eingestuft. Damit wäre Hamburg der idealste Fall für eine Einzelfallanalyse. Da das Ziel der Arbeit ist, eine systematische Analyse des Umgangs mit internationalen Krisen durchzuführen, benötigte ich Zugriff auf den gesamten Dokumentenbestand der Städtepartnerschaft seit 1990. Dieser Zugriff wurde mir nur in Dresden ermöglicht. Dresden mit einer mittleren bis hohen Handlungsautonomie, sowie einem sehr guten Datenzugang und ihre Städtepartnerschaft mit St. Petersburg wurden als Einzelfall ausgewählt. Da Dresden,

Hamburg und St. Petersburg eine Ringpartnerschaft³ haben, finden sich in den Dokumenten der einen Städtepartnerschaft zum Teil Verweise auf die jeweils andere Stadt/ Städtepartnerschaft. Dementsprechend ist die Städtepartnerschaft Hamburg-St. Petersburg Ergänzungs- und gemeinsam mit den anderen in diesem Kapitel erwähnten Städtepartnerschaften Kontrastfall zugleich.

4.2 Datenexploration und Fragebogenkonzipierung

Um die Frage beantworten zu können, wie Städte im Rahmen von Städtepartnerschaften mit zwischenstaatlichen Krisen umgehen, wurde ein zweiteiliger Fragebogen⁴ entwickelt mit Fragen zur Praxis der Städtepartnerschaften und zum Umgang mit zwischenstaatlichen Krisen. Im ersten Teil wurden Informationen zur Organisation der Städtepartnerschaft und zu den Aktivitäten und Lebendigkeit erfragt. Es wurden Fragen zu folgenden Themen in den Fragebogen aufgenommen: Zuständigkeit für die Koordination der Städtepartnerschaft, koordinierende Person und ihren nach zeitlichen Kapazitäten, Häufigkeit des Wechsels der Koordination und nach den beteiligten Abteilungen in der Stadtverwaltung. Um die Lebendigkeit von Städtepartnerschaften abbilden zu können, wurde zunächst im Fragebogen unmittelbar um die Einschätzung der Lebendigkeit gebeten und dann die Erfolgsfaktoren wie folgt erhoben: Die Fragen richteten sich daher sowohl auf die Stadtverwaltung als auch auf die Zivilgesellschaft. Auf Wechselseitigkeit wurde vermittelt durch die Frage, von wem die partnerschaftlichen Aktivitäten eher getragen werden eingegangen. Um die Ausstrahlung in die verschiedenen Bereiche der Partnerschaft zu erfassen wurde nach der Anzahl an Abteilungen der Stadtverwaltung gefragt, die in die Partnerschaft involviert sind und nach aktiven Gruppen in der Städtepartnerschaft. Es wurde nach der Bedeutung verschiedener Gruppen für die Städtepartnerschaft gefragt und um eine Einschätzung der Intensität der Aktivität gebeten. Somit wurde auch der Erfolgsfaktor „Hohes Engagement aller Akteur*innen“ erfasst. Zudem wurden die zeitlichen Kapazitäten der koordinierenden Person, das Engagement der/des Bürgermeis-

³ Eine Ringpartnerschaft zu haben bedeutet, dass nicht nur Dresden-St. Petersburg und Hamburg-St. Petersburg, sondern auch Dresden und Hamburg seit 1987 eine Städtepartnerschaft haben. Deutsch-deutsche Städtepartnerschaften traten zu dieser Zeit häufig auf, um Aufbauhilfe auf kommunaler Ebene nach der Wiedervereinigung zu leisten (Grobe/Schade 1997: 42-43).

⁴ Der ausführliche Fragebogen (für Hamburg und Dresden) sowie der Kurzfragebogen (für die anderen drei Städte) sind im Anhang der Arbeit zu finden.

ter*in*s und die Häufigkeit von offiziellen Besuchen in der Partnerstadt erfragt. Der Faktor Kontinuität wurde durch die Frage nach der Entwicklung der Aktivitäten der Partnerschaft im Zeitverlauf von 1990 bis 2017 und durch die Frage nach der Häufigkeit des Wechsels der koordinierenden Person ermittelt. Innovation wurden ermittelt, indem nach besonderen Erfolgen und wichtigsten Ereignissen gefragt wurde. Der Faktor der *carritativ*en Unterstützung ist ein inhaltlicher Aspekt, der durch die Abfrage der Aktivitäten erfasst wurde (siehe oben). Der Faktor Netzwerk war zu vernachlässigen, da nur Aktivitäten innerhalb von Städtepartnerschaften von Interesse waren.

Der zweite Teil befasste sich mit äußeren Einflüssen und den in Kapitel 2 identifizierten, internationalen Krisen. Die Fragen bezogen sich darauf, *ob* und *wie* Städte auf zwischenstaatlichen Krisen reagierten: ob sie die Krisen innerhalb der Städtepartnerschaften angesprochen und wie sich die Aktivitäten der Städtepartnerschaft nach der Krise entwickelten. Zudem wurde um eine allgemeine Einschätzung gebeten in wieweit sich die staatlichen Beziehungen auf die Städtepartnerschaften auswirkten und ob es Anfragen zur Aussetzung oder Beendigung der jeweiligen Städtepartnerschaft gab. Letzteres wurde aufgrund einer Beobachtung während der Exploration von Daten in Dresden im Oktober 2017 hinzugefügt. Der umfassende Fragebogen wurde im November 2017 an die Städte Dresden und Hamburg versendet, die als Hauptfälle zur Diskussion standen. Der Fragebogen diente als Gesprächsgrundlage für einen Besuch bei der Stadt Hamburg im Dezember 2017. Die Diskussion des Fragebogens mit der koordinierenden Person der Städtepartnerschaft mit St. Petersburg in der Senatsverwaltung dauerte ungefähr eineinhalb Stunden. Danach sichtete ich die, mir zur Verfügung gestellten, ausgewählten Dokumente. Nach der Datensichtung beantwortete mir die koordinierende Person offene Fragen. Die Städtepartnerschaft Hamburg- St. Petersburg stellte sich als ein sehr interessanter Fall für die Analyse heraus, bot jedoch nicht die Möglichkeit einer systematischen Analyse. Gegen Expert*inneninterviews als Alternative zur Datenanalyse entschied ich mich aufgrund des langen Untersuchungszeitraums. Denn die Interviews hätten die Informationslage, auf Grund der Wechsel in der Koordination, nur für die letzten Jahre verbessern können. In Hamburg gab es laut Fragebogen drei bis fünf Wechsel in der Zuständigkeit für die Städtepartnerschaft mit St. Petersburg seit 1990. In Dresden wechselte die Zuständigkeit ein bis zweimal. Ich suchte nach sehr spezifischen Informationen, etwa Anfragen von Journalist*innen bei Stadt X bezüglich einer möglichen Aussetzung der

Städtepartnerschaft mit Stadt Y aufgrund der zwischenstaatlichen Krise Z. Folglich hätte ich in Interviews nicht darauf bauen können, dass die/der Expert*in Kenntnis von einem solchem Ereignis hatte und selbst bei Kenntnis im Interview davon berichtet hätte. Resultierend daraus fiel die Wahl auf die Städtepartnerschaft St. Petersburg-Dresden.

Da ich zum Zeitpunkt der Fragebogengestaltung im November 2017 bereits zweimal in Dresden vorort war, diente der Fragebogen als Spezifikation und Überprüfung des gesichteten Materials. Die Dokumentation über Städtepartnerschaften Dresdens waren in Ordnern nach Jahren geordnet. Es wurde thematisch unterschieden in „Allgemeiner Schriftverkehr“, „Veranstaltungen, Aktivitäten und Projekte“, sowie Veranstaltungen die mehrere Ordner füllten, wie die Organisation des Petersburger Dialogs 2006. Innerhalb der Ordner waren die Daten chronologisch nach Themen sortiert beginnend mit den aktuellsten Dokumenten. Die Dokumente sah ich an zwei Tagen im Oktober und November 2017 ein. Hilfreich bei der Orientierung in den Daten war eine jährliche Zusammenfassung der wichtigsten Ereignisse der Städtepartnerschaft mit St. Petersburg, die seit 1992 geführt wurde und die ich nachfolgend Chronik nenne. Als Zwischenschritt ordnete ich die Ereignisse der Chronik nach Themenbereichen und sortierte sie chronologisch. So ließen sich Entwicklungslinien besser betrachten, sowie Aktivitätshöhepunkte und Tiefpunkte identifizieren. In der Chronik fanden sich keine direkten Hinweise zur Bezugnahme auf zwischenstaatliche Krisen. Bei der Datenexploration las ich die Akten der Zeiträume in denen ich zwischenstaatliche Krisen vermutete. Beim Sichten des Materials orientierte ich mich, aber fixierte mich nicht nur auf diese Zeiträume, denn Kritik am Umgang mit Menschenrechten in Russland wurde bereits vor dem Propagandagesetz und dem Agentengesetz in Europa laut. Ältere Dokumente ab 2007 lagerten im Zwischenarchiv des Dresdener Stadtarchivs⁵. Das Zwischenarchiv besuchte ich an zwei Tagen im Dezember und sichtete alle verfügbaren Dokumente seit 1990. Die Daten zu den Jahren 1997 und 1998 konnten nicht eingesehen werden, da sie nicht gefunden werden können. Die Akten, die zum Bestand „Oberbürgermeister“ gehörten, sind noch im Prozess der Archivierung. Außerdem bestanden Schutzfristen, daher war eine Genehmigung der Abteilung für Europäische und Internationale Angelegenheiten der Stadt Dresden notwendig um die Daten einzusehen.

⁵ Alle Dokumente vor 2006 (aus dem Stadtarchiv) werden in der Analyse als (Stadtarchiv Dresden Jahr) zitiert. Alle Dokumente seit 2006 (direkt aus der Stadtverwaltung) werde als (Stadt Dresden Jahr) zitiert.

Für St. Petersburg wurde ein kombinierter Fragebogen entwickelt, der die Beziehungen zu Dresden und Hamburg abfragt. Darüber hinaus wurde im Fragebogen auf den Teil ab Frage 38, der sich auf spezifische Krisen bezieht, verzichtet. Dies war notwendig, da die abgefragten Krisen, abgesehen vom Fall Kosovo, auf ein in Europa als fehlerhaft wahrgenommenes Verhalten Russlands zurückgehen. Wenn es zu einer direkten Reaktion auf diese Krisen innerhalb der Städtepartnerschaft gekommen sein sollte, so wären diese demzufolge auf der Seite der deutschen Städte zu erwarten. Damit einhergehend sollte die Chance erhöht werden, dass der Fragebogen von St. Petersburger Seite beantwortet wird, indem nicht nach spezifischen Krisen gefragt wurde. Da die zuständige Person aus der St. Petersburger Administration über sehr gute Deutschkenntnisse verfügt, wurde auf eine Übersetzung des Fragebogens verzichtet. Nachdem sich auf Nachfrage, einem Telefonat und der Versendung eines Kurzfragebogens im Januar 2018 abzeichnete, dass St. Petersburg kein beantworteter Fragebogen zu erwarten war, fiel die Entscheidung sich auf die deutsche Seite der Städtepartnerschaften zu konzentrieren. Dortmund, Erlangen und Neubrandenburg sandte ich im Januar 2018 Kurzfragebögen mit einem Schwerpunkt auf zwischenstaatliche Krisen zu, um die Aussagekraft der Analyse zu erhöhen. Auf Wunsch einer der Städte wurden die Antworten aus dem Fragebogen und damit alle drei Kontraststädte anonymisiert und bei der Beschreibung der Städtepartnerschaften im nachfolgenden Kapitel auf Quellenverweise verzichtet.

5 Analyse – zwischenstaatliche Krisen und Städtepartnerschaften

Aufbauend auf dem theoretischen und methodischen Teil der Arbeit folgt in diesem Kapitel die Analyse. Um besser einordnen zu können, wie Städte innerhalb von Städtepartnerschaften mit zwischenstaatlichen Krisen umgehen, werden in Kapitel 5.1 die fünf ausgewählten Städtepartnerschaften in der Praxis betrachtet und mithilfe der Antworten aus den Fragebögen Kurzcharakteristiken der Städtepartnerschaften erstellt. In Kapitel 5.2 erfolgt der Kern der Analyse mit Fokus auf der systematischen Analyse der Dresdener Dokumente zur Städtepartnerschaft Dresden-St. Petersburg. In fünf-Jahresschritten werden erwartete Krisen anhand der Antworten aus den Fragebögen und den Dokumenten aus Dresden diskutiert. Falls in den Daten aus Dresden Dokumente zu finden sind, die nicht der vermuteten Krise zugeordnet werden können, werden diese unter dem Punkt

unerwartete Krisen diskutiert. Aus der Diskussion des Umgangs mit Krisen werden Hypothesen abgeleitet, unter welchen Umständen Städte stärker dazu tendieren zwischenstaatliche Krisen innerhalb der Städtepartnerschaften zu adressieren.

5.1 Die Praxis der fünf Städtepartnerschaften im Vergleich

5.1.1 Entstehungskontext und Aktivitäten der fünf Städtepartnerschaften

In diesem Kapitel werden zunächst der Entstehungskontext und das Aktivitätenspektrum der fünf Städtepartnerschaften betrachtet. Die Städtepartnerschaften von Dresden und auch von Hamburg werden etwas detaillierter betrachtet. Durch die Ringpartnerschaft finden sich in den Dresdener Dokumenten Verweise auf die Städtepartnerschaft Hamburg-St. Petersburg. Daher ist eine ausführlichere Betrachtung der Entstehung angebracht.

Dresden- St. Petersburg

Erste Kontakte zwischen Dresden und Leningrad, dem heutigen St. Petersburg, reichen bis in die Fünfzigerjahre zurück. Nach der Gründung des Warschauer Paktes 1955 begann die KPdSU Beziehungen zu Bruderparteien der Mitgliedsstaaten zu knüpfen. Städtepartnerschaften sollten den Aufbau des Sozialismus begleiten und stärken. Ende der Fünfzigerjahre wurden erste Beziehungen auf substaatlicher Ebene aufgebaut um den Bruderbund DDR-UdSSR zu stärken. Auf dieser Grundlage entstand 1961 die Städtepartnerschaft Leningrad-Dresden. Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen sowie wirtschaftliche Betriebe schlossen Freundschaftsverträge. Im Bildungsbereich schlossen TU Dresden und das Polytechnische Institut „M.I. Kalinin“ und Musikhochschulen Freundschaftsverträge. Zudem entstanden beispielsweise Kontakte zwischen der Leningrader Ermitage und der Dresdener Kunstsammlung, der Leningrader Ballettschule und der Palucca Schule sowie der Sächsischen Zeitung und der Leningradskaja Prawda. Im wirtschaftlichen Bereich sind die Beziehung zwischen VEB Sachsenwerk Niedersiedlitz und Elektrosila Leningrad sowie der Meißner Porzellanmanufaktur mit dem Leningrader Porzellanwerk „Lomonossow“ zu nennen. Zu bestimmten DDR Feierlichkeiten und zum Jahrestag der Oktoberrevolution wurden Leningradtage in Dresden und Dresdner Tage in Leningrad organisiert. „Die Zusammenarbeit war Teil eines bewußt [sic!] gesteuerten Prozesses ideologischer Beeinflussung“ (Pfeifer/Schoger 2003: 107). Im Jahr 1989 bekräftigten Dresdens Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer und der Vorsitzende des

Exekutivkomitees des Leningrader Stadtsowjets der Volksdeputierten, Wladimir Jakowlewitsch Chodyrew, die gemeinsame Zusammenarbeit. Die weitere Entwicklung, Festigung der Freundschaft zwischen den beiden Städten, wurde in einer gemeinsamen Vereinbarung festgehalten. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der deutschen Wiedervereinigung wurde 1995 die Städtepartnerschaft zwischen der Stadt St. Petersburg und Dresden erneuert (Landeshauptstadt Dresden 2016: 21-23).

Die wichtigsten Säulen der Städtepartnerschaft Dresden-St. Petersburg sind heute Verwaltung, Wirtschaft (v.a. Wirtschaftsförderung), Jugend (v.a. Schulen), Hochschulen, sowie Kultur und Geschichte (v.a. Orchester/Chöre, Kulturvereine und Senoir*innengruppen) (Fragebogen DD). Im Bereich Jugend wurden von 1993 bis 2017 fast jährlich in einem oder mehreren der drei folgenden Formate Begegnungen durchgeführt: Schüler*innenaustausche, Freiwilligendienste und Jugendbegegnungen. Die Zusammenarbeit im kulturellen Bereich macht mit knapp 200 Veranstaltungen den größten Teil der Städtepartnerschaft aus. Seit 1992 finden jedes Jahr mehrere Veranstaltungen im kulturellen Bereich statt: Musik, Theater, Ausstellungen, Film, Workshops. Von den 200 Kulturveranstaltungen sind in der Chronik rund 40 im Bereich Musik verzeichnet. Die intensivste Zusammenarbeit findet im Bereich der klassischen Musik statt, die eines der verbindenden Elemente zwischen den St. Petersburg und Dresden ist (Landeshauptstadt Dresden 2016, Landeshauptstadt Dresden 2017). Die Bedeutung der Musik in der Städtepartnerschaft lässt sich an den beiden folgenden Beispielen illustrieren. St. Petersburg lies als Geschenk für Dresden zum 800. Stadtjubiläum eigens die Symphonie „Ode St. Petersburg an die Partnerstadt Dresden“ komponieren (Stadt Dresden 2006). Zum 55. Jubiläum der Städtepartnerschaft 2016 trat der Kreuzchor in der Petersburger Philharmonie auf. “It was a great pleasure to listen to sincere singing of the children of Kreuzchor. And I could see it really touched everybody’s heart”, schrieb Jevgenij Grioriew Vorsitzender des Komitees für Auslandsbeziehungen in einem Brief an den Dresdener Oberbürgermeister (Stadt Dresden 2016).

Hamburg-St. Petersburg

Die Städtepartnerschaft zwischen St. Petersburg und Hamburg, 1957 gegründet, ist die erste sowjetisch-deutsche Partnerschaft. Nachdem erst 1955 die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion wiederaufgenommen wurden, war

die freundschaftliche Annäherung auf Städteebene keine normale, administrative Angelegenheit. Die Initiative für die Aufnahme von Beziehungen ging vom Exekutivkomitee des Leningrader Stadtsowjets aus. Der Hamburger Bürgermeister Kurt Sieveking, der zu dieser Zeit Bundesratspräsident war, erhielt 1956 einen Brief aus Leningrad. Der Brief enthielt den Wunsch mit Hamburg freundschaftliche Beziehungen aufzubauen und eine Einladung in Stadt an der Newa. Der Senat entschied die Einladung anzunehmen (Grobe/Schade 1997: 4-6). Unter dem Titel „Politik der Elbe“ versuchte Hamburg durch „kleine und kleinste Schritte den Ost-West-Gegensatz zu überwinden und für die Menschen erträglicher zu machen“ (Grobe/Schade 1997: 6). Die Annäherung wurde von der Bundesregierung mit Skepsis betrachtet, die eine andere außenpolitische Linie verfolgte, welche vorsah, nach dem Aufstand in Ungarn und in Abstimmung mit den westlichen Verbündeten auf keiner Ebene die Annäherung zur Sowjetunion zu suchen. Bundeskanzler Adenauer schrieb einen Brief an Sieveking, in dem er von der Reise aufgrund der angespannten Lage vor dem Hintergrund des Kalten Krieges abriet (Adenauer 2007).

„Die Annahme der Einladung nach Leningrad, die in starkem Kontrast steht zu unserer gesamten Aussenpolitik, die ohne Fühlungnahme mit dem Auswärtigen Amt erfolgt ist und die auch der Haltung des Bundestages auf die Einladung nach Moskau widerspricht, Ihre Äusserungen über die Ostfrage hat in unserer Partei allgemeines Befremden – um keinen Schärferen Ausdruck zu gebrauchen – hervorgerufen“ (Adenauer 2007).

Hamburg entsandte dennoch eine Delegation nach Leningrad und schloss bald daraufhin mit Leningrad einen mündlichen Freundschaftsvertrag. Auch wenn der Wille da war, der Städtepartnerschaft zu mehr Lebendigkeit zu verhelfen, waren Besuche im Zuge der Blockkonfrontation mit einem hohen administrativen Aufwand verbunden. Wirtschaftliche Kontakte entwickelten sich bereits Ende der Sechzigerjahre. In Verbindung mit Willy Brandts neuer Ostpolitik war der Aufbau von zivilgesellschaftlichen Kontakten möglich. Die ersten Schüler*innenaustausche nach Leningrad und gemeinsame Sportveranstaltungen kamen Ende der Siebzigerjahre zustande. Es fanden 1979 „Hamburg-Tage“ in Leningrad und 1981 „Leningrad-Tage“ in Hamburg statt. Im Jahr 1987 feiert man gemeinsam 30 Jahre Städtepartnerschaft. Unter Gorbatschows Politik von „Glasnost und Perestroika“ festigten sich die Beziehungen auf allen Ebenen. Es kam unter anderem zum ersten Austausch von sowjetischen Schüler*innen nach Hamburg. Der Zerfall der Sowjetunion offenbarte die wirtschaftlichen Probleme und die Versorgungslage verschlechterte sich. Wo-

raufhin die Hamburger*innen – staatliche und nichtstaatliche Akteure – eine breit angelegte Spenden- und Solidaritätsaktion starteten (Stadt Hamburg 2018). „Diese Hilfsaktionen waren ohne Zweifel der bisherige Höhepunkt der über 30jährigen Städtefreundschaft. Die Spendenfreudigkeit der Hamburger hatte ungeahnte Ausmaße angenommen“ (Grobe/Schade 1997: 15). Zu Beginn der Neunzigerjahre etablierten sich Austausch von Auszubildenden und Praktikant*innen. Auf Initiative der Hamburger Umweltbehörde wurde ein internationales Umweltzentrum in St. Petersburg gegründet, die Hochschulkontakte wurden intensiviert und auch im Bereich Kultur wurde die Zusammenarbeit intensiviert (Grobe/Schade 1997: 18-20). Heute besteht ein breites Spektrum an Aktivitäten und Veranstaltungen, die von Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft und Verwaltung gemeinsam getragen werden. Die aktuell aktivsten Gruppen in der Städtepartnerschaft sind Jugendgruppen, kirchliche Gruppen und die Handelskammer (sehr aktiv) gefolgt von Verwaltung, Lehrer*innen, Universitäten, Museen, Tanzgruppen, Unternehmer*innen, Wirtschaftsförderung, Gewerkschaften, Behinderteneinrichtungen, Wohlfahrtsverbänden, Kriegsgräberbetreuung und Umweltgruppen (Fragebogen HH). Zu den besonderen Erfolgen der Städtepartnerschaft zählen unter anderem der Einbezug verschiedenster Akteur*innen und die 2017, im Jahr des 60. Partnerschaftsjubiläums, unterzeichnete schriftliche Zielvereinbarung für die Zusammenarbeit innerhalb verschiedener Themenfelder (Stadt Hamburg 2017).

Stadt 1

Als Hauptziel der Städtepartnerschaft von Stadt 1 mit ihrer russischen Partnerstadt wurde interkulturelle Verständigung und Aussöhnung vereinbart. Bürgerschaftliches Engagement steht im Zentrum der Partnerschaft. Das Partnerschaftshaus in der russischen Partnerstadt, direkt neben dem Rathaus gelegen, ist Treffpunkt für deutsch-russische Austauschprojekte. Im Haus trifft sich der Freundschaftskreis der Partnerstädte, die Akademie für Wirtschaftspraxis ist hier ansässig, es finden Sprachkurse statt und vieles mehr. Durch die Aktion „Hilfe für die Partnerstadt“ konnten viele Spenden aus der Bevölkerung von Stadt 1 eingesammelt werden und die Partnerstadt unterstützt werden. Durch die partnerschaftlichen Kontakte konnte die katholische Gemeinde wiederaufgebaut werden. Viele Vereine kooperieren und unterstützen ihr Pendant in der russischen Partnerstadt. Das Rote-Kreuz unterstützt eine Sozialstation zur häuslichen Pflege, ein Sozialverein unterhält eine enge Kooperation mit der Kinderpsychiatrie der Partnerstadt. Darüber hinaus

sind Schulen, Sport- und Kulturvereine aktiv an Austausch beteiligt. Die Partnerschaft wurde im März 2002 durch Bundespräsident Rau mit dem 1. Preis für Bürgerschaftliches Engagement in Russland ausgezeichnet.

Stadt 2

Erste Überlegungen zur freundschaftlichen Annäherung zwischen Stadt 2 und ihrer Partnerstadt entstanden bei den Auslandskulturtagen in den Siebzigerjahren in der Sowjetunion. Auf Initiative eines sowjetischen Botschafters wurde eine Städtepartnerschaft zunächst diskutiert und schließlich unterzeichnet. Auch diese Städtepartnerschaft stand im Zuge der Blockkonfrontation vor der Herausforderung ideologische Gegensätze und systemische Unterschiede zu überbrücken. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden die wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Kontakte intensiviert. Die breit angelegten Hilfs- und Spendenaktionen der Bürger*innen von Stadt 2 für die unter der prekären wirtschaftlichen Situation leidende Bevölkerung der Partnerstadt brachte die Städte näher zusammen. Darüber hinaus wurden Kultur-, Jugend- und Sportaustausche angestoßen, sowie Wirtschaftskontakte aufgebaut.

Stadt 3

Die Städtepartnerschaft zwischen Stadt 3 und ihrer russischen Partnerstadt finden im Bereich Jugend, Sport und Kultur statt. Der letzte Austausch der Städtepartnerschaft fand 2010, woraus zu schließen ist, dass die Partnerschaft weniger aktiv ist.

5.1.2 Organisation der fünf Städtepartnerschaften

In diesem Kapitel werden unter Berücksichtigung der Antworten aus den Fragebögen ergänzend die Organisation der Städtepartnerschaften, ihre Lebendigkeit und die Entwicklung der Aktivitäten der Städtepartnerschaften 1990-2017 diskutiert. Als Resultat werden Kurzcharakteristiken zur Praxis der Städtepartnerschaften erstellt.

Bei allen in die Untersuchung einbezogenen Städten ist die Betreuung von Städtepartnerschaften direkt an das Oberbürgermeister*innenamt angegliedert. In Dresden ist dies seit 2009 der Fall. Zuvor lag die Zuständigkeit für Städtepartnerschaften beim Amt für Protokoll und Auslandsbeziehungen (1990-1993), beim Presseamt (1994-2003), beim Europareferat (2003-2006) und, von 2007 bis 2009, erneut beim Presseamt. Die koordinierende Person, die seit 1990 einmal gewechselt hat wendet 6 bis 10 Stunden wöchentlich für die Organisation der Städtepartnerschaft mit St. Petersburg auf. In Dresden koordi-

niert bereits seit 1991 und in Stadt 1 seit 1989 die jeweils gleiche Person die Städtepartnerschaft mit der russischen Stadt. In allen anderen Städten hat die Koordination 3 bis 5 gewechselt. Dies trifft auch auf St. Petersburg zu, wie aus der Sichtung der Akten in Dresden hervorgeht. Die häufigen Wechsel der koordinierenden Person in St. Petersburg, erschwert laut Angaben aus Dresden die Kommunikation und die Zusammenarbeit (Fragebogen DD). Der Zeitaufwand in den anderen Städten für die Koordination ihrer Partnerschaft variiert. In Hamburg wendet die koordinierende Person 20 Stunden pro Woche auf, in Stadt 1 sind es sogar 25 bis 30 Stunden. Dagegen haben die koordinierenden Personen in Stadt 2 (4 Stunden) und Stadt 3 (0,25) wöchentlich weniger zeitliche Ressourcen für die russische Partnerschaft (Abbildung 2). Die Anzahl der Abteilungen die in die Städtepartnerschaft involviert sind, unterscheiden sich zwischen den Städten. In Dresden genauso wie Stadt 1 sind seit 1990 unverändert 7 Dezernate der Verwaltung in die Städtepartnerschaft involviert. 8 Fachbehörden in Hamburg beschäftigen sich mit der Städtepartnerschaft zu St. Petersburg (seit 1990 zunehmend). In Stadt 2 sind 4 Abteilungen (abnehmend), und in Stadt 3 eine Abteilung konstant involviert (Abbildung 2). Somit sind die russischen Städtepartnerschaften in Dresden, Hamburg und Stadt 1 breit in die Verwaltungsstrukturen integriert, während dies in Stadt 2 und Stadt 3 weniger der Fall ist.

	DD	HH	S1	S2	S3
Städtepartnerschaften werden vom Oberbürgermeister*innenamt verwaltet	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Eigene koordinierende Person ist vorhanden	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Pro Woche stehen ... Stunden für die Partnerschaft zur Verfügung	6-10	20	25-30	4	0,25
Häufigkeit des Wechsels der koordinierenden Person	1-2	3-5	1-2	3-5	3-5
Anzahl der aktuell an der Partnerschaft beteiligten Abteilungen/Ressorts	7	8	7	4	1
Anzahl der Abteilungen hat zugenommen(+)/ ist gleichgeblieben (0)/ hat abgenommen (-)	0	KA	0	-	0

Abbildung 2: Organisation der Städtepartnerschaften

Für Hamburg und Stadt 1 ist die jeweilige Städtepartnerschaft mit der russischen Stadt die wichtigste existierende Partnerschaft, was sich auch an den zeitlichen Ressourcen der

koordinierenden Person widerspiegelt (Abbildung 2). Dresden gab im Fragebogen an, keine Gewichtung vornehmen zu wollen. Alle Städtepartnerschaften seien wichtig, wobei es aktive und weniger aktive Phasen gebe (siehe Abbildung 4), was auch von Jubiläen und anderen Ereignissen sowie der Entfernung der Städte abhängt. Die Städtepartnerschaft mit St. Petersburg wird als lebendig eingestuft. Im Durchschnitt finden jährlich öffentliche Treffen statt und die Unterstützung der Partnerschaft durch die/den Oberbürgermeister*in wird als wichtig bis sehr wichtig eingestuft (Fragebogen DD). Offizielle Besuche von Stadt 3 mit ihrer Partnerstadt finden seltener als alle 2 Jahre statt und die Partnerschaft wird laut Fragebogen als wenig lebendig beurteilt. Die Städtepartnerschaften Hamburgs, von Stadt 1 und 2 werden als sehr lebendig bewertet. Offizielle Vertreter*innen aus Hamburg und Stadt 1 reisen häufiger als einmal im Jahr zu Veranstaltungen in die Partnerstadt. Wie in Dresden finden in Stadt 2 jährliche Besuche in der Partnerstadt statt (Abbildung 2).

	DD	HH	S1	S2	S3
Lebendigkeit der Städtepartnerschaft (sehr lebendig, lebendig, durchschnittlich, wenig lebendig, keine Aussage)	L	SL	SL	SL	WL
Vertreter*innen reisen ... mal im Jahr in die Partnerstadt (mehrmals pro Jahr (>1), einmal im Jahr (1), alle 2 Jahre (2), seltener als alle 2 Jahre (<2), keine Aussage (KA))	1	>1	>1	1	<2
Partnerschaft wird heute getragen von...	beiden Städten ausgewogen				
Bedeutung der/des Bürgermeister*in*s für die Lebendigkeit (Sehr Wichtig(++), Wichtig(+), Durchschnittlich(0), Weniger Wichtig(-), Unwichtig (--), Keine Aussage (KA))	+ / ++	+ / ++	++	+	KA

Abbildung 3: Lebendigkeit von Städtepartnerschaften

Der Verlauf der Aktivitäten in den Städtepartnerschaften wurde sehr unterschiedlich bewertet. Die Städtepartnerschaft Dresden-St. Petersburg durchlebte aktivere und weniger aktivere Phasen. Die Selbsteinschätzung stimmt mit dem überein, was sich auch bei der Datensichtung herauslesen lässt. Die Entwicklungen der Aktivitäten der Städtepartnerschaft Hamburg-St. Petersburg wurden als zunehmend und stark zunehmend bewertet. In

Stadt 1 wurden die Aktivitäten von 1990 bis 2015 als sehr stark zunehmend bewertet und dann als konstant bleibend eingeschätzt. Von Stadt 2 gab es keine Einschätzung über die Entwicklung der Aktivitäten. In Stadt 3 waren diese von 1990 bis 2000 abnehmend und sind seitdem konstant (Abbildung 4).

Wie haben sich die Aktivitäten in der Städtepartnerschaft entwickelt? ((sehr stark zunehmend (+++), stark zunehmend (++) , zunehmend (+), konstant (0), abnehmend (-), stark abnehmend (--), sehr stark abnehmend (---), keine Angabe möglich (KA))					
	DD	HH	S1	S2	S3
1990-1995	-	++	+++	KA	-
1996-2000	+	+	+++	KA	-
2001-2005	++	+	+++	KA	0
2006-2010	0	++	+++	KA	0
2011-2015	+	+	+++	KA	0
Ab 2016	0	++	0	KA	0

Abbildung 4: Entwicklung der Städtepartnerschaftsaktivitäten 1990-2017

●●● Zusammen mit Einschätzungen wie sich die Aktivitäten der Partnerschaften im Laufe der Zeit entwickelten, ergeben sich abschließen folgende Charakteristiken der Städtepartnerschaften:

Dresden unterhält eine lebendige Städtepartnerschaft mit St. Petersburg, die vom Oberbürgermeister aktiv unterstützt wird und durch jährliche, offizielle Treffen in die Partnerstadt gefestigt wird. Die Städtepartnerschaft durchlief unterschiedlich erfolgreiche Phasen. Zu Beginn der Neunzigerjahre nahmen die Aktivitäten ab, daraufhin waren sie bis 2000 zunehmend, danach bis 2005 stark zu nehmend und blieben dann in etwa konstant. Schwerpunkte der gegenwärtigen Zusammenarbeit sind Bürgerkontakte, Kultur- und Bildungs-, Jugend-, Erfahrungs- und Informationsaustausch in allen Bereichen des städtischen Lebens, sowie der Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Die koordinierende Person in Dresden ist seit mehr als 25 Jahren für die Städtepartnerschaft mit der russischen Stadt zuständig, wodurch Erfahrungsreichtum und Expertise auf deutscher Seite aufgebaut werden konnte.

Die Städtepartnerschaft **Hamburgs** mit St. Petersburg wird als sehr lebendig beurteilt und vom Bürgermeister unterstützt. Hamburg und St. Petersburg weisen strukturelle Ähnlichkeiten auf. Beide Städte sind Handelsmetropolen mit große Häfen und innerhalb ihrer Nationalstaaten haben sie eine überdurchschnittliche Handlungsautonomie. Offizielle Besuche finden mehrmals im Jahr statt. Als älteste deutsch-russische Städtepartnerschaft, entstanden in krisenbehafteten Zeiten, hat sie eine besondere Bedeutung für beide Städte. Die Aktivitäten in der Städtepartnerschaft waren seit 1990 zunehmend bis stark zunehmen. Die koordinierende Person in Hamburg wechselte drei bis fünfmal, was keinen Einfluss auf die Lebendigkeit der Partnerschaft hatte. Die Städtepartnerschaft baut auf einem breiten zivilgesellschaftlichem Engagement auf und ist stark institutionalisiert, was durch die Unterzeichnung mehrerer Übereinkommen über die strategische Zusammenarbeit unterstrichen wird.

Die koordinierende Person in **Stadt 1** hat im Vergleich die meisten Wochenstunden für die Städtepartnerschaft mit der russischen Stadt zur Verfügung. Offizielle Besuche von Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung in der Partnerstadt finden ein bis mehrmals pro Jahr statt. Die Partnerschaft wird als sehr lebendig eingestuft und der Oberbürgermeister spielt darin eine wichtige bis sehr wichtige Rolle. Die Aktivitäten werden von beiden Städten in gleichem Maße getragen und nahmen von 1900 bis 2015 stark zu. Seit 2015 werden die Aktivitäten der Partnerschaft als konstant eingestuft. Die Städtepartnerschaft zeichnet sich durch ein hohes bürgerschaftliches Engagement und Innovation aus, was das Partnerschaftshaus und die Auszeichnung durch den Bundespräsidenten unterstreichen.

Aktuell sind vier Abteilungen aus **Stadt 2** in die Städtepartnerschaft mit der russischen Stadt involviert, wobei die Anzahl der Abteilungen seit 1990 abgenommen hat. Es finden jährliche Besuche in der Partnerstadt durch offizielle Vertreter*innen statt. Die Partnerschaft wird ausgewogen von beiden Städten getragen. Sie wird als sehr lebendig eingestuft und dem Oberbürgermeister wird eine wichtige Rolle für die Lebendigkeit der Partnerschaft zugesprochen. Zur Entwicklung der Aktivitäten der Partnerschaft, wie auch zum Einfluss zwischenstaatlicher Krisen wurden keine Aussagen gemacht. Daher bleibt die Städtepartnerschaft von Stadt 2 ein wenig aussagekräftiger Fall.

In **Stadt 3** ist seit 1990 unverändert eine Abteilung in die Städtepartnerschaft involviert. Vertreter*innen aus Verwaltung und Politik der Stadt 3 reisen seltener als alle zwei Jahre

in die Partnerstadt. Die partnerschaftlichen Aktivitäten werden ausgewogen von beiden Städten getragen. Von 1990 bis 2000 nahmen die Aktivitäten in der Partnerschaft leicht ab und sind seit 2001 konstant geblieben. Die Städtepartnerschaft wird als wenig lebendig eingestuft. Aktivitäten finden im Bereich Jugend, Sport und Kultur statt, wogegen der letzte Austausch 2010 stattfand.

5.2 Umgang mit internationalen Krisen

In diesem Kapitel wird untersucht, wie Städte mit zwischenstaatlichen Krisen umgehen und unter welchen Umständen sie innerhalb von Städtepartnerschaften auf diese eingehen. Alle befragten Städte gaben in den Fragebögen an, dass sich die staatlichen deutsch-russischen Beziehungen mäßig bis schwach auf die eigene Partnerschaftsarbeit auswirken. In der Analyse liegt ein Fokus auf der Städtepartnerschaft Dresden-St. Petersburg und der Auswertung der Dokumente zur Städtepartnerschaft aus der Dresdener Stadtverwaltung und dem Stadtarchiv. Die Untersuchung erfolgt, wie die Abfrage zur Entwicklung der partnerschaftlichen Aktivitäten (Abbildung 4), in fünf-Jahresritten. Zur Kontextualisierung werden in den Unterkapiteln zunächst die Entwicklungen in der Städtepartnerschaft Dresden-St. Petersburg beschrieben. Dann wird mithilfe der Antworten aus den Fragebögen und den Dokumenten aus Dresden auf erwartete Krisen eingegangen. Falls vorhanden, werden darauffolgend unter der Überschrift „unterwartete Krisen“ Dokumente diskutiert, die relevante Ereignisse jenseits der erwarteten Krisen behandeln, zum Beispiel zum Thema Menschenrechte. Wie in Kapitel 2 verdeutlicht wurde, ist Kritik am Umgang mit Menschenrechten durch die Einführung des Propagandagesetzes und von dem Agentengesetz zu erwarten, lässt sich auf diese Perioden jedoch nicht reduzieren. Durch die Auseinandersetzung mit dem Material wird die theoretische Vorannahme überprüft, ob die Lebendigkeit von Städtepartnerschaften ein Einflussfaktor ist. Zusätzlich werden Hypothesen zur Forschungsfrage – unter welchen Umständen Städte innerhalb von Städtepartnerschaften zwischenstaatliche Krisen behandeln – in der Auseinandersetzung mit dem Material abgeleitet. Der Zeitraum von 2000 bis 2010 wird zusammen diskutiert, da keine zwischenstaatlichen Krisen zu erwarten waren. Zudem wird der Zeitraum 2016-2017 zusammen mit der Periode 2011-2015 betrachtet, da dieser sonst sehr kurz wäre. Abschließend erfolgt eine Reflexion darüber, wie Städte innerhalb von Städtepartnerschaften mit zwischenstaatlichen Krisen umgehen.

5.2.1 1990 – 1995 Tschetschenien

Entwicklungen in der Städtepartnerschaft Dresden-St. Petersburg

Kurz nach der politischen Wende und der Öffnung Richtung Westen nahmen die Beziehungen zwischen St. Petersburg und Dresden ab, bis die Partnerschaft im Jahr 1995 erneuert wurde und den veränderten Gegebenheiten angepasst wurde. Ein relevanter Teil der Zusammenarbeit zu Beginn der Neunzigerjahre war die humanitäre Hilfe. Im Rahmen der „Aktion Hoffnung“, die im Laufe der Jahre zu einer festen Institution wurde, nahmen Dresdener Bürger*innen, Hilfsorganisationen und Unternehmen in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung an Hilfsaktionen für die Partnerstadt teil (Pfeifer/Schoger 2003: 108). Bis 1995 wurden erste Partnerschaften im Bereich Schule, Musik und Wirtschaft geknüpft (Landeshauptstadt Dresden 2016: 21). Offizielle Besuche zu Beginn der Neunzigerjahre waren thematisch mit den Herausforderungen der Transformation und der Aufbauhilfe für St. Petersburg verbunden. Im Januar 1993 kam es zum ersten offiziellen Treffen nach der Wende. Oberbürgermeister Herbert Wagner besuchte mit einer Delegation seinen Kollegen Anatoli Sobtschak. Direkt im Anschluss kam dieser nach Dresden und führte Gespräche über die Initiierung von Wirtschaftskontakten und besuchte ein Benefizkonzert der Dresdener Philharmonie zugunsten St. Petersburgs (Stadtarchiv Dresden 1992a). Auf Stellvertreterebene fand 1994 ein Austausch zwischen den Partnerstädten statt. Wladimir Putin, stellvertretender Oberbürgermeister und Dezernent für auswärtige Beziehungen nahm am Wirtschaftsseminar zum Austausch von Informationen über Möglichkeiten wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Dresdener/Sächsischen und Petersburger Unternehmen teil. In den darauffolgenden Jahren kam es zum Austausch über Privatisierung und Verwaltung kommunalen Eigentums auf Arbeitsebene (Landeshauptstadt Dresden 2016: 21-22).

Erwartete Krise: Tschetschenien 1994-1996

	DD	HH	S1	S2	S3
Hat ihre Stadt auf die Tschetschenienkrise 1994-1996 reagiert?	KA		Ja		Nein
Wurde die Tschetschenienkrise im Rahmen der Partnerschaft thematisiert?	KA	KA	Ja	KA	Nein
Haben sich die Aktivitäten seit der Tschetschenienkrise verändert? (zugenommen (+), konstant (0), abgenommen (-))	0		+		KA

Abbildung 5: Umgang mit der Tschetschenienkrise 1994-1996

Im Fragebogen konnten Dresden, Hamburg und Stadt 2 keine Angaben dazu machen, ob auf die Tschetschenienkrise von 1994 bis 1996 innerhalb der eigenen Stadt Bezug genommen wurde und ob sie innerhalb der Städtepartnerschaft adressiert wurde (Abbildung 5). In den Dresdener Dokumenten zur Städtepartnerschaft mit St. Petersburg fanden sich in diesem Zeitraum keine Hinweise auf eine Auseinandersetzung mit der Tschetschenienkrise. Stadt 3 reagierte nicht auf die Tschetschenienkrise. Nur Stadt 1 gab an, dass die Tschetschenienkrise in Gesprächsrunden adressiert wurde und sie mittels Veranstaltungen an der Volkshochschule darauf reagierte.

Unterwartete Krisen

Am 20. August 1992 erreichte die Dresdener Stadtverwaltung ein Schreiben von Jens Siegert, seinerseits Teil der Heinrich-Böll-Stiftung. Darin erklärte er, dass sich die Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam mit der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial für ehemalige sowjetische Zwangsarbeiter*innen in Deutschland engagiert. Das Ziel des Schreibens war es in Erfahrung zu bringen, ob sich die Stadt Dresden in diesem Bereich engagiert und das Thema im Rahmen der Städtepartnerschaft bearbeitet wird und ob es ferner Programme zugunsten von Zwangsarbeiter*innen gibt (Stadtarchiv Dresden 1992b). Am 2. September 1992 antwortete der Amtsleiter für Protokoll und Auslandsbeziehungen auf Siegerts Schreiben, dass die Stadt Dresden bezüglich dieses Themas keine Kenntnis besitzt und das Thema innerhalb der Städtepartnerschaft nicht behandelt wurde (Stadtarchiv Dresden 1992c).

Vom 19. bis 21. August 1991 gab es einen **Putsch in Russland**. Eine Gruppe von Funktionären der Kommunistischen Partei strebten an, Gorbatschow, den Präsidenten der Sowjetunion abzusetzen und das Land unter eigene Kontrolle zu bringen. Der Vorsitzende des leningrader Stadtsowjets der Volksdeputierenden Anatoli Sobtschak, galt während des Augustputsches zwischenzeitlich als abgesetzt (Grobe/Schade 1997: 15). Oberbürgermeister Wagner reagierte am 21. August in einem Schreiben mit Solidaritätsbekundungen im Namen der Dresdener*innen an Sobtschak. Im Schreiben ermutigt Wager ihn dazu Reformprozesse und Demokratisierung weiterzuverfolgen. „Unser Beistand für Sie und die Menschen in Leningrad kommt von Freunden, die den Weg aus der Bedrohung in die Freiheit ebenso durchlebt und durchlitten haben“ (Stadarchiv Dresden 1991). Hamburgs Bürgermeister Voscherau sandte bereits am ersten Tag des Putsches ein Telegramm mit Solidaritätsbekundungen und erhielt posthum eine Antwort von Sobtschak mit Informationen über die aktuellen Vorkommnisse. Daraus ergab sich, dass der Hamburger Senat besser und schneller an Informationen gelangte, als die Bundesregierung (Grobe/Schade 1997: 15). „Der direkte Draht während des Putsches war das Ergebnis einer von Hamburg jahrzehntelang konsequent betriebenen Politik der kleinen Schritte, die das Ziel der Annäherung auch in schwierigen Zeiten niemals aufgab“ (Grobe/Schade 1997: 15).

●●● *Zusammenfassend, waren die Jahre von 1990 bis 1995 in der Städtepartnerschaft zwischen St. Petersburg und Dresden, wie auch auf nationalstaatlicher Ebene eine Phase der Neuorientierung. Das Fundament der Partnerschaft musste durch gegenseitige Besuche und der Planung der Novellierungsfeier 1995 neu begründet werden. Die Aktion Hoffnung war eine wichtige Grundlage für die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit beider Stadtbevölkerungen. Die Anfrage der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema Zwangsarbeiter*innen beinhaltete zwar einen Bezug zu Menschenrechten, jedoch ging es weniger um eine Positionierung oder Problematisierung des Themas innerhalb der Städtepartnerschaft. Daher besteht hier kein direkter Bezug zu einer zwischenstaatlichen Krise. Die Tschetschenienkrise, die auf nationalstaatlicher Ebene für Irritationen sorgte, wirkte sich nicht auf die Ebene der Städtepartnerschaft zwischen Dresden und St. Petersburg aus. Nur Stadt 1 gab an, dass Tschetschenien eine Rolle in ihrer Partnerschaft spielte. Häufiger als bei anderen Krisen wurde im Fragebogen angekreuzt, dass keine Aussage getroffen werden kann. Es kann darauf geschlossen werden, dass – aufgrund des Zeitpunktes*

der Krise, die mehr als 20 Jahre zurückliegt – die Erinnerung an die Krise verblasste, beziehungsweise keine Kenntnis darüber vorhanden war, da die koordinierenden Personen noch nicht im Amt waren. Im Umgang mit der Tschetschenienkrise lässt sich beobachten, dass weniger lebendige Städtepartnerschaften, wie Dresden-St. Petersburg, zu Beginn der Neunzigerjahre und Stadt 3 mit ihrer russischen Städtepartnerschaft nicht auf die Krise eingingen, wo gegen die lebendige Partnerschaft von Stadt 1 darauf einging. Daher kann die theoretische Annahme aus Kapitel 3 als Hypothese beibehalten werden:

1) Je lebendiger die Städtepartnerschaft, desto wahrscheinlicher ist das Adressieren der zwischenstaatlichen Krise innerhalb der Partnerschaft.

Der Augustputsch 1992 betraf direkt die städtepartnerschaftliche Ebene. Dieses Ereignis vollzog sich auf nationalstaatlicher Ebene, hatte jedoch, was durch die zwischenzeitliche Absetzung Sobtschaks deutlich wurde, einen kommunalen Bezug. Der Dresdener und der Hamburger Bürgermeister reagierten direkt mit Schreiben an Sobtschak auf das Ereignis. Im Brief aus Dresden wurde die gemeinsame Erfahrung durch die Repressionen der Sowjetunion betont. Auch wenn zu diesem Zeitpunkt die städtepartnerschaftlichen Beziehungen wenig lebendig waren, existierte eine Nähe zwischen den Stadtbevölkerungen aufgrund der gemeinsamen Erfahrung der Unfreiheit in der Sowjetunion, durch deren Zusammenbruch und den Herausforderungen der Wende. Daraus lässt sich die zweite Hypothese ableiten:

2) Je stärker die kommunale Ebene von der zwischenstaatlichen Krise tangiert wird, desto wahrscheinlicher ist das Adressieren der zwischenstaatlichen Krise innerhalb der Partnerschaft.

5.2.2 1996-2000 Kosovo/Tschetschenien

Entwicklungen in der Städtepartnerschaft Dresden-St. Petersburg

Nach der Novellierung der Städtepartnerschaft 1995 nahmen die Aktivitäten in den Beziehungen zwischen St. Petersburg und Dresden zu (Fragebogen DD). Sie konsolidierten und verbreiterten sich. Die Technische Universität Dresden nahm ihre Kontakte zu Petersburger Institutionen wieder auf. Vereine und Initiativen aus den Bereichen Kultur, Bildung und Sport führten Begegnungen und Kooperationen durch. Von 1995 bis 1999 leisteten jährlich Jugendliche aus Dresden einen sozialen Dienst in St. Petersburg. Schüler*innengruppen aus dem Romain-Rolland-Gymnasiums Dresden trafen sich bis 1997 jährlich mit Schüler*innen aus der St. Petersburger Peterschule. Seit 1998 führten drei

weitere Dresdener Schulen Schüler*innenaustausche mit St. Petersburger Partnerschulen durch. Enge Kontakte im Bereich Musik wurden zwischen der Dresdener Hochschule für Musik „Carl Maria von Weber“ und dem Staatlichen Konservatorium „N.A. Rimski-Korsakow“ in St. Petersburg aufgebaut. Die Dresdener Hochschule veranstaltete 1996 eine Konferenz zu Fragen der Musikbeziehungen zwischen Dresden und St. Petersburg. Daraufhin fanden Austausche auf Studierenden (1996, 1998, 2002) und Lehrkräfteebene (1999) statt. Der Dresdener Wirtschaftsbürgermeister war in diesen Jahren häufiger in St. Petersburg zu Gast um wirtschaftliche Beziehungen zu knüpfen (Landeshauptstadt Dresden 2016: 18-21).

Erwartete Krisen: Kosovo/Tschetschenien 1999

	DD	HH	S1	S2	S3
Hat ihre Stadt auf die Kosovo/Tschetschenienkrise reagiert?	Nein		Nein		KA
Wurde die Kosovo/Tschetschenienkrise 1999 im Rahmen der Partnerschaft thematisiert?	Nein	KA	KA	KA	KA
Haben sich die Aktivitäten seit der Kosovo/Tschetschenienkrise verändert? (zugenommen (+), konstant (0), abgenommen (-), keine Angabe (KA))	0		KA		Nein

Abbildung 6: Umgang mit der Kosovokrise und Tschetschenienkrise 1999

Im Zeitraum zwischen 1996 und 2000 lag die Kosovokrise und die Eskalation in Tschetschenien 1999. Laut Fragebogen reagierte die Stadt Dresden nicht auf die Kosovokrise und die Tschetschenienkrise und diese wurde auch nicht im Rahmen der Partnerschaft thematisiert (Abbildung 6). Die Daten aus dem Dresdener Stadtarchiv über die Städtepartnerschaft bestätigen dies. Jedoch konnte über die Jahre 1997 und 1998 keine Aussagen getroffen werden, da die Dokumente nicht gefunden werden konnten. Die Aktivitäten in der Partnerschaft sind in der Zeit nach den Krisen konstant geblieben. Im Vergleich zu den anderen im Fragebogen behandelten Krisen, in denen mindestens eine Stadt mit ‚ja‘ geantwortet hat, wurde bei Kosovo/Tschetschenienkrise entweder mit ‚nein‘ oder ‚keine Antwort möglich‘ geantwortet.

In den Dokumenten des Dresdener Stadtarchivs zum Jahr 1999 befand sich ein Schreiben vom 31.03.1999 des St. Petersburger Gouverneurs Jakowlew an Oberbürgermeister Wagner, das sich auf die Lage auf dem Balkan und zur Kosovokrise bezog. Im Brief wurde

die Sorge über den Krieg auf dem Balkan geäußert. Jakowlew bat darum, dem Aufruf der Petersburger Bevölkerung zu folgen, sich für die Beendigung von Kampfhandlungen einzusetzen (Stadtarchiv Dresden 1999). „Ich bitte Sie den Apell der Petersburger Bevölkerung, zur sofortigen Beendigung der Kampfhandlungen auf dem Balkan, zu unterstützen und sich gemeinsam für eine friedliche Lösung des Konfliktes durch die unmittelbare Aufnahme von Gesprächen einzusetzen“⁶ (Stadtarchiv Dresden 1999). Eine schriftliche Antwort aus Dresden auf den Apell findet sich in den Dokumenten des Stadtarchivs nicht. Bei den „Tagen der Begegnung“ in St. Petersburg vom 20. bis 24. Oktober 1999 organisiert von Institutionen aus Hamburg und St. Petersburg, an denen auch die Stadt Dresden teilnahm, gab es ein Gespräch im Haus der deutschen Wirtschaft. Bei diesem Treffen von deutschen Vertreter*innen mit dem Leiter der Handelskammer in St. Petersburg und dem deutschen Generalkonsul wurde über die politische und wirtschaftliche Situation in St. Petersburg, sowie über die anstehenden Kommunalwahlen in St. Petersburg gesprochen. Dies geht aus einem Ergebnisprotoll hervor, in dem sich kein Vermerk über die Kosovo/Tschetschenienkrise findet. Die Gespräche im Haus der deutschen Wirtschaft wurden laut Ergebnisprotokoll jedoch vom tödlichen Attentat auf Viktor Nowosjolow, aussichtsreichster Kandidat für den Vorsitz des Stadtparlaments, überschattet (Stadtarchiv Dresden 2003). St. Petersburg galt zu dieser Zeit als kriminelle Hauptstadt Russlands. 1997 wurden bereits Vize-Gouverneur Manewitsch, 1998 die demokratische Politikerin Galina Starowoitowa und einige Geschäftsleute in St. Petersburg erschossen (Essipow 1999).

●●● *Die Beziehungen zwischen St. Petersburg und Dresden verbesserten sich von 1996 bis 2000 und breiteten sich in verschiedene Bereiche des städtischen Lebens aus. Hinsichtlich internationaler Krisen ist festzustellen, dass keine der deutschen Städte angab auf die Kosovo-/Tschetschenienkrise reagiert zu haben. Für Dresden kann dies durch die Datenanalyse im Stadtarchiv bestätigt werden. Durch die Einsicht in die Archivdaten konnte herausgefunden werden, dass sich St. Petersburg zur Kosovokrise deutlich positionierte und die Stadt Dresden, zumindest schriftlich, nicht auf den Petersburger Apell reagierte. Der Fall Kosovo war für Russland von großer Bedeutung und wird häufig als Wendepunkt in den EU-Russland Beziehungen gesehen, wie in Kapitel 2 verdeutlicht*

⁶ Eigene Übersetzung aus dem Russischen.

wurde. Daraus kann folgende dritte Hypothese abgeleitet werden:

3) Je größer die Relevanz der zwischenstaatlichen Krise für den Nationalstaat, desto wahrscheinlicher ist das Adressieren der zwischenstaatlichen Krise innerhalb der Partnerschaft.

Wie am Beispiel der Gespräche während der Tage der Begegnung in St. Petersburg deutlich wurde, war auf offizieller Ebene der Auftragsmord an Nowosjolow von größerer Relevanz für die deutschen Städte Hamburg und Dresden, was wiederum für Hypothese 2 spricht, die die lokale Relevanz von zwischenstaatlichen Krisen betont.

5.2.3 2001-2005 und 2006-2010 frei von internationalen Krisen

Entwicklungen in der Städtepartnerschaft Dresden-St. Petersburg

Von 2001 bis 2005 nahmen die Aktivitäten in allen Bereichen der Städtepartnerschaft zwischen Dresden und St. Petersburg stark zu und blieben bis 2010 auf einem konstanten, hohen Niveau (Abbildung 4). Von 2001 bis 2010 war, wie im Kapitel 2 diskutiert wurde, nicht mit einer Reaktion auf internationale Krisen zu rechnen. Diese Annahme wird durch die Daten aus Dresden bestätigt, in denen sich, bis auf die Anfrage einer Dresdener Stadträtin zum Thema Menschenrechte in St. Petersburg, keine Verweise auf Krisen befinden. Die Städtepartnerschaft Dresden-St. Petersburg ist in diesem Untersuchungszeitraum geprägt von einer Vielzahl an offiziellen Festlichkeiten, wodurch sich die starke Zunahme an Aktivitäten und jährlichen Höhepunkten erklären lässt. 2001 begingen Dresden und St. Petersburg ihr 40. Partnerschaftsjubiläum. Das Jubiläumsjahr wurde von breiten Teilen der Zivilgesellschaft mitgetragen. Es fanden Jugend-, Musik- und Kulturbegegnungen, sowie Vorträge, Ausstellungen und Konzerte statt. Auch Präsident Putin besuchte Dresden im Rahmen seiner Deutschlandreise. Putin hatte noch zu DDR Zeiten einige Jahre für den sowjetischen Geheimdienst in Dresden gearbeitet. Im Bereich Wirtschaft fand das Deutsch-Russische Wirtschaftsforum 2001 in Dresden statt. Seit diesem Zeitpunkt wurden die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Städten stärker akzentuiert (Landeshauptstadt Dresden 2016: 7-18). Es folgte auf Initiative des damaligen Oberbürgermeisters Ingolf Roßberg in Kooperation mit Stadtsparkasse Dresden und Wirtschaftsförderung Sachsen GmbH die Idee für ein „Dresdner Büro der sächsischen Wirtschaft“ in St. Petersburg. Das Ziel des Büros war es die Vermittlung von Kontakten und Information für wirtschaftliche Kooperation zu erleichtern (Pfeifer/Schoger 2003: 109). Ein Jahr darauf wurde das Büro feierlich eröffnet. Bis zum Petersburger Dialog 2006 fanden

mehrere Delegationsreisen für Unternehmer*innen statt. 2003 war geprägt von den Festlichkeiten um das 300. Stadtjubiläum St. Petersburgs und dem „Jahr der Russischen Kultur in Deutschland“ das im Rahmen der „Deutsch-Russischen Kulturbegegnungen 2003/2004“ gefeiert wurde und von Bundespräsident Rau und Präsident Putin eröffnet wurde. 2003 war ein Jahr des intensiven Austausches: Vizegouverneur Sergej Wetlugin reiste im April nach Dresden und Dresdens Oberbürgermeister Roßberg gleich zwei Mal nach Petersburg. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „300 Jahre St. Petersburg – das weltoffene Russland“ in Berlin diskutierten der Dresdener Oberbürgermeister Roßberg mit Vertreter*innen aus Petersburg und Hamburg über die Deutsch-Russischen Beziehungen „Neue Qualität durch regionale Zusammenarbeit“. Das Jahr 2004 stand wiederum unter dem Motto des Jahrs der Deutschen Kultur in Russland. 2005 erhielten die Stadt Dresden und der Freistaat Sachsen beim kleinen Petersburger Dialog in St. Petersburg den Zuschlag für die Ausrichtung des Petersburger Dialogs 2006 in Dresden. Die Beziehungen zwischen St. Petersburg blieben unverändert in allen Bereichen des städtischen Lebens auf einem hohen Niveau (Landeshauptstadt Dresden 2016: 10-16). Das Jahr 2006 stand in Dresden unter dem Motto „Russland in Dresden 2006 mit 6. Petersburger Dialog“. Zusätzlich fanden Feierlichkeiten zur Ersterwähnung Dresdens vor 800 Jahren statt. St. Petersburg ließ von Igor Rogaljow eine Sinfonie für Dresden komponieren, die im Februar 2006 feierlich in der Staatsoperette vom Orchester der Einrichtung und dem Philharmonischen Kinderchor uraufgeführt wurde. Des Weiteren fanden viele Kooperationen Kulturschaffender aus den Partnerstädten statt, wobei exemplarisch folgende zu nennen sind: Das Dresdener Tanztheater „Derevo“ arbeitete eng mit Petersburger Partner*innen zusammen. Die Trans-Media Akademie Hellerau organisierte gemeinsam mit Petersburger Kolleg*innen 2006 bis 2008 Veranstaltungen im Bereich Medienkunst. Im Bereich Film fanden 2001 und 2008 Erfahrungsaustausche zwischen Dresdener und Petersburger Filmschaffenden statt. 2010 hielt sich eine Delegation der Stadtregierung St. Petersburg in Dresden auf um gemeinsam mit den Dresdener Kolleg*innen das 50. Partnerschaftsjubiläum 2011 vorzubereiten. Auf offizieller Ebene trafen sich Oberbürgermeisterin Helma Orosz und Gouverneurin Valentina Matwijenko in St. Petersburg (Landeshauptstadt Dresden 2016: 7-12).

Unerwartete Krise

Die einzige Anfrage mit einem Bezug zu internationalen Krisen, die sich in den Dokumenten in Dresden in diesem Zeitraum finden ließ, war ein Protokoll über die Ausschusssitzung vom 04.06.2007 des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit. Unter Punkt 15.02 „Partnerschaftsbeziehungen zu St. Petersburg – **Menschenrechtsituation**“ wies Stadträtin Jähnigen von Bündnis 90/Die Grünen, auf die sich verschlechternde Menschenrechtssituation in Russland hin: „Es wurden auch in St. Petersburg Versammlungen aufgelöst, niedergeknüppelt, verhindert.“ Sie bat um Informationen darüber, „was die Stadt Dresden im Rahmen ihrer Partnerschaft tun kann und wird um auf diese problematische Menschenrechtssituation hinzuweisen“. Bürgermeister Lehmann leitete diese Frage an den Oberbürgermeister weiter (Stadt Dresden 2007a). Im Antwortschreiben heißt es:

„Was die Frage der Menschenrechtssituation in Russland [...] betrifft, so ist es nicht Aufgabe der Landeshauptstadt Dresden, Fragen zwischenstaatlicher Natur zu thematisieren“ (Stadt Dresden 2007b).

Darüber hinaus wurde versichert, dass sich die Stadt Dresden aktiv für bürgerschaftlichen Dialog einsetzt und zivilgesellschaftlichen Organisationen – beispielsweise auf dem Deutsch-Russischen Volksfest, das im Rahmen des Petersburger Dialogs 2006 stattfand – eine Plattform für den Austausch bietet (Stadt Dresden 2007b).

●●● *Die Städtepartnerschaft St. Petersburg- Dresden war in dieser Zeit geprägt von Höhepunkten, Feierlichkeiten und enger Zusammenarbeit. Die staatliche und städtische Zusammenarbeit entwickelten sich parallel in eine positive Richtung und die Städtepartnerschaft diente zur Fundierung staatlicher Politik, da die Kulturbegegnungen 2003 und 2004 aktiv von der staatlichen Politik gefördert wurde. Die Kritik an der Menschenrechtssituation in Russland der Dresdener Stadträtin zeigt, wie in Kapitel 2 vermutet, dass das Thema über den Zeitpunkt des Propagandagesetzes hinaus von Bedeutung war. Bezüge zu den Farbrevolutionen, die sich in den Nullerjahren ereigneten, gab es, wie zu erwarten, nicht.*

5.2.4 2011-2017 Propagandagesetz, Agentengesetz, Ukrainekrise/ Krimannexion

Im Zeitraum von 2011 bis 2015 waren die Aktivitäten der Städtepartnerschaft St. Petersburg-Dresden zunehmend und seit 2016 konstant bleibend (Abbildung 4). 2011 feierten Dresden und St. Petersburg ihr 50. Partnerschaftsjubiläum. Mit den Höhepunkten der Festtage „St. Petersburg in Dresden“ im Juni in Dresden und „Dresden in St. Petersburg“

im September 2011 in St. Petersburg fand ein breites Kultur- und Begegnungsprogramm statt. Im Jahr des 50. Jubiläums trafen sich Matwijenko und der neue Oberbürgermeister Dresdens Dirk Hilbert zweimal. Zuerst trafen sie sich in Dresden, um im Rahmen des Jubiläums am Wirtschaftsforum Dresden-St. Petersburg und am Opernabend auf Schloss Albrechtsbach teilzunehmen. Das zweite Mal begegneten sie sich, als Hilbert im Juli 2011 nach Petersburg reiste, um an einem Galaabend im Mihailowski Theater teilzunehmen und sich mit Vertreter*innen aus Wirtschaft und Universität zu treffen. 2012 fanden, wie in vielen anderen Jahren, auch Studierenden-, Schüler*innen- und Kulturaustausche statt. Im Neuen Sächsischen Kunstverein e.V. wurden beispielsweise die Arbeiten von 20 namhaften Petersburger Künstler*innen präsentiert. Das nächste offizielle Aufeinandertreffen auf Oberbürgermeister*innenebene fand erst wieder 2016 anlässlich des 55. Jubiläums der Städtepartnerschaft statt. Von 2013 bis 2015 sind keine Treffen auf Wirtschaftsebene in der Chronik verzeichnet. Anlässlich des 55. Jubiläums reiste 2016 eine Delegation um Oberbürgermeister Hilbert nach St. Petersburg unter anderem, um Gespräche über Tourismus die Direktfluglinie zwischen beiden Städten zu führen. Hilbert wurde begleitet vom Dresdener Kreuzchor, der anlässlich des Jubiläums und seines 800-jährigen Bestehens einen Gastauftritt in St. Petersburg hatte. Im gleichen Jahr fanden weitere Veranstaltungen statt, wie zum Beispiel eine deutsch-russische Jugendbegegnung zum Thema „Meinungsfreiheit und Informationskriege“, die vom Politischer Jugendring Dresden e.V. gemeinsam mit der Youth Rights Group St. Petersburg in der russischen Partnerstadt organisiert wurde (Landeshauptstadt Dresden 2016: 1-7). 2017 trafen sich Oberbürgermeister Hilbert und der Leiter des Umweltamtes Korndorfer mit dem Vorsitzenden für Auslandsbeziehungen Grigorjew um Gespräche über Hochwasserschutz zu führen. Darüber hinaus fanden ein Schüler*innenaustausch und eine Bürger*innenfahrt nach St. Petersburg, sowie mehrere Veranstaltungen im Bereich Kultur statt (Landeshauptstadt Dresden 2017).

●●● *Es lässt sich feststellen, dass bedingt durch das 50. Partnerschaftsjubiläum im Jahr 2011, eine Vielzahl von Veranstaltungen in unterschiedlichsten Bereichen stattfanden. Von 2013 bis 2015 kamen weder Treffen auf offizieller Ebene, noch auf wirtschaftlicher Ebene zustande. Ob dies im Zusammenhang mit den Saktionen stand, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Zwar gab Dresden im Fragebogen an, dass Reisen nach St. Peters-*

burg jährlich stattfinden, jedoch wäre auch eine weitere Erklärung plausibel: Der Kontakt ist in Jahren von großen Feierlichkeiten am intensivsten, wie an der Skizzierung der Partnerschaft zu erkennen war. Da die Periode von 2013 bis 2015 sich zwischen dem 50. und dem 55. Partnerschaftsjubiläum befand, ist auch diese Erklärung denkbar.

Erwartete Krisen

In den Zeitraum zwischen 2011 und 2017 fallen das Agentengesetz 2012 und das Propagandagesetz 2013 – die ich in Kapitel 2 exemplarisch für den Bereich Menschenrechte identifiziert habe – und die Ukrainekrise mit der Annexion der Krim seit 2013.

Propagandagesetz 2011-2013

	DD	HH	S1	S2	S3
Hat ihre Stadt auf das Propagandagesetz reagiert?	Ja	Ja	Nein	KA	KA
Wurde das Propagandagesetz im Rahmen der Partnerschaft thematisiert?	Ja	Ja	Ja		Nein
Haben sich die Aktivitäten seit dem Propagandagesetz verändert? (zugenommen (+), konstant (0), abgenommen (-))	0	0	+		KA

Abbildung 7: Umgang mit dem Propagandagesetz 2011-2013

Auf das Propagandagesetz gingen Hamburg, Dresden und Stadt 1 im Rahmen ihrer Städtepartnerschaften ein. Stadt 1 thematisierte es in Gesprächen und in Beratungen über die Zukunft der Partnerschaft im Rahmen eines Diskussionsforums (Abbildung 7). Im Dresdener Fragebogen wurde angegeben, dass es Gespräche und Diskussionen mit Kolleg*innen über das Propagandagesetz gab und es im Hinblick auf Veranstaltungsteilnahmen aus St. Petersburg thematisiert wurde (Fragebogen DD). St. Petersburg verabschiedete bereits im März 2012 ein Gesetz auf regionaler Ebene, welches die Rechte von LGBT* Personen einschränkt. Als es Ende 2011 im Stadtparlament diskutiert wurde, reagierten Dresden und Hamburg mit Schreiben an den Vorsitzenden für auswärtige Beziehungen St. Petersburg Prochorenko (Stadt Dresden 2011a, Stadt Dresden 2011b). In den Schreiben drückten sie ihre Besorgnis aus und verwiesen auf die Verantwortung, die Russland als Mitglied des Europarates habe. Der Gesetzentwurf stünde der Wahrung von Bürgerrechten, Respekt und Toleranz entgegen, auf die eine gemeinsame Städtepartnerschaft aufbaut.

„Wir möchten Sie respektvoll darum ersuchen, dem Bekenntnis Russlands zu den Menschenrechten für alle seine Bürgerinnen und Bürger zur Geltung zu verhelfen und den aktuellen Gesetzesentwurf zu überdenken“, schrieb der Präses der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Stadt Hamburg (Stadt Dresden 2011a). Das besondere an Hamburg ist, dass im Rahmen der Städtepartnerschaft der Lesben und Schwulenverband (LSVD) Hamburg, einen Fachkräfteaustausch mit der LGBT*⁷-Gruppen in St. Petersburg unterhalten wird. Die Arbeit des LSVD, der sich regelmäßig mit Gruppen aus St. Petersburg trifft, wird von der Stadt Hamburg unterstützt (Fragebogen HH). Der LSVD kritisierte den Erlass des Gesetzes in St. Petersburg scharf und initiierte eine Demonstration vor dem russischen Generalkonsulat in Hamburg (Doumler 2012). 2015 traf sich der erste Bürgermeister bei einem Besuch in St. Petersburg im informellen Kreis mit Partnerorganisationen des LSVD, die aufgrund der Diskriminierungen zunehmend lose organisiert sind. Bei offiziellen Terminen wurde das Gesetz thematisiert, doch mittlerweile wird sich darauf berufen, dass es unterschiedliche Standpunkte gibt (Fragebogen HH). Die Stadt Dresden erhielt im November und Dezember 2011 mehrere Anfragen von Bürger*innen aus dem gesamten Bundesgebiet, sich für den Schutz der Menschenrechte im Allgemeinen und der Rechte von LGBT* Personen im Besonderen in St. Petersburg einzusetzen. In den Briefen, die alle den gleichen Wortlaut hatten, wurde ein Vordruck von Amnesty International verwendet (Stadt Dresden 2011c). Die Stadt Dresden unterstrich in ihren Antwortschreiben ihre Besorgnis über die Lage und verwies auf den Brief an Prochorenko (Stadt Dresden 2011b). Zudem zeigte die Aids-Hilfe Dresden gemeinsam mit der Schauburg im Mai 2012 einen Dokumentarfilm, in dem die Dresdener Bevölkerung für die Lage von LGBT* Menschen in Russland sensibilisiert werden sollte (Stadt Dresden 2012). Als 2013 in Russland das Propagandagesetz auf föderaler Ebene diskutiert wurde, ging am 29.01.2013 eine Presseanfrage bei der Landeshauptstadt Dresden ein. Nachdem Mailand, Venedig und Graz ihrer Städtepartnerschaften mit St. Petersburg aus Protest gegen die Verabschiedung des Gesetzes zum Verbot der „Homosexuellen-Propaganda“ aussetzten, bat der Pressevertreter der Deutschen Presseagentur (DPA) um eine Stellungnahme

⁷ LGBT* ist eine aus dem englischen Sprachraum kommende Abkürzung und steht für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transmenschen und Menschen, die sich mit keinem dieser Selbstzuschreibungen identifizieren (symbolisiert durch das Sternchen).

der Stadt Dresden (Stadt Dresden 2013a). Karl Schuricht vom Presseamt der Landeshauptstadt Dresden erklärte, dass unter einer Aussetzung der Städtepartnerschaft die Zivilgesellschaft „mit ihren Ideen, Projekten und Aktivitäten“ leiden würde. Es solle vielmehr die Möglichkeit genutzt werden sich in Begegnungen mit Bürger*innen „auszutauschen und dadurch – wenn auch auf vorsichtigem Wege – ein Umdenken sowie Veränderungen herbeizuführen“ (Stadt Dresden 2013a). Er verwies auf das Schreiben des Oberbürgermeisters an Prochorenko. Am 21. März sandte ein Petersburger Bürger eine E-Mail an Hamburg und Dresden mit der Aufforderung ihre Städtepartnerschaft mit St. Petersburg solange zu unterbrechen bis das Gesetz aufgehoben wurde. In der Antwort an den Bürger wurden die gleichen Argumente hervorgebracht, wie bei der Beantwortung der Presseanfrage (Stadt Dresden 2013b).

Die Stadträtin Elke Zimmermann von Bündnis 90/Die Grünen sandte am 31.01.2013 in Bezugnahme auf die DPA Meldung eine Anfrage mit Bitte um Spezifizierung: ob und mit welcher Begründung Dresden über eine Aussetzung der Partnerschaft nachgedacht hat (Stadt Dresden 2013c). Die Inhalte der Antwort von Oberbürgermeisterin Orosz entsprachen der Begründung, die an die Presse gesendet wurde. In der Antwort an Stadträtin Zimmermann führte Orosz aus, dass vom Petersburger Gouverneur keine Antwort, auf das, von Schuricht erwähnte Schreiben, kam. Auf die Frage ob die Stadt mit Dresdener Institutionen ins Gespräch kam und wie die Kritik in die russische Politik und Gesellschaft hineingetragen werden kann, wurde auf zwei Veranstaltungen hingewiesen: Auf die oben genannte Aktion der Aidshilfe Dresden und auf die „St. Petersburger Theater spielzeit in Dresden“. Im Oktober und November 2012 diskutierten die Veranstalter*innen mit ihren Petersburger Kolleg*innen über die Absage des Theaterfestivals. Aufgrund einer offenen Diskussionskultur und der Tatsache, dass die Petersburger Organisatoren nicht hinter dem Gesetz standen, wurde die Veranstaltung wie geplant durchgeführt (Stadt Dresden 2013d).

●●● *Das Propagandagesetz rief, vor seiner Einführung 2011/2012 auf regionaler Ebene und 2013 auf nationaler Ebene eine große Resonanz der Kritik unter deutschen Städten hervor. Dresden, Hamburg und Stadt 1 thematisierten es innerhalb der Städtepartnerschaft. Das Thema war in der deutschen Öffentlichkeit präsent und der Umgang der Städte mit der Krise wurde von verschiedenen Akteur*innen kritisch begleitet, was die Anfragen von Bürger*innen, Rat und Presse zeigen. Auch auf nationalstaatlicher Ebene*

wurde es scharf kritisiert, was die Einbestellung des Botschafters von Außenminister Westerwelle verdeutlichte. Da sich bei den Daten zum Propagandagesetz auch Zeitungsartikel über das Verhalten der Bundesregierung befanden, lässt sich darauf schließen, dass die Stadt Dresden auch die außenpolitische Haltung der Bundesrepublik bei ihrem städtepolitischen Handeln mitberücksichtigte. Daher kann hier Hypothese 3 herangezogen werden. Wenn für den staatlichen Kontext eine Krise große Relevanz hat, dann beschäftigt sie auch die städtepartnerschaftliche Ebene. Für Hamburg trifft wieder Hypothese 2 – der unmittelbaren Betroffenheit der städtischen Ebene – zu, da sie durch den Fachkräfteaustausch des LSVD unmittelbar von der Krise betroffen war. Für Dresden lässt sich Hypothese 2 – für den Zeitraum als das Propagandagesetz auf Städteebene in St. Petersburg 2011 diskutiert wurde – auch heranziehen. Denn in der Zeit vor der Einführung reagierte unter anderem der Dresdener Bürgermeister in seinem Schreiben an Prochorenko auf die Ereignisse. Außerdem fand nach der Verabschiedung des Gesetzes im März 2012 die Veranstaltung der Aids-Hilfe Dresden statt. In den Antworten auf die Anfragen von Presse, Bürger*innen und dem Stadtrat aus 2013 wurde auf die Aktionen 2011 und 2012 verwiesen.

Agentengesetz 2012

	DD	HH	S1	S2	S3
Hat ihre Stadt auf das Agentengesetz reagiert?	Nein	Ja	Nein	KA	Nein
Wurde das Agentengesetz im Rahmen der Partnerschaft thematisiert?	Nein	Ja	Ja		Nein
Haben sich die Aktivitäten seit dem Agentengesetz verändert? (zugenommen (+), konstant (0), abgenommen (-))	0	0	+		0

Abbildung 8: Umgang mit dem Agentengesetz 2012

Dresden und Stadt 3 gaben an weder auf das Agentengesetz reagiert zu haben, noch es im Rahmen der Städtepartnerschaft behandelt zu haben. Die Angaben aus dem Dresdener Fragebogen entsprechen der Datenanalyse, in der keine, sich auf die Krise beziehenden, Dokumente zu finden waren. Dagegen haben Hamburg und Stadt 1 das Agentengesetz im Rahmen ihrer Partnerschaften angesprochen. Stadt 1 gab an, das Agentengesetz im

Rahmen des Partnerschaftshauses und im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Stiftungen thematisiert zu haben. In Hamburg benannte Staatsrat Wolfgang Schmidt, der Hamburger Bevollmächtigte für auswärtige Angelegenheiten, in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Komitees für Auslandsbeziehungen Jevgenij Grioriew die Problematik des Gesetzes. Zudem wurde die Thematik in offiziellen Gesprächen angesprochen. Bei einem Besuch in St. Petersburg von einer Delegation aus Hamburg gab es auch ein Treffen mit Vertreter*innen der Menschenrechtsorganisation Memorial (Fragebogen HH).

••• *Das Agentengesetz thematisierten innerhalb der Städtepartnerschaft nur Hamburg und Stadt 1, während es in der Partnerschaft Dresden-St. Petersburg keine Rolle spielte. Durch Kooperationen in Verbindung mit dem Partnerschaftshaus wird die Städtepartnerschaft vom Agentengesetz tangiert. Hypothese 2, die unmittelbare Betroffenheit der städtischen Ebene, kann daher angeführt werden.*

Ukrainekrise und Krimannexion seit 2013

	DD	HH	S1	S2	S3
Hat ihre Stadt auf die Ukrainekrise/ Krimannexion reagiert?	Ja	Ja	Nein	KA	KA
Wurde Ukrainekrise/ Krimannexion im Rahmen der Partnerschaft thematisiert?	Nein	Ja	Ja		Nein
Haben sich die Aktivitäten seit der Ukrainekrise/ Krimannexion verändert? (zugenommen (+), konstant (0), abgenommen (-))	0	-	0		0

Abbildung 9: Umgang mit der Ukrainekrise/Krimannexion seit 2013

Stadt 1 agierte ähnlich wie beim Propagandagesetz und sprach die Ukrainekrise in persönlichen Gesprächen und in Diskussionsforen an. Hamburg gab an die Ukrainekrise in offiziellen Gesprächen behandelt zu haben. Beispielsweise diskutierten am 25. Mai 2014 in einem jährlich stattfindenden Forum 60 Teilnehmer*innen aus beide Städten, unter Leitung von Staatsrat Schmidt, über das Verhältnis zwischen den Partnerstädten und der aktuellen, politischen Lage. Unter den Teilnehmer*innen befanden sich der Generalkonsul Russlands Ivan Khoutlev, Vertreter*innen der Wirtschaft und von Nichtregierungsorganisationen. „Es herrschte Übereinstimmung darüber, dass trotz der schwierigen aktuellen politischen Lage die Fortführung der Städtepartnerschaft mit St. Petersburg und der

aktive Dialog mit den verschiedenen russischen Partnern der richtige Weg ist“ (Staatskanzlei Hamburg 2014). Darüber hinaus sandten Staatsrat Schmidt und der Vorsitzende der Hamburger Bürgerschaft an Kolleg*innen in St. Petersburg Briefe, in denen sie die Ukrainekrise und die Krimannexion thematisierten. Nach dem Abschuss der Passagiermaschine MH17 über der Ukraine wurde ein geplanter Bürgermeisterbesuch abgesagt, was als Rückschlag wahrgenommen wurde (Fragebogen HH). Die Beziehungen verschlechterten sich kurzzeitig etwas (Abbildung 4). Dresden reagierte laut Fragebogen in Gesprächen und durch die Erwähnung bei Veranstaltungen auf die Ukrainekrise und Krimannexion. In der Partnerschaftsarbeit wurde die Krise jedoch nicht thematisiert (Fragebogen DD).

Am 04. September 2014 ging im Dresdener Presseamt eine Anfrage von einer Journalistin der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung ein, ob und mit welcher Begründung Dresden über eine Kündigung oder Aussetzung der Partnerschaft mit St. Petersburg nachdenke, nachdem Prag die Städtepartnerschaft mit St. Petersburg bereits aufgekündigt hatte. In der Antwort der Stadt Dresden an die Journalistin argumentierte man ähnlich wie bei den Anfragen bezüglich des Propagadagesetzes. Die Städtepartnerschaft mit St. Petersburg basiere auf breiter zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit und persönlichen Kontakten die ein „friedvolles Miteinander“ stärken. Eine Aussetzung oder Kündigung sei daher kontraproduktiv (Stadt Dresden 2014a).

Am 07. Oktober 2014 schrieb der Gouverneur von St. Petersburg Poltawtschenko einen offenen Brief an die Bürgermeister*innen der ausländischen Partnerstädte, als Reaktion auf den Brief von Prags Oberbürgermeister Tomas Hudecek, in dem dieser die gemeinsame Städtepartnerschaft für beendet erklärte. Poltawtschenko empört sich in seinem offenen Brief über das Verhalten Prags und legt sein Grundverständnis von Städtepartnerschaften dar (Stadt Dresden 2014b). Hudecek kündigte an, dass Prag die Städtepartnerschaft mit St. Petersburg aufgrund Russlands aggressiver Politik in der Ukraine und der Annexion der Krim auszusetzen wird. Im offenen Brief verweist Poltawtschenko auf den Beginn der Städtepartnerschaftsbewegung der Fünfziger- und Sechzigerjahre:

„In der heutigen Zeit erinnern sich junge Politiker leider nicht oder wollen sich nicht an die ursprünglichen Gründe der Städtepartnerschaftsbewegung erinnern. Das wundert und befremdet uns Petersburger [...] Wir beschäftigen uns nicht mit der „großen Politik“, wir arbeiten für das Wohl

unserer Bürger. Und wenn unsere Partner in Not geraten, tun wir unser Bestes, um ihnen zu helfen.“⁸
(Stadt Dresden 2014b)

Damit wies Poltawtschenko die Kritik von sich, russische Städte seien abhängig vom Kreml und mit dem außenpolitischen Handeln des Staates verbunden. Weiter schrieb Poltawtschenko, dass Städtepartnerschaften und persönliche Kontakte zwischen Bürger*innen in Zeiten komplizierter, zwischenstaatlicher Beziehungen Brücken bauen. „Wir akzeptieren die Entscheidung des Prager Bürgermeisters nicht. Für uns Petersburger bleiben Prag und seine Bewohner unsere Freunde und Partner mit denen uns viel verbindet“ (Stadt Dresden 2014b).

Unterwartete Krise

Zu den unerwarteten Ereignissen gehört die Diskussionen um die Beleuchtung des Brandenburger Tors in den Farben der Russischen Föderation anlässlich des Terroranschlages in St. Petersburg am 03. April 2017 in der Petersburger Metro. Die Stadt Berlin entschied sich in diesem Fall gegen eine Beleuchtung des Brandenburger Tors, im Gegensatz zu Terroranschlägen in anderen Städten. Als Begründung gab die Stadt an, das Brandenburger Tor zukünftig nur bei Terroranschlägen in Partnerstädten in den jeweiligen Nationalfarben anzuleuchten. Die Stadt Dresden entschied sich den Kulturpalast am 04. April als Zeichen der Solidarität in den russischen Farben anzuleuchten (Berliner Zeitung 2017). Die Berliner Zeitung berichtete: „Während man sich in Berlin nach dem Anschlag von St. Petersburg schwer tat, das Brandenburger Tor für ein Zeichen der Solidarität zu nutzen, reagiert die Stadt Dresden kurzfristig auf den Terror in der Partnerstadt“ (Berliner Zeitung 2017). Bereits am Morgen des 04. April ging eine Anfrage einer Bürgerin im Onlineportal der Stadt Dresden ein, die sich über das Verhalten Berlins beklagte und die Stadt Dresden zum Handeln aufforderte: „Dresden ist Partnerstadt und ich fände es sehr wichtig, das Ansehen Deutschlands in dieser Hinsicht zu rehabilitieren und die Sempereoper oder die Frauenkirche in den Farben der Russischen Föderation anzustrahlen“ (Stadt Dresden 2017).

●●● *An der Diskussion um die Beleuchtung des Brandenburger Tors lässt sich die allgemeine Uneinigkeit in Deutschland im Umgang mit Russlands während der Ukraine Krise ablesen. Da der Zwischenfall nur kurze Zeit andauerte und eine innerdeutsche Debatte*

⁸ Eigene Übersetzung aus dem Russischen.

war, ist er nicht als Krise zu bewerten. Wie auch das Agentengesetz behandelten die Städte mit den lebendigsten Städtepartnerschaften Hamburg und Stadt 1 die Ukrainekrise. Stadt 1 und Hamburg haben im Vergleich zu den anderen Städten die größten administrativen Kapazitäten für ihre russische Städtepartnerschaft, die jeweils die wichtigste Partnerschaft der Städte ist. Bis auf die Kosovokrise/Tschetschenienkrise, in der das Verhalten von Stadt 1 unbekannt ist, thematisierte sie alle der abgefragten Krisen innerhalb der Städtepartnerschaft. Für Hamburg ist das gleiche Phänomen zu beobachten. Jedoch ist nicht bekannt, ob die Stadt die Tschetschenienkrise in der Städtepartnerschaft mit St. Petersburg ansprach. Daraus lässt sich eine weitere Hypothese ableiten:

4) Je wichtiger die Städtepartnerschaft für eine Stadt, desto wahrscheinlicher ist das Adressieren der zwischenstaatlichen Krise innerhalb der Partnerschaft

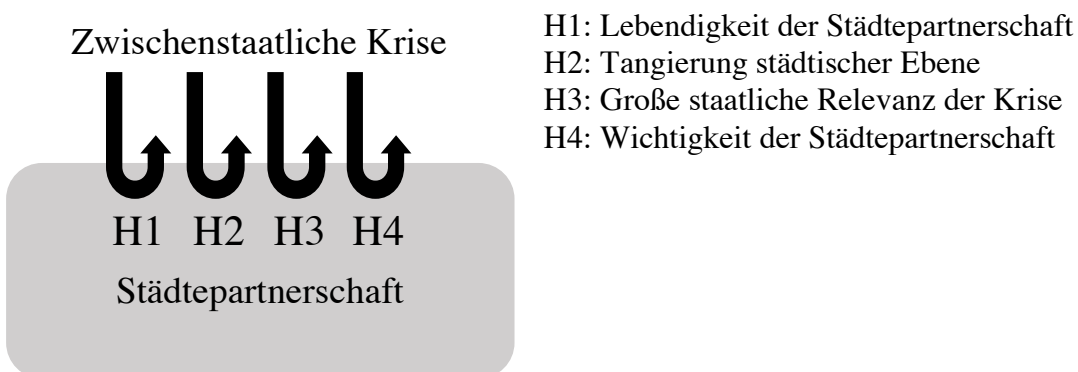


Abbildung 10: Hypothesen zur Adressierung von zwischenstaatlichen Krisen in Städtepartnerschaften

••• Durch die Analyse wurde deutlich, dass die Praxis von Städtepartnerschaften einen Einfluss darauf hat, ob Städte innerhalb der Städtepartnerschaften auf zwischenstaatliche Krisen eingehen und die Faktoren Lebendigkeit der Städtepartnerschaft, Tangierung der städtischen Ebene, große staatliche Relevanz der Krise und Wichtigkeit der Städtepartnerschaft in den analysierten Fällen eine Rolle spielten. Der Aspekt der Betroffenheit der kommunalen Ebene, formuliert in Hypothese 2, kam am häufigsten in der Analyse vor und ist daher unter allen Faktoren der wichtigste.

5.2.5 Beobachtungen über das „Wie“ im Umgang mit zwischenstaatlichen Krisen

Zum Abschluss einige Beobachtungen über das Wie im Umgang mit zwischenstaatlichen Krisen: Die am häufigsten genannten Formen der Auseinandersetzung mit zwischenstaatlichen Krisen waren persönliche Gespräche und offizielle Schreiben an die Partnerstadt.

Auffallend ist, dass im untersuchten Material auf solche Schreiben in keinem einzigen Fall eine Rückmeldung kam. Dies zeigen exemplarisch die Briefe des St. Petersburger Bürgermeisters hinsichtlich der Kosovokrise und der Beendigung der Städtepartnerschaft durch Prag. Diese Briefe wurden in Dresden lediglich zur Kenntnis genommen. Auf der Grundlage der untersuchten Fälle kann ein solches Verhalten, von der einen Seite mit Empörung und von der Gegenseite mit Zurkenntnissnahme und Stillschweigen zu reagieren, als übliche Praxis angenommen werden. Anhand des Propagandagesetzes und der Ukraine Krise konnte die Begründung der Städte im Umgang mit einer internationalen Krise beobachtet werden. Die Argumentationsstruktur in Dresden und in Hamburg, warum diese die Städtepartnerschaft nicht aussetzen, war dabei sehr ähnlich. Beide Städte betonten, dass es falsch sei ihre Städtepartnerschaften auszusetzen, da diese den zivilgesellschaftlichen Dialog fördern und für die nationale Außenpolitik das Auswärtige Amt zuständig sei. Eine ähnliche Argumentation lieferte Poltawtschenko in seinen offenen Brief. So lässt sich resümieren, dass zwischenstaatliche Krisen, sofern diese in deutsch-russischen Städtepartnerschaften Resonanz erfahren, von den Stadtverwaltungen nur kurzweilige aufgenommen, bearbeitet und wieder zurück Richtung zwischenstaatliche Ebene gesendet werden. Städtediplomatisches Handeln ist in diesem Zusammenhang eine passive Reaktion und keine intentional, mit der staatlichen Ebene abgesprochene, Arbeitsteilung. In den untersuchten Fällen bewegte sich das Städtediplomatische Handeln im Rahmen der staatlichen Außenpolitik und war daher nicht paradiplomatisch. So wurde durch die Beschreibung der Aktivitäten in der Städtepartnerschaft Dresden-St. Petersburg zu Beginn jeden zeitlichen Abschnitts deutlich, dass Städtediplomatie viel weitreichender ist, als das Behandeln von zwischenstaatlichen Krisen, das einen sehr kleinen Teil der städtepartnerschaftlichen Arbeit in Stadtverwaltungen einnimmt. In Jahren, in denen besondere Höhepunkte anstanden, intensivierte sich die Kooperation und pendelte sich danach auf einem alltäglichen Level wieder ein. Eine negative Auswirkung von zwischenstaatlichen Krisen auf städtepartnerschaftliche Aktivitäten konnte in der Analyse der Städtepartnerschaft Dresden-St. Petersburg nicht beobachtet werden. Zwischenstaatliche Probleme auf nationalstaatlicher Ebene wurden nur geringfügig oder gar nicht mit den eigenen Beziehungen zur Partnerstadt in Verbindung gebracht. In allen Fragebögen wurde der Einfluss, der von der staatlichen auf die Städteebene als gering eingeschätzt. Das Selbstverständnis von Städtepartnerschaften wurde in Poltawtschenkos offenem

Brief besonders deutlich. Auch, oder gerade in Krisenzeiten sind es die Städtepartnerschaften, die ihre Arbeit regulär fortsetzen und dadurch Kommunikationskanäle offenhalten.

6 Fazit

In der Arbeit wurde die Frage untersucht, *ob* und *wie* in deutsch-russischen Städtepartnerschaften mit zwischenstaatlichen Krisen umgegangen wird. Dazu wurde in Kapitel 2 zunächst ein Überblick über die deutsch-russischen Beziehungen gegeben und die Tschetschenienkrise 1994-1996, Kosovo/Tschetschenienkrise 1999, das Agentengesetz 2012, das Propagandagesetz 2011-2013 und die Ukrainekrise/Krimanexion seit 2013 als zwischenstaatliche Krisen identifiziert. Es stellte sich heraus, dass jede zwischenstaatliche Krise von mindestens einer der untersuchten Städtepartnerschaft aufgegriffen wurde. Somit waren alle identifizierten Krisen von Bedeutung für die Analyse. In Kapitel 3 wurde die Forschungsliteratur zu transnationalen Beziehungen von Städten vorgestellt und das Verhältnis von Stadt und Staat genauer betrachtet. In dieser Auseinandersetzung wurde deutlich, dass sich der Großteil der Forschungsliteratur mit bottom up Bewegungen, also der Wirkung von Städten auf höhere Ebenen, beschäftigt und eine Forschungslücke in der Gegenbewegung top down existiert. Das Erkenntnisinteresse der Arbeit ist dem top down Bereich zuzuordnen, jedoch mit einem starken Fokus auf der städtischen Ebene. Weitere Abschnitte des Fragebogens beschäftigten sich mit Aspekten zur Praxis und Organisation von Städtepartnerschaften. Diese waren wichtig für das Verständnis und Kontextualisieren von Städtepartnerschaften. In Kapitel 3 wurde die Vorannahme abgeleitet, dass die Lebendigkeit einer Städtepartnerschaft einen Einfluss darauf hat, ob und welche Rolle zwischenstaatliche Krisen innerhalb von Städtepartnerschaften haben. In der Analyse fand die Vorannahme in den Dokumenten Resonanz und wurde als erste Hypothese aufgenommen. Die methodischen Rahmenbedingungen der Arbeit wurden in Kapitel 4 erörtert. Als repräsentativen Einzelfallstudie wurde die Städtepartnerschaft Dresden-St. Petersburg ausgewählt und durch die Städtepartnerschaften Hamburg-St. Petersburg, Dortmund-Rostow am Don, Neubrandenburg-Petrosawodsk und Erlangen-Wladimir ergänzt und kontrastiert. Die Städtepartnerschaft Dresden-St. Petersburg wurde ausgewählt, da eine mittel/hohe Handlungsautonomie und ein sehr guter Datenzugang vorhanden war. Die Datenanalyse erfolgte in Kapitel 5 auf Grundlage der Dokumente aus Dresden und den Fragebögen. Zunächst wurde mithilfe des ersten Teils des Fragebogens die Praxis der

fünf Städtepartnerschaften skizziert und dann der Umgang mit zwischenstaatlichen Krisen von 1990 bis 2017 ausgewertet.

Die zweigeteilte Forschungsfrage der Masterarbeit *„Unter welchen Umständen wird in deutsch-russische Städtepartnerschaften auf zwischenstaatliche Krisen eingegangen und wie wird in deutsch-russischen Städtepartnerschaften mit zwischenstaatlichen Krisen umgegangen?“* konnte wie folgt beantwortet werden: Ob Städte innerhalb der Städtepartnerschaften auf zwischenstaatliche Krisen eingehen, hängt von den Faktoren Lebendigkeit der Städtepartnerschaft, Tangierung der städtischen Ebene, große staatliche Relevanz der Krise und Wichtigkeit der Städtepartnerschaft ab. Diese Umstände können in Kombination auftreten.

H1) Je lebendiger die Städtepartnerschaft...

H2) Je stärker die kommunale Ebene von der zwischenstaatlichen Krise tangiert wird...

H3) Je größer die Relevanz der zwischenstaatlichen Krise für den Nationalstaat...

H4) Je wichtiger die Städtepartnerschaft für eine Stadt...

...desto wahrscheinlicher ist das Adressieren von zwischenstaatlichen Krisen innerhalb der Partnerschaft.

Der am häufigsten identifizierte und wichtigste Umstand war der, in Hypothese 2 formulierte Aspekt: Tangierung der kommunalen Ebene durch die zwischenstaatliche Krise. Waren einer oder mehrere dieser Aspekte gegeben, wurden die zwischenstaatlichen Krisen in den häufigsten Fällen in persönlichen Gesprächen und oder in Briefen an die Partnerstadt adressiert. Reagiert wurde in der Regel mit stillschweigender Zurkenntnisnahme ohne ein Antwortschreiben. Auf Anfragen aus dem Stadtrat, der Zivilgesellschaft oder der Presse hinsichtlich der Konsequenzen, die aus den Krisen gezogen wurden, reagierten Hamburg und Dresden wie folgt: Die Städtepartnerschaften auszusetzen oder zu beenden wäre ein falsches Signal, da so der zivile gesellschaftliche Dialog nicht befördert, sondern erschwert würde.

Die vorliegende Masterarbeit baut auf der bestehenden Forschungsliteratur zu transnationalen städtischen Beziehungen auf. Dank des hervorragenden Zugangs zum Datenmaterial der Städtepartnerschaft, mit St. Petersburg in Dresden, konnte eine systematische Analyse durchgeführt werden. Die systematische Analyse und die, aus deutsch-russischen Städtepartnerschaften abgeleiteten Hypothesen bilden den wissenschaftlichen Mehrwert der Arbeit. Da die fünf untersuchten Städtepartnerschaften unterschiedlich strukturiert und lebendig sind, kann die Reichweite der Hypothesen für

deutsch-russische Städtepartnerschaften insgesamt angenommen werden. In weiteren Untersuchungen könnten die Hypothesen in Auseinandersetzung mit Städtepartnerschaften anderer Länder überprüft werden. Dadurch kann ein Beitrag zu einer besseren theoretischen und methodischen Verankerung der Forschung um transnationale, städtische Beziehungen geleistet werden. Um ein vollständigeres Bild des Umgangs mit zwischenstaatlichen Krisen zu erhalten, wäre eine Dokumentenanalyse in einer russischen Stadt, spiegelbildlich zur Analyse in Dresden, hilfreich. Da die Analyse schwerpunktmäßig auf den Stadtverwaltungen lag, wäre ergänzend eine Untersuchung über den Umgang von zivilgesellschaftlichen Organisationen innerhalb der Partnerschaften und deren Umgang mit zwischenstaatlichen Krisen interessant. Nicht zuletzt lässt sich an die Analyse die Frage anschließen, unter welchen Umständen Städtepartnerschaften aufgekündigt werden, wie beispielsweise die Partnerschaften von Prag, Mailand, Venedig oder Graz mit St. Petersburg.

Um den Bogen zum Beginn der Arbeit zurückzuschlagen, sei folgendes abschließend zu deutsch-russischen Städtepartnerschaften angemerkt: Rational betrachtet machen Städte durch ihre Alltagspraxis im Rahmen nationalstaatlicher Außenpolitik Städtediplomatie. Unter den, in der Analyse identifizierten, Umständen behandeln Städte innerhalb der Städtepartnerschaften auch zwischenstaatliche Krisen. In den untersuchten Krisen war das städtediplomatische Handeln der Städte eher passiv reagierend, als aktiv mitgestaltend. Der Bereich der Städtediplomatie ist im Vergleich zum Gesamtumfang der städtepartnerschaftlichen Beziehungen sehr klein und gehört nicht zum Selbstverständnis von Städten, die das Attribut „Außenpolitik zu betreiben“ von sich weisen, wie in der Analyse deutlich wurde. Die sehr unterschiedlichen Reaktionen auf meine Anfragen, den Fragebogen zu beantworten (von umgehender Rückmeldung, sehr zurückhaltender Beantwortung der relevanten Fragen bis zur Bitte um Anonymisierung) bestätigen diesen Eindruck. Die in der Einleitung skizzierte Diskussion um das Potenzial von Städten, außenpolitische Funktionen in krisenbehafteten Zeiten zu übernehmen, scheint vor diesem Hintergrund eine überspitzte Darstellung. Deutsch-russische Städtepartnerschaften sind durch ihre Alltagspraxis politisch. Mehr oder weniger unberührt von zwischenstaatlichen Krisen führen sie ihre Jugendbegegnungen, Jubiläumsfeiern und Bürgermeister*innenbesuche durch und halten dadurch Beziehungen lebendig und Kommunikationskanäle offen.

Literaturverzeichnis

Acuto, Michel 2013: *Global Cities, Governance and Diplomacy*. The Urban Link, New York.

Acuto, Michel/Rayner, Steve 2016: *City Networks. Breaking Gridlocks or Forging (new) Lock-ins?*, in: *International Affairs* 92:5,1147-1166.

Acuto, Michele/Morissette, Mikal/Chan, Dan/Leffel, Benjamin 2016: *City Diplomacy and Twinning. Lessons from the UK, China and Globally*, City Leadership Initiative, Department of Science, Technology, Engineering and Public Policy, University College London (UK Government Office for Science).

Anishenko, Anatoly G./Sergunin, Alexander 2012: *Twin cities. A new form of cross-border cooperation in the Baltic Sea Region?*, in: *Baltic Region* 1, 19-27.

Barber, Benjamin R. 2013: *If mayors ruled the world. Dysfunctional nations, rising cities*, Yale.

Bautz, Ingo 2002: *Die Auslandsbeziehungen der deutschen Kommunen im Rahmen der europäischen Kommunalbewegung in den 1950er und 60er Jahren. Städtepartnerschaften – Integration – Ost-West-Konflikt* (Dissertation Siegen), in: <http://webdoc.sub.gwdg.de/ebook/dissts/Siegen/Bautz2002.pdf>; 20.11.2017.

Berliner Zeitung 2017: *Nach Anschlag in St. Petersburg. Kulturpalast Dresden erstrahlt in russischen Farben*, in: *Berliner Zeitung*, 05.04.2017, in: <https://www.berliner-zeitung.de/politik/nach-anschlag-in-st--petersburg-kulturpalast-dresden-erstrahlt-in-russischen-farben-26665136>; 20.03.2018.

Betsill, Michele/Bulkeley, Harriet 2007: *Looking back and thinking ahead. A decade of cities and climate change research*, in: *Local environment* 12:5, 447-456.

Chan, Dan Koon-Hong 2016: *City Diplomacy and “Glocal” Governance. Revitalizing Cosmopolitan Democracy*, in: *Innovation: The European Journal of Social Science Research* 29:2, 134-160.

Christmann, Gabriele B./Mahnke, Gerhard/ Apelt, Andreas 2010: *Deutsch-deutsche Partnerschaften. Städte, Landkreise und Gemeinden als Gestalter für die neuen Bundesländer*, in: *Freie Hansestadt Bremen (Hrsg.): Im Blick. Deutsch-deutsche Städtepartnerschaften, Der Beitrag der Kommunen zum Einheitsprozess*, Bremen, 65-80.

Curtis, Simon 2016: *Cities and Global Governance. State Failure or a New Global Order?*, in: *Journal of International Studies* 44:3, 455-477.

Davidson, Kathryn/Gleeson, Brendan 2015: *Interrogating Urban Climate Leadership. Toward a Political Ecology of the C40 Network*, in: *Global Environmental Politics* 15:4, 21-38.

Deutsch-Russisches Forum 2016: Liste deutsch-russischer Städtepartnerschaften, in: http://www.deutsch-russisches-forum.de/portal/wp-content/uploads/2015/10/Liste-StadtepartnerJuni-2016_de.pdf; 03.01.18.

Doumler, Katharina 2012: Homophobie per Gesetz. Schwarzer Tag für St. Petersburger LGBTI-Community, in: LSVD Blog, <http://www.lsvd-blog.de/?p=2204>; 20.03.2018.

Eskelinen, Heikki/Liikanen, Ilkka/Scott, James W. (Hrsg.) 2013: The EU-Russia Borderland. New contexts for regional co-operation, New York.

Essipow, Wladimir 1999: Schon wieder ein Auftragsmord in St. Petersburg. Tod des Reformers, in: Hamburger Abendblatt, 21.10.1999, <https://www.abendblatt.de/archiv/1999/article204752055/Tod-des-Reformers.html>; 19.02.2018.

Eurostat 2018: Glossary. City, in: <http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Glossary:City>; 23.02.2018.

Falkenhain, Mariella 2015: NGO-„Agentengesetz“. dekóder Russland entschlüsseln, 18.09.2015, in: <http://www.dekoder.org/de/gnose/ngo-agentengesetz>; 10.01.2018.

Fieber, Bettina 1995: Internationale Gemeindepartnerschaften. Kulturaustausch und seine Wirkung in europäischen Landgemeinden, Trier.

Fiedler, Thomas 2006: Regionale Vernetzung. Innovative Städtekooperation, in: von Alemann, Ulrich/ Münch, Claudia (Hrsg.): Europafähigkeit der Kommunen. Die lokale Ebene in der Europäischen Union, Wiesbaden, 395-411.

Fischer, Sabine 2015: EU-Sanktionen gegen Russland. Ziele, Wirkung und weiterer Umgang, SWP-Aktuell 26, März 2015, in: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A26_fhs.pdf; 05.01.2018.

Forsberg, Toumas/Herd, Graeme 2005: The EU Human Rights, and the Russo-Chechene Conflict, in: *Political Science Quarterly* 120:3, 455-478.

Gabriel, Sigmar 2017: Rede von Außenminister Sigmar Gabriel zur Eröffnung des deutsch-russischen Jahres der kommunalen und regionalen Partnerschaften 2017/2018 am 28.06.2017, in: <http://www.deutsch-russisches-forum.de/portal/wp-content/uploads/2017/06/Rede-Sigmar-Gabriel.pdf>; 25.03.2018.

Grobe, Stefan/Schade, Kirsten 1997: Hamburg und Seine Städtepartnerschaften. Eine Dokumentation, 2. Auflage, Hamburg: Freie und Hansestadt Hamburg, Staatsamt.

Grunert, Thomas 1981: Langzeitwirkung von Städtepartnerschaften. Ein Beitrag zur europäischen Integration, Kehl am Rhein/Straßburg.

Gutiérrez-Camps, Arnau 2013: Local Efforts and Global Impacts. A City-Diplomacy Initiative on Decentralisation, in: *Perspectives: Review of Central European Affairs* 2, 49-61.

Harte, Ruth 2006: Europakompetenzen in der Kreisverwaltung. Das Europabüro Rhein-Neuss, in: von Alemann, Ulrich/Münch, Claudia (Hrsg.): Europafähigkeit der Kommunen. Die lokale Ebene in der Europäischen Union, Wiesbaden, 269-288.

Haukkala, Hiski 2015: From Cooperative to Contested Europe? The Conflict in Ukraine as a Culmination of a Long-Term Crisis in EU-Russia Relations, in: *Journal of Contemporary European Studies* 23:1, 25-40.

Heberlein, Horst 1992: Die Rechtsprechung des BVerfG und des BVerwG zur kommunalen Außenpolitik, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht* 6, 543-547.

Herrschel, Tassilo/Newman, Peter 2017: *Cities as International Actors. Urban and Regional Governance Beyond the Nation State*, London.

Joenniemi, Pertti/Sergunin, Alexander 2014: Paradiplomacy as a Capacity-Building Strategy, in: *Problems of Post-Communism* 61:6, 18-33.

Joenniemi, Pertti/Sergunin, Alexander 2011: Another Face of Integration. City Twinning in Europe, in: *Research Journal of International Studies* 22, 120-131.

Kusku-Sönmez, Eda 2014: Regional cooperation in the Black Sea basin. What Role for City Diplomacy, in: *Southeast European and Black Sea Studies* 14:4, 489-507.

Lavrov, Sergey 2013: State of the Union Russia-EU. Prospects for Partnership in the Changing World, in: *Journal of Common Market Studies* 51, 6-12.

Landeshauptstadt Dresden 2018: Bevölkerungsbestand, in: <http://www.dresden.de/de/leben/stadtportrait/statistik/bevoelkerung-gebiet/Bevoelkerungsbestand.php>; 27.02.2018.

Leffel, Benjamin/Acuto, Michele 2017: City Diplomacy in the Age of Brexit and Trump, in: *Public Diplomacy Magazine* 18, 9-14.

Leitermann, Walter 2006: Kommunale Interessenvertretung im Rahmen des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, in: von Alemann, Ulrich/Münch, Claudia (Hrsg.): Europafähigkeit der Kommunen. Die lokale Ebene in der Europäischen Union, Wiesbaden, 333-338.

Leonard, Mark/Popescu, Nicu 2007: A Power Audit of EU-Russia Relations 9, European Council on Foreign Relations, London, in: <http://ftp.infoeuropa.euroid.pt/database/000039001-000040000/000039920.pdf>; 05.01.2018.

Maass, Anna-Sophie 2016: *EU-Russia Relations, 1999-2015. From Courtship to Confrontation*, Abingdon.

Mansberg, Barbara 2012: Solidarität vor Ort. Zu Gast bei Vychod, 30.06.2012, in: <http://www.lsvd-blog.de/?p=2899>; 23.03.2018.

MDR (Mitteldeutscher Rundfunk) 2014: Putsch gegen Gorbatschow, in: <https://www.mdr.de/zeitreise/gorbatschow-augustputsch-historisch-100.html>; 20.03.2018.

Muno, Wolfgang 2009: Fallstudien und die vergleichende Methode, in: Pickel, Susanne/ Pickel, Gert/ Lauth, Hans-Joachim/ Jahn, Detlef (Hrsg.): Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft, Wiesbaden, 133-131.

Nordkurier 2018: Einwohnerzahl von Neubrandenburg steigt, 04.01.2018, in: <https://www.nordkurier.de/neubrandenburg/einwohnerzahl-von-neubrandenburg-steigt-0430865601.html>; 24.03.2018

P4M Progress Report 2014: Progress Report Approved by the Coordinators of the EU-Russia Partnership for Modernization. For Information to the EU-Russia Summit on January 28, in: http://formodernization.economy.gov.ru/en/info/progress_report.php; 05.01.2018.

Pawlow, Nicole-Annette 1990: Innerdeutsche Städtepartnerschaften. Entwicklung, Praxis, Möglichkeiten, Berlin.

Pfeifer, Ina/Schoger, Christina 2003: Die Städtepartnerschaft zwischen Dresden und St. Petersburg, in: Dresdner Geschichtsverein e.V. (Hrsg.): Dresdner Hefte. Rußland und Sachsen in der Geschichte, Dresden, 21: 74, 106-110.

Pfundheller, Kai 2014: Städtepartnerschaften. Alternative Außenpolitik der Kommunen, Opladen.

Pickel, Gert/Pickel, Susanne (Hrsg.) 2009: Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft. Eine Einführung, Wiesbaden.

Putin, Vladimir 2001: Speech in the Bundestag of the Federal Republic of Germany, 25.09.2001, in: <http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/21340>; 05.01.2018.

Rahr, Alexander 2016: Россия – Запад. Кто кого?, Moskau.

RGRE (Rat der Gemeinden und Regionen Europas) 2017: Datenbank der Kommunalen Partnerschaften, in: <http://www.rgre.de/partnerschaften.html>; 15.11.2017.

Schubert, Klaus/Klein, Martina 2011: Krise, in: Schubert, Klaus/Klein, Martina (Hrsg.): Das Politiklexikon. Begriffe, Fakten, Zusammenhänge, Bonn, 173.

Staatskanzlei Hamburg 2014: Partnerstadt, Gespräche mit Delegation aus St. Petersburg, in: <http://www.hamburg.de/stpetersburg/4322756/stpetersburg-runde/>; 10.02.2018.

Stadt Dortmund 2015: Statistik. Dortmunds Einwohnerzahl wächst weiter. 06.01.2015, in: https://www.dortmund.de/de/leben_in_dortmund/nachrichtenportal/alle_nachrichten/nachricht.jsp?nid=336872; 27.02.2018.

Stadt Erlangen 2018: Bevölkerungstand. Einwohnerzahl aktuell, in: https://www.erlangen.de/desktopdefault.aspx/tabid-1590/1369_read-5658/; 27.02.2018.

Stadt Hamburg 2018: Chronologie der Städtepartnerschaft, in: <http://www.hamburg.de/stpetersburg/chronologie/>; 05.02.2018.

Stadt Hamburg 2017: Hamburg-St.Petersburg. 60 Jahre Städtepartnerschaft, in: <http://www.hamburg.de/content-blob/9430622/6a68b693c99c591a364a0070a975de96/data/2017-09-01-pr-roadmap-final.pdf>; 03.03.2018.

Statz, Albert/Wohlfarth, Charlotte 2007: Kommunale Partnerschaften und Netzwerke. Ein Beitrag zu einer transnationalen Politik der Nachhaltigkeit, in: Heinrich Böll Stiftung, Demokratie 20, in: https://www.boell.de/sites/default/files/Endf_Kommunale-Partnerschaften.pdf; 05.01.2018.

Szabo, Stephen F. 2015: Germany, Russia, and the Rise of Geo-Economics, London.

Tatham, Michael 2010: With or without you? Revisiting territorial state-bypassing in EU interest representation, in: *Journal of European Public Policy* 17:1, 76-99.

Taylor, Peter J./Derudder, Ben/Saey, Pieter/Witlox, Frank (Hrsg.) 2007: Cities in Globalization. Practices, policies and theories, London/New York.

Timmins, Graham 2006: German Ostpolitik under the Red-Green Coalition and EU-Russia Relations, in: *Debate: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe* 14:3, 301-314.

Van der Pluijm, Rogier/Melissen, Jan 2007: City Diplomacy. The expanding role of cities in international politics, Netherlands Institute of International Relations 'Clingendael'.

Van Rompuy, Herman 2013: Lecture at the European University at Saint Petersburg. Russia and Europe Today, 05.09.2013, in: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/138657.pdf; 05.01.2018.

Von Weizsäcker, Beatrice 1990: Verschwisterung im Bruderland. Städtepartnerschaften in Deutschland, Bonn.

Wagner, Beate 1995: Partnerschaften deutscher Städte und Gemeinden. Transnationale Beiträge zur internationalen Sicherheit, Münster/Hamburg.

Weiland, Severin 2013: Gesetz gegen Schwule und Lesben. Westerwelle beschwert sich bei Russlands Botschafter über Homophobie, Spiegel online, 29.01.2013, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/homophobie-in-russland-westerwelle-beschwert-sich-bei-botschafter-a-880216.html>; 10.03.2018.

Winkler, Barbara 2008: Städtepartnerschaften und ihre soziokulturellen Auswirkungen (Dissertation), Graz.

Woessler, Dietmar 2006: Städtepartnerschaften in neuem Licht, in: von Alemann, Ulrich/Münch, Claudia (Hrsg.): Europafähigkeit der Kommunen. Die lokale Ebene in der Europäischen Union, Wiesbaden, 412-433.

Wolf, Frieder 2006: Europakompetenzen in der Stadtverwaltung. Die Europaarbeit der Stadt Köln, in: von Alemann, Ulrich/Münch, Claudia (Hrsg.): Europafähigkeit der Kommunen. Die lokale Ebene in der Europäischen Union, Wiesbaden, 251-268.

Yoder, Jennifer A. 2015: From Amity to Enmity. German-Russian Relations in the Post War Period, in: *German Politics and Society* 33:3, 49-69.

Zeit online 2017: Menschenrechtsgericht verurteilt russische Homosexuellen-Gesetze, 20.06.2017, in: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-06/russland-anti-schwulen-gesetz-propaganda-homosexualitaet-europaeischer-gerichtshof-menschen-rechte>; 10.01.2018.

Datenverzeichnis

Adenauer, Konrad 2007: Brief an Bürgermeister Kurt Sieveking vom 18.04.1957, in: *Gymnasium Heidberg/ Schule Nr. 72* (Hrsg.): Mehr als ein Symbol. Die Initiatoren der Städtepartnerschaft Hamburg-Leningrad/St. Petersburg und ihr Erbe, 50 Jahre Städtepartnerschaft Sankt Petersburg- Hamburg.

Landeshauptstadt Dresden 2017: Information. Städtepartnerschaft Dresden-St. Petersburg 2017.

Landeshauptstadt Dresden 2016: Information. Städtepartnerschaft Dresden-St. Petersburg – von der Gründung bis 2016.

Stadt Dresden 2017: Neue Anfrage auf dresden.de. St. Petersburg, 04.04.2017, in: *St. Petersburg 2017*, Allgemeiner Schriftverkehr.

Stadt Dresden 2016: Saint Petersburg Government, 16.09.2016, in: *St. Petersburg 2016*, Allgemeiner Schriftverkehr.

Stadt Dresden 2014a: Landeshauptstadt Dresden. Antwort-Entwurf auf die Presseanfrage 15571, 05.09.2014, in: *St. Petersburg 2014*, Allgemeiner Schriftverkehr.

Stadt Dresden 2014b: Губернатор Санкт-Петербурга. Открытое Письмо, 07.10.2014, in: *St. Petersburg 2014*, Allgemeiner Schriftverkehr.

Stadt Dresden 2013a: Presseanfrage 7131. Städtepartnerschaft, 29.01.2013, in: *St. Petersburg 2013*, Allgemeiner Schriftverkehr.

Stadt Dresden 2013b: Antwort. Saint-Petersburg relationship, 21.03.2013, in: *St. Petersburg 2013*, Allgemeiner Schriftverkehr.

Stadt Dresden 2013c: Anfrage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Städtepartnerschaft Dresden-St. Petersburg, AF2017/13, 31.01.2013 in: St. Petersburg 2013, Allgemeiner Schriftverkehr.

Stadt Dresden 2013d: Landeshauptstadt Dresden. Städtepartnerschaft Dresden-St. Petersburg, AF2017/13 in: St. Petersburg 2013, Allgemeiner Schriftverkehr.

Stadt Dresden 2012: Landeshauptstadt Dresden. Dokumentarfilm im Rahmen des CSD 2012, 02.05.2012, in: St. Petersburg 2010/2011, Allgemeiner Schriftverkehr.

Stadt Dresden 2011a: Freie und Hansestadt Hamburg. Präsenz der Behörde für Justiz und Gleichstellung, 29.11.2011, in: St. Petersburg 2010/2011, Allgemeiner Schriftverkehr.

Stadt Dresden 2011b: Landeshauptstadt Dresden. Gesetzesänderung für die Rechte sexueller Minderheiten, 15.12.2011, in: St. Petersburg 2010/2011, Allgemeiner Schriftverkehr.

Stadt Dresden 2011c: Landeshauptstadt Dresden. Gesetzesänderung zu Rechten sexueller Minderheiten in St. Petersburg, in: St. Petersburg 2010/2011, Allgemeiner Schriftverkehr.

Stadt Dresden 2007a: Landeshauptstadt Dresden. Stadtrat, TOP 15, Partnerschaftsbeziehungen zu St. Petersburg, Menschenrechtsituation, 04.06.2007, in: St. Petersburg 2007/2008, Allgemeiner Schriftverkehr.

Stadt Dresden 2007b: Landeshauptstadt Dresden. Partnerschaftsbeziehungen zu St. Petersburg, Menschenrechtsituation, 15.07.2007, in: St. Petersburg 2007/2008, Allgemeiner Schriftverkehr.

Stadt Dresden 2006: Geschenk St. Petersburgs an Dresden zum 800. Geburtstag, 16.03.2006, in: St. Petersburg 2006, Petersburger Dialog.

Stadtarchiv Dresden 2003: Landeshauptstadt Dresden. Vermerk über die „Tage der Begegnung“ in St. Petersburg, 13.03.2003, in: Bestand Büro Oberbürgermeister, 6.2.1 (846), 48-55.

Stadtarchiv Dresden 1999: Губернатор Санкт-Петербурга. 31.05.1999, in: Bestand Büro Oberbürgermeister, 6.2.1 (826), 31.

Stadtarchiv Dresden 1992a: Amt für Protokoll und Auslandsbeziehungen. Partnerschaftsbesuch St. Petersburg – Dresden, 29.12.1992, in: Bestand Büro Oberbürgermeister, 6.2.1 (453), 62-65.

Stadtarchiv Dresden 1992b: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., 20.08.1992, in: Bestand Büro Oberbürgermeister, 6.2.1 (460), 155.

Stadtarchiv Dresden 1992c: Amt für Protokoll und Auslandsbeziehungen. 02.09.1992, in: Bestand Büro Oberbürgermeister, 6.2.1 (460), 156.

Stadtarchiv Dresden 1991: Landeshauptstadt Dresden. Der Oberbürgermeister, 21.08.1991, in: Bestand Büro Oberbürgermeister, 6.2.1 (451), 334.

Anhang:

Fragebogen Städtepartnerschaften Hamburg und Dresden

Bitte beantworten Sie alle Fragen so gut Sie können.

Nennen Sie Ihre Stadt: _____

Nennen Sie Ihre Position in der Stadtverwaltung: _____

TEIL 1 – Städtepartnerschaftliche Praxis

1. Wie viele Partnerschaft hat Ihre Stadt?

_____ Partnerschaft(en)

2. Nennen Sie die 5 wichtigsten Städtepartnerschaften Ihrer Stadt.

(wobei 1 die wichtigste ist und 5 die fünfwichtigste ist).

1. _____
2. _____
3. _____
4. _____
5. _____

3. Hat Ihre Stadt schon Partnerschaften ausgesetzt?

- a [] Nein
b [] Ja, eine Partnerschaft
c [] Ja, zwei Partnerschaften
d [] Ja, mehr als zwei Partnerschaften

Wenn ja, nennen Sie die Partnerschaft(en) unter Berücksichtigung, von wem die Initiative zur Aussetzung der Partnerschaft ausging:

- a _____ Initiative ging von Partnerstadt aus
b _____ Initiative ging von eigener Stadt aus
c _____ Initiative ging von beiden aus;
d _____ Initiative unbekannt

4. Wurden bisher Partnerschaften zwischen Ihrer und anderen Partnerstädten beendet?

- a [] Nein
b [] Ja, eine Partnerschaft
c [] Ja, zwei Partnerschaften
d [] Ja, mehr als zwei Partnerschaften

Wenn ja, nennen Sie die Partnerschaft(en) unter Berücksichtigung, von wem die Initiative zur Aufkündigung der Partnerschaft ausging:

- a _____ Initiative ging von Partnerstadt aus
b _____ Initiative ging von eigener Stadt aus
c _____ Initiative ging von beiden aus
d _____ Initiative unbekannt

5. Plant Ihre Stadt bestehende Partnerschaften auszusetzen?

- a [] Ja
b [] Nein
c [] keine Aussage möglich

Wenn ja, welche Partnerschaft(en)

6. Plant Ihre Stadt bestehende Partnerschaften zu beenden?

- a [] Ja
- b [] Nein
- c [] keine Aussage möglich

Wenn ja, welche Partnerschaft(en)

7. Von wem ging die Initiative zur Partnerstadt mit St. Petersburg aus?

- a [] Von der Partnerstadt
- b [] Von der eigenen Stadt
- c [] Von beiden
- d [] keine Aussage möglich

Wenn Initiative von der eigenen Stadt, von wem konkret? *(Bitte nur eine Möglichkeit ankreuzen!)*

- a [] Dem Rat/Politischen Parteien
- b [] Verwaltung
- c [] Schulen
- d [] Gesellschaftliche Gruppen
- e [] Einzelpersonen
- f [] andere: _____
- g [] keine Aussage möglich

8. Nennen Sie die besonderen Motive für die Partnerschaft? *(Stichpunkte)*

9. Wo ist die Betreuung für die Partnerschaft mit St. Petersburg in Ihrer Stadt angesiedelt?

- a [] Direkt beim Ober-/Bürgermeister
- b [] In einem Dezernat
- c [] Extern (z.B. Verein)

10. Hat sich die Zuständigkeit für die Partnerschaft mit St. Petersburg in der Verwaltung seit 1990 verändert? *(z.B. Abteilungen zusammengelegt)*

- a [] Ja
- b [] Nein
- c [] Keine Aussage möglich

Wenn ja, bitte nennen Sie Zeitpunkt und Art der Veränderung. *(Stichpunkte)*

11. Gibt es eine eigene koordinierende Person für die Partnerschaft mit St. Petersburg?

- a [] Ja
- b [] Nein
- c [] Keine Aussage möglich

12. Wie viele Stunden pro Woche wendet die koordinierende Person der Partnerschaft mit St. Petersburg durchschnittlich auf?

Geschätzt _____ Stunden pro Woche.

13. Wie häufig hat die koordinierende Person seit 1990 gewechselt? (*Schätzen Sie!*)

- a 1-2
- b 3-5
- c mehr als 5
- d keine Aussage möglich

14. Wie viele Ressorts/ Abteilungen sind aktuell in die Partnerschaft mit St. Petersburg involviert?

_____ Ressort/Abteilungen

15. Nennen Sie die aktuellen Ressorts/ Abteilungen.

16. Wie hat sich die Anzahl der an der Städtepartnerschaft mit St. Petersburg involvierten Ressorts/ Abteilungen seit 1990 verändert?

- a unverändert
- b zugenommen
- c abgenommen
- d keine Aussage möglich

17. Schätzen Sie ein wie aktiv die einzelnen Gruppen in der Partnerschaft mit St. Petersburg sind. (*Schätzen Sie auf einer Skala von 1 (gar nicht aktiv) bis 7 (sehr aktiv). Kreuzen Sie jeweils nur ein Feld an.*)

	Gar nicht aktiv					sehr aktiv		
	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[] keine Aussage
Verwaltung								

Schulen und Jugend:

Schüler*innen	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[] keine Aussage
Lehrer*innen	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[] keine Aussage
Volkshochschulen	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[] keine Aussage
Jugendgruppen	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[] keine Aussage

Universitäten:

Studierende	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[] keine Aussage
Wissenschaftler*innen	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[] keine Aussage

Kultur:

Museen/Galerien	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[] keine Aussage
Theater	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[] keine Aussage
Film	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[] keine Aussage
Orchester	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[] keine Aussage
Tanzgruppen	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[] keine Aussage
Kulturvereine	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[] keine Aussage

	Gar nicht aktiv					sehr aktiv		
	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[] keine Aussage
<i>Gesellschaftliche Gruppen:</i>								
Sportvereine	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[] keine Aussage
Menschenrechtsgruppen	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[] keine Aussage
Kirchliche Gruppen	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[] keine Aussage
Einzelbürger	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[] keine Aussage
Heimat/Geschichtsvereine	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[] keine Aussage
Partnerschaftsvereine	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[] keine Aussage

	Gar nicht aktiv					sehr aktiv			
<i>Wirtschaft:</i>									
Praktikant*innen/Azubis	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[]	keine Aussage
Unternehmen	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[]	keine Aussage
Einzelhandel	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[]	keine Aussage
Wirtschaftsförderung	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[]	keine Aussage
Handelskammer	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[]	keine Aussage
Gewerkschaften	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[]	keine Aussage
	Gar nicht aktiv					sehr aktiv			
<i>Soziales:</i>									
Krankenhäuser	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[]	keine Aussage
Behinderteneinrichtungen	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[]	keine Aussage
Wohlfahrtsverbände	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[]	keine Aussage
Kriegsgräberbetreuung	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[]	keine Aussage
Seniorengruppen	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[]	keine Aussage
Medien	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[]	keine Aussage
Politische Parteien	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[]	keine Aussage
Sonstiges (Nennen Sie selbst)									
_____	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[]	keine Aussage
_____	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[]	keine Aussage
_____	[1]	[2]	[3]	[4]	[5]	[6]	[7]	[]	keine Aussage

18. Nennen Sie die wichtigsten Akteure der Partnerschaft in Ihrer Stadt.

19. Schätzen Sie wie häufig Vertreter*innen Ihrer Stadt (aus Verwaltung und Politik) in die Partnerstadt St. Petersburg reisen?

- a [] Mehrmals pro Jahr
- b [] Einmal im Jahr
- c [] Alle 2 Jahre
- d [] Seltener als 2 Jahre
- e [] keine Aussage möglich

20. Für wie lebendig halten Sie die Partnerschaft heute?

- a [] Sehr lebendig
- b [] Lebendig
- c [] Durchschnittlich
- d [] Wenig lebendig
- e [] Keine Aktivität
- f [] Keine Aussage möglich

21. Welchen Einfluss hat der aktuelle (Ober)bürgermeister für die Lebendigkeit der Partnerschaft?

22. Welchen Einfluss hatte die/der (Ober)bürgermeister*in in der Vergangenheit für die Lebendigkeit der Partnerschaft?

23. Schätzen Sie ein, von wem die Aktivitäten in der Partnerschaft heute eher getragen werden:
- a von der eigenen Stadt
 - b von der Partnerstadt
 - c ausgewogen
 - d keine Aussage möglich

24. Nennen Sie die wichtigsten Ereignisse in der Partnerschaft mit St. Petersburg seit 1990.

25. Was sind **für Ihre Stadt** die wichtigsten Themen in der Partnerschaft mit St. Petersburg?

26. Wie haben sich die Aktivitäten in der Partnerschaft mit St. Petersburg in den genannten Zeitintervallen entwickelt? (Schätzen Sie auf einer Skala von -3 (stark abnehmend) bis +3 (stark zunehmend) wobei 0 konstant bedeutet ein. Kreuzen Sie jeweils nur ein Feld an)

	Stark abnehmend		konstant			stark zunehmend		
1990-1995	<input type="checkbox"/> [-3]	<input type="checkbox"/> [-2]	<input type="checkbox"/> [-1]	<input type="checkbox"/> [0]	<input type="checkbox"/> [+1]	<input type="checkbox"/> [+2]	<input type="checkbox"/> [+3]	<input type="checkbox"/> keine Aussage
1996-2000	<input type="checkbox"/> [-3]	<input type="checkbox"/> [-2]	<input type="checkbox"/> [-1]	<input type="checkbox"/> [0]	<input type="checkbox"/> [+1]	<input type="checkbox"/> [+2]	<input type="checkbox"/> [+3]	<input type="checkbox"/> keine Aussage
2001-2005	<input type="checkbox"/> [-3]	<input type="checkbox"/> [-2]	<input type="checkbox"/> [-1]	<input type="checkbox"/> [0]	<input type="checkbox"/> [+1]	<input type="checkbox"/> [+2]	<input type="checkbox"/> [+3]	<input type="checkbox"/> keine Aussage
2006-2010	<input type="checkbox"/> [-3]	<input type="checkbox"/> [-2]	<input type="checkbox"/> [-1]	<input type="checkbox"/> [0]	<input type="checkbox"/> [+1]	<input type="checkbox"/> [+2]	<input type="checkbox"/> [+3]	<input type="checkbox"/> keine Aussage
2011-2015	<input type="checkbox"/> [-3]	<input type="checkbox"/> [-2]	<input type="checkbox"/> [-1]	<input type="checkbox"/> [0]	<input type="checkbox"/> [+1]	<input type="checkbox"/> [+2]	<input type="checkbox"/> [+3]	<input type="checkbox"/> keine Aussage
2015- heute	<input type="checkbox"/> [-3]	<input type="checkbox"/> [-2]	<input type="checkbox"/> [-1]	<input type="checkbox"/> [0]	<input type="checkbox"/> [+1]	<input type="checkbox"/> [+2]	<input type="checkbox"/> [+3]	<input type="checkbox"/> keine Aussage

27. Gibt es oder gab es wichtige symbolische Akte?

- a Ja
- b Nein
- c keine Aussage möglich

Wenn ja, welche symbolischen Akte gab es?

28. Hat Ihre Stadt an Persönlichkeit in St. Petersburger eine Ehrenbürgerschaft verliehen?

- a Ja
- b Nein
- c keine Aussage möglich

Wenn ja, an wen und wann?

29. Nennen Sie besondere Erfolge in der Partnerschaft mit St. Petersburg?

30. Nennen Sie Misserfolge in der Partnerschaft mit St. Petersburg?

31. Wo sehen Sie Defizite in der alltäglichen Arbeit in der Partnerschaft mit St. Petersburg?

Finanzierung der Städtepartnerschaft

32. Nennen Sie die Höhe des jährlichen Budgets.

_____ Euro pro Jahr.

33. Nennen Sie die Förderinstitutionen die zum Budget beitragen.

34. Schätzen Sie die Budgetentwicklung seit 1990 ab:

(Schätzen Sie auf einer Skala von -3 (stark abnehmend) bis +3 (stark zunehmend) wobei 0 konstant bedeutet ein. Kreuzen Sie jeweils nur ein Feld an)

	Stark abnehmend			konstant	stark zunehmend			
1990-1995	<input type="checkbox"/> [-3]	<input type="checkbox"/> [-2]	<input type="checkbox"/> [-1]	<input type="checkbox"/> [0]	<input type="checkbox"/> [+1]	<input type="checkbox"/> [+2]	<input type="checkbox"/> [+3]	<input type="checkbox"/> keine Aussage
1996-2000	<input type="checkbox"/> [-3]	<input type="checkbox"/> [-2]	<input type="checkbox"/> [-1]	<input type="checkbox"/> [0]	<input type="checkbox"/> [+1]	<input type="checkbox"/> [+2]	<input type="checkbox"/> [+3]	<input type="checkbox"/> keine Aussage
2001-2005	<input type="checkbox"/> [-3]	<input type="checkbox"/> [-2]	<input type="checkbox"/> [-1]	<input type="checkbox"/> [0]	<input type="checkbox"/> [+1]	<input type="checkbox"/> [+2]	<input type="checkbox"/> [+3]	<input type="checkbox"/> keine Aussage
2006-2010	<input type="checkbox"/> [-3]	<input type="checkbox"/> [-2]	<input type="checkbox"/> [-1]	<input type="checkbox"/> [0]	<input type="checkbox"/> [+1]	<input type="checkbox"/> [+2]	<input type="checkbox"/> [+3]	<input type="checkbox"/> keine Aussage
2011-2015	<input type="checkbox"/> [-3]	<input type="checkbox"/> [-2]	<input type="checkbox"/> [-1]	<input type="checkbox"/> [0]	<input type="checkbox"/> [+1]	<input type="checkbox"/> [+2]	<input type="checkbox"/> [+3]	<input type="checkbox"/> keine Aussage
2015- heute	<input type="checkbox"/> [-3]	<input type="checkbox"/> [-2]	<input type="checkbox"/> [-1]	<input type="checkbox"/> [0]	<input type="checkbox"/> [+1]	<input type="checkbox"/> [+2]	<input type="checkbox"/> [+3]	<input type="checkbox"/> keine Aussage

TEIL 2 – Zwischenstaatliche Krisen

35. In wie weit wirken sich die staatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland auf die Partnerschaft mit St. Petersburg aus?

- a Sehr stark
- b Stark
- c Mäßig
- d Schwach
- e Gar nicht
- f keine Aussage möglich

36. In wie weit wirkt sich die Partnerschaft mit St. Petersburg auf die staatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland aus?

- a Sehr stark
- b Stark
- c Mäßig
- d Schwach
- e Gar nicht
- f keine Aussage möglich

37. Haben Sie bei internationalen Krisen/politischen Krisen Anfragen bekommen die Partnerschaft auszusetzen/zu beenden?

- a Ja
- b Nein
- c Keine Aussage möglich

Wenn ja, spezifizieren Sie (*Anzahl, Art etc.*).

38. Hat Ihre Stadt auf die Tschetschenienkrise (1994-1996) reagiert?

- a Ja
- b Nein
- c Keine Aussage möglich

Wenn ja, spezifizieren Sie.

39. Wurde die Tschetschenienkrise (1994-1996) im Rahmen der Partnerschaft thematisiert?

- a Ja
- b Nein
- c Keine Aussage möglich

Wenn ja, spezifizieren Sie.

40. Haben sich die Aktivitäten seit der Tschetschenienkrise (1994-1996) verändert?

- a Zugenommen
- b Konstant geblieben
- c Abgenommen
- d Keine Aussage möglich

41. Hat Ihre Stadt auf die Intervention der NATO im Kosovo (1999) reagiert?

- a Ja
- b Nein
- c Keine Aussage möglich

Wenn ja, spezifizieren Sie.

42. Wurde Kosovo (1999) im Rahmen der Partnerschaft thematisiert?

- a Ja
- b Nein
- c Keine Aussage möglich

Wenn ja, spezifizieren Sie.

43. Haben sich die Aktivitäten seit Kosovo (1999) verändert?

- a Zugenommen
- b Konstant geblieben
- c Abgenommen
- d Keine Aussage möglich

44. Hat Ihre Stadt auf den Georgienkrieg (2008) reagiert?

- a Ja
- b Nein
- c Keine Aussage möglich

Wenn ja, spezifizieren Sie.

45. Wurde der Georgienkrieg (2008) im Rahmen der Partnerschaft thematisiert?

- a Ja
- b Nein
- c Keine Aussage möglich

Wenn ja, spezifizieren Sie.

46. Haben sich die Aktivitäten seit dem Georgienkrieg (2008) verändert?

- a zugenommen
- b Konstant geblieben
- c abgenommen
- d Keine Aussage möglich

47. Hat Ihre Stadt auf das Gesetz zur Homosexuellen Propaganda (2011-2013) reagiert?

- a Ja
- b Nein
- c Keine Aussage möglich

Wenn ja, spezifizieren Sie.

48. Wurde das Gesetz zur Homosexuellen Propaganda (2011-2013) im Rahmen der Partnerschaft thematisiert?

- a Ja
- b Nein
- c Keine Aussage möglich

Wenn ja, spezifizieren Sie.

49. Haben sich die Aktivitäten seit dem Gesetz zur Homosexuellen Propaganda (2011-2013) verändert?

- a zugenommen
- b Konstant geblieben
- c abgenommen
- d Keine Aussage möglich

50. Hat Ihre Stadt auf das Ausländische Agentengesetz für Nichtregierungsorganisationen (2012) reagiert?

- a Ja
- b Nein
- c Keine Aussage möglich

Wenn ja, spezifizieren Sie.

51. Wurde das Ausländische Agentengesetz (2012) im Rahmen der Partnerschaft thematisiert?

- a Ja
- b Nein
- c Keine Aussage möglich

Wenn ja, spezifizieren Sie.

52. Haben sich die Aktivitäten seit dem Ausländischen Agentengesetz (2012) verändert?

- a zugenommen
- b Konstant geblieben
- c abgenommen
- d Keine Aussage möglich

53. Hat Ihre Stadt auf die Ukrainekrise/Annexion der Krim reagiert?

- a Ja
- b Nein
- c Keine Aussage möglich

Wenn ja, spezifizieren Sie.

54. Wurde das die Ukrainekrise/Annexion der Krim im Rahmen der Partnerschaft thematisiert?

a Ja

b Nein

c Keine Aussage möglich

Wenn ja, spezifizieren Sie.

55. Haben sich die Aktivitäten seit der Ukrainekrise/Annexion der Krim verändert?

a zugenommen

b Konstant geblieben

c abgenommen

d Keine Aussage möglich

59. Falls Ihre Stadt auf hier nicht genannte internationale Ereignisse reagiert hat, bitte nennen.

60. Falls im Rahmen der Partnerschaft mit St. Petersburg hier nicht genannte internationale Ereignisse thematisiert wurden, bitte nennen.

Sie haben nun das Ende des Fragebogens erreicht. Vielen Dank für Ihre Teilnahme!

Kurzfragebogen Städtepartnerschaften Dortmund, Erlangen, Neubrandenburg

Bitte beantworten Sie alle Fragen so gut Sie können.

1. Wo ist die Betreuung für die Partnerschaft mit **X** in Ihrer Stadt angesiedelt?

- a [] Direkt beim Bürgermeister
- b [] In einer Abteilung
- c [] Extern (z.B. Verein)
- d [] Keine Aussage möglich

2. Gibt es eine eigene koordinierende Person für die Partnerschaft mit **X**?

- a [] Ja
- b [] Nein
- c [] Keine Aussage möglich

3. Wie viele Stunden pro Woche wendet die koordinierende Person der Partnerschaft mit **X** durchschnittlich auf?

Geschätzt _____ Stunden pro Woche.

4. Wie häufig hat die koordinierende Person seit 1990 gewechselt? (Schätzen Sie!)

- a [] 1-2
- b [] 3-5
- c [] mehr als 5
- d [] keine Aussage möglich

5. Wie viele Ressorts/ Abteilungen sind aktuell in die Partnerschaft mit **X** involviert?

_____ Ressort/Abteilungen

6. Wie hat sich die Anzahl der an der Städtepartnerschaft mit **X** involvierten Ressorts/ Abteilungen seit 1990 verändert?

- a [] unverändert
- b [] zugenommen
- c [] abgenommen
- d [] keine Aussage möglich

7. Schätzen Sie wie häufig Vertreter*innen Ihrer Stadt (aus Verwaltung und Politik) in die Partnerstadt **X** reisen?

- a [] Mehrmals pro Jahr
- b [] Einmal im Jahr
- c [] Alle 2 Jahre
- d [] Seltener als 2 Jahre
- e [] keine Aussage möglich

8. Für wie lebendig halten Sie die Partnerschaft mit **X** heute?

- a [] Sehr lebendig
- b [] Lebendig
- c [] Durchschnittlich
- d [] Wenig lebendig
- e [] Keine Aktivität
- f [] Keine Aussage möglich

9. Wie wichtig ist der Bürgermeister für die Lebendigkeit der Partnerschaft mit X?

- a Sehr wichtig
- b wichtig
- c Durchschnittlich
- d Weniger wichtig
- e unwichtig
- f Keine Aussage möglich

10. Schätzen Sie ein, von wem die Aktivitäten in der Partnerschaft mit X heute eher getragen werden:

- a von der eigenen Stadt
- b von der Partnerstadt
- c ausgewogen
- d keine Aussage möglich

11. Wie haben sich die Aktivitäten in der Partnerschaft mit X in den genannten Zeitintervallen entwickelt? (Schätzen Sie auf einer Skala von -3 (stark abnehmend) bis +3 (stark zunehmend) wobei 0 konstant bedeutet ein. Kreuzen Sie jeweils nur ein Feld an)

	Stark abnehmend		konstant			stark zunehmend			
1990-1995	<input type="checkbox"/> [-3]	<input type="checkbox"/> [-2]	<input type="checkbox"/> [-1]	<input type="checkbox"/> [0]	<input type="checkbox"/> [+1]	<input type="checkbox"/> [+2]	<input type="checkbox"/> [+3]	<input type="checkbox"/> keine Aussage	
1996-2000	<input type="checkbox"/> [-3]	<input type="checkbox"/> [-2]	<input type="checkbox"/> [-1]	<input type="checkbox"/> [0]	<input type="checkbox"/> [+1]	<input type="checkbox"/> [+2]	<input type="checkbox"/> [+3]	<input type="checkbox"/> keine Aussage	
2001-2005	<input type="checkbox"/> [-3]	<input type="checkbox"/> [-2]	<input type="checkbox"/> [-1]	<input type="checkbox"/> [0]	<input type="checkbox"/> [+1]	<input type="checkbox"/> [+2]	<input type="checkbox"/> [+3]	<input type="checkbox"/> keine Aussage	
2006-2010	<input type="checkbox"/> [-3]	<input type="checkbox"/> [-2]	<input type="checkbox"/> [-1]	<input type="checkbox"/> [0]	<input type="checkbox"/> [+1]	<input type="checkbox"/> [+2]	<input type="checkbox"/> [+3]	<input type="checkbox"/> keine Aussage	
2011-2015	<input type="checkbox"/> [-3]	<input type="checkbox"/> [-2]	<input type="checkbox"/> [-1]	<input type="checkbox"/> [0]	<input type="checkbox"/> [+1]	<input type="checkbox"/> [+2]	<input type="checkbox"/> [+3]	<input type="checkbox"/> keine Aussage	
2015- heute	<input type="checkbox"/> [-3]	<input type="checkbox"/> [-2]	<input type="checkbox"/> [-1]	<input type="checkbox"/> [0]	<input type="checkbox"/> [+1]	<input type="checkbox"/> [+2]	<input type="checkbox"/> [+3]	<input type="checkbox"/> keine Aussage	

12. In wie weit wirken sich die staatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland auf die Partnerschaft mit X aus?

- a Sehr stark
- b Stark
- c Mäßig
- d Schwach
- e Gar nicht
- f keine Aussage möglich

13. Wurden bisher Partnerschaften zwischen Ihrer und anderen Partnerstädten ausgesetzt/beendet?

- a Nein
- b Ja, eine Partnerschaft
- c Ja, zwei Partnerschaften
- d Ja, mehr als zwei Partnerschaften
- e keine Aussage möglich

Wenn ja, nennen Sie die Partnerschaft(en) unter Berücksichtigung, von wem die Initiative zur Aussetzung/Beendigung der Partnerschaft ausging:

- a _____ Initiative ging von Partnerstadt aus
- b _____ Initiative ging von eigener Stadt aus
- c _____ Initiative ging von beiden aus
- d _____ Initiative unbekannt
- e keine Aussage möglich

14. Haben Sie bei internationalen Krisen/politischen Krisen Anfragen bekommen die Partnerschaft mit **X** auszusetzen/zu beenden?

- a [] Ja
- b [] Nein
- c [] Keine Aussage möglich

Wenn ja, spezifizieren Sie

15a. Hat Ihre Stadt auf die Tschetschenienkrise (1994-1996) reagiert?

- a [] Ja
- b [] Nein
- c [] Keine Aussage möglich

Wenn ja, spezifizieren Sie.

15b. Wurde die Tschetschenienkrise (1994-1996) im Rahmen der Partnerschaft thematisiert?

- a [] Ja
- b [] Nein
- c [] Keine Aussage möglich

Wenn ja, spezifizieren Sie.

15c. Haben sich die Aktivitäten seit der Tschetschenienkrise (1994-1996) verändert?

- a [] Zugenommen
- b [] Konstant geblieben
- c [] Abgenommen
- d [] Keine Aussage möglich

16a. Hat Ihre Stadt auf die Intervention der NATO im Kosovo (1999) reagiert?

- a [] Ja
- b [] Nein
- c [] Keine Aussage möglich

Wenn ja, spezifizieren Sie.

16b. Wurde Kosovo (1999) im Rahmen der Partnerschaft thematisiert?

- a [] Ja
- b [] Nein
- c [] Keine Aussage möglich

Wenn ja, spezifizieren Sie.

16c. Haben sich die Aktivitäten seit Kosovo (1999) verändert?

- a [] Zugenommen
- b [] Konstant geblieben
- c [] Abgenommen
- d [] Keine Aussage möglich

17a. Hat Ihre Stadt auf das Gesetz zur Homosexuellen Propaganda (2011-2013) reagiert?

- a [] Ja
- b [] Nein
- c [] Keine Aussage möglich

Wenn ja, spezifizieren Sie.

17b. Wurde das Gesetz zur Homosexuellen Propaganda (2011-2013) im Rahmen der Partnerschaft thematisiert?

- a [] Ja
- b [] Nein
- c [] Keine Aussage möglich

Wenn ja, spezifizieren Sie.

17c. Haben sich die Aktivitäten seit dem Gesetz zur Homosexuellen Propaganda (2011-2013) verändert?

- a [] zugenommen
- b [] Konstant geblieben
- c [] abgenommen
- d [] Keine Aussage möglich

18a. Hat Ihre Stadt auf das Ausländische Agentengesetz für Nichtregierungsorganisationen (2012) reagiert?

- a [] Ja
- b [] Nein
- c [] Keine Aussage möglich

Wenn ja, spezifizieren Sie.

18b. Wurde das Ausländische Agentengesetz (2012) im Rahmen der Partnerschaft thematisiert?

- a [] Ja
- b [] Nein
- c [] Keine Aussage möglich

Wenn ja, spezifizieren Sie.

18c. Haben sich die Aktivitäten seit dem Ausländischen Agentengesetz (2012) verändert?

- a [] zugenommen
- b [] Konstant geblieben
- c [] abgenommen
- d [] Keine Aussage möglich

19a. Hat Ihre Stadt auf die Ukrainekrise/Annexion der Krim reagiert?

- a [] Ja
- b [] Nein
- c [] Keine Aussage möglich

Wenn ja, spezifizieren Sie.

19b. Wurde das die Ukrainekrise/Annexion der Krim im Rahmen der Partnerschaft thematisiert?

a Ja

b Nein

c Keine Aussage möglich

Wenn ja, spezifizieren Sie.

19c. Haben sich die Aktivitäten seit der Ukrainekrise/Annexion der Krim verändert?

a zugenommen

b Konstant geblieben

c abgenommen

d Keine Aussage möglich

Sie haben nun das Ende des Fragebogens erreicht. Vielen Dank für Ihre Teilnahme!

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Masterarbeit selbständig verfasst habe. Ich versichere, dass ich keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt und alle wörtlich oder sinngemäß aus anderen Werken übernommenen Aussagen als solche gekennzeichnet habe und dass die eingereichte Arbeit weder vollständig noch in wesentlichen Teilen Gegenstand eines anderen Prüfungsverfahrens gewesen ist.

Leipzig, den 05. April 2018 – Bianca Creutz